

ödp

*Geplante Freihandelsabkommen:
Macht und Ohnmacht der Bürgerbewegung* 36

*Sabbat-Ökonomie statt Neoliberalismus:
Genug, aber nicht zu viel – für alle* 38

*Angebotsvielfalt auf dem Strommarkt:
Ökostromtarif ist nicht gleich Ökostromtarif* 42

Das ÖDP-Journal
Nr. 165 Februar 2015

Ökologie Politik



Manipulation

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: zur Elektromobilität	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: MANIPULATION

Über das Buch „Die Machiavellis der Wissenschaft“ Das System der Zweifler von Günther Hartmann	10
Greenwash-Strategien Wie Unternehmen ihr Image grün färben von Ulrich Müller / Günther Hartmann	12
Werbetricks in der Lebensmittelbranche „Täuschungsmuster gibt es viele“ Interview mit Andreas Winkler	18
Kampagne gegen Erneuerbare Energien „Bild“ erklärt die Kurve der Wut von Dr. Rüdiger Haude	20
Analyse neoliberaler Sprachregelungen Die INSM und ihre Schlüsselwörter von Raffael Scholz	22
Journalismusforschung „Nehmen wir mal Stefan Kornelius“ Interview mit Dr. Uwe Krüger	26
Medialer Mainstream „Wer was werden will, passt sich an“ Interview mit Mathias Bröckers	30

MILITÄRPOLITIK

UN-Charta kontra NATO-Doktrin Frieden – ein gescheiterter Traum? von Hermann Striedl	34
--	----

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zu den geplanten Freihandelsabkommen Macht und Ohnmacht von Hermann Striedl	36
Vision Sabbat-Ökonomie „Genug, aber nicht zu viel – für alle“ Interview mit Dr. Peter Hiltner	38

ENERGIEPOLITIK

Kundentäuschung auf dem Strommarkt Ökostromtarif ist nicht gleich Ökostromtarif von Tobias Paret	42
--	----

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Theorie oder pure Ideologie? Was um Gottes willen ist „Gender Mainstreaming“? von Christine Stankus	44
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	48
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	49
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	50
Verbände	55
Neues aus der ÖDP	61
„CSU stand nie zur Debatte“ Interview mit Prof. Dr. Egon J. Greipl	64
Presseticker	66
Leserbriefe	68
Impressum	71

Liebe Leserinnen und Leser,

die Manipulation der Massen war schon immer ein wichtiges Werkzeug politischer Führung. Auch in der Demokratie hat sich daran nicht allzu viel geändert.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass der Begriff der „Mainstreammedien“ vermehrt über die Lippen der deutschen Öffentlichkeit gleitet. Die Begrifflichkeit unterstreicht das Misstrauen, welches gegenüber den Massenmedien in Teilen der Bevölkerung gehegt wird, und die Manipulationsfähigkeit, die diesen unterstellt wird.

Aktuellen Umfragen zufolge schwindet das Vertrauen der Bundesbürger in die klassischen Massenmedien nachhaltig. Die Vertrauenskrise reicht mittlerweile bis in das Bildungsbürgertum hinein und ist absolut kein Alleinstellungsmerkmal einzelner politischer Bewegungen. Dabei besitzen Massenmedien eine zentrale Stellung in unserem politischen System, werden gar als die „vierte Gewalt“ bezeichnet.

Jüngst wurde sehr viel Kritik an den öffentlich-rechtlichen Medien bezüglich ihrer Berichterstattung im Ukraine Konflikt laut. Die Reaktion der kritisierten Sendeanstalten kam spät und klang mitunter uneinsichtig bis überheblich. Dabei ist der Wunsch nach einer differenzierten Betrachtung der Kriegseignisse mehr als verständlich, zumal vom Gebührenzahler alimentiert und zur politischen Unabhängigkeit verpflichtet. Die öffentlich-rechtlichen Medien hätten es versäumt, so der Tenor vieler Kommentare, auch neue gesellschaftliche Gruppen abzubilden und Meinungen abseits der Regierungsverlautbarungen auch zur Hauptsendezeit zu bringen. Dennoch: Eine differenzierte Betrachtung ist wichtig, schließlich bringen z. B. Sender wie ARTE, 3Sat oder Deutschlandfunk sehr wohl noch beachtlich kritische Berichte hervor, wenn auch meist nur zu später Stunde.

Die Medienwelt wandelt sich enorm. Sie wird dadurch auch anfälliger für die Finten von PR-Strategen und abhängiger von den wenigen verbliebenen Anzeigenkunden, was Manipulationen durch Wirtschaftsakteure begünstigt.

Und so ist es für die ÖkologiePolitik an der Zeit, diesen Mechanismen auf die Finger zu schauen. Zur selbstkritischen Reflexion auch Ihres eigenen Medienkonsums laden wir Sie hiermit ein. Glauben Sie nicht alles und bleiben Sie kritisch!

Auf ein gutes 2015!

Pablo Ziller



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur

Günther Hartmann



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

zur Elektromobilität

Mit der Ankündigung, bis 2020 in Deutschland 1 Mio. Elektroautos in Verkehr zu bringen, hat Bundeskanzlerin Merkel Aufsehen erregt. Ende 2014 sind etwa 20.000 reine Elektrofahrzeuge und 88.000 Hybridfahrzeuge (in denen elektrische Antriebe mit Kraftstoffantrieben kombiniert sind) in Deutschland angemeldet. Zudem gibt es etwa 80.000 Erdgas- und 500.000 Autofahrzeuge. Bei einem Bestand von 53 Mio. Kraftfahrzeugen sind das insgesamt nur 1% mit einem alternativen Antrieb.

Benzin und Diesel sind leicht und benötigen wenig Raum. Es existiert eine perfekte Infrastruktur dafür. Der Wirkungsgrad über die gesamte Energieversorgungskette ist höher als bei Elektrofahrzeugen und die entstehende Abwärme ist im Auto als Heizenergie verwendbar. Ein gleich leistungsfähiges Auto mit optimiertem Verbrennungsmotor kommt mit ca. 1 Liter Kraftstoff pro 100 km aus. Trotzdem sieht man die Vorteile von Elektroautos in einer Welt, in der sich die Erdbevölkerung immer mehr in Städten konzentriert. Elektrofahrzeuge können die Bremsenergie zurückgewinnen und verschlechtern nicht direkt die Luftqualität. Aber der Strom für die Elektroautos muss ja in Kraftwerken erzeugt werden. Dort werden die Emissionen dann frei. Ohne den Ausbau Erneuerbarer Energien wird also die Klimabelastung nicht

geringer, sondern höher. Zugleich hat sich die Bundesregierung gegen die Verschärfung der Emissionsgrenzwerte eingesetzt.

Mit besonders leichten Elektrofahrzeugen kann man viel besser mit Elektroantrieben zurechtkommen, da dann weniger Energie zum Beschleunigen benötigt wird.

Ohne den Ausbau Erneuerbarer Energien wird die Klimabelastung nicht geringer, sondern höher.

Ein voll aufgeladenes Elektroauto kommt derzeit in der Regel kaum weiter als 200 km. Für den Stadtverkehr reicht das. Mit leichteren Fahrzeugen steigt die Reichweite der Batterie mit einer Ladung. Besonders die Klasse der E-Motorräder und Elektrofahrräder wird stark zunehmen. Elektrofahrräder bis 25 km/h können ohne Führerschein betrieben werden.

Größere Fahrzeuge benötigen wesentlich höhere Batteriespannungen zwischen 200 V und 1.000 V. Elektroautos werden zurzeit nur in Kleinstserien hergestellt. Damit sich der Absatz erhöht, ist der massive Ausbau der Ladeinfrastruktur erforderlich. Zurzeit gibt es in Deutschland 4.800 Ladestationen und 100 Schnellladestationen mit Gleichstrom. Experten fordern den Aufbau von etwa 70.000 öffentlich zugänglichen Wechselstrom-Ladepunkten

und 7.100 öffentlich zugänglichen Gleichstrom-Schnellladepunkten bis 2020. Diese öffentlich nutzbaren Aufladepunkte müssen nicht nur international kompatibel sein, sondern werden in Zukunft auch über eine Online-Verbindung steuerbar sein. Dadurch wird es möglich, die Ladelasten im Stromnetz gleichmäßig zu verteilen. Elektrofahrzeuge werden in viel stärkerem Ausmaß als heutige Verbrennungsfahrzeuge mit ihrer Umgebung in Verbindung stehen und in die Energienetze eingebunden sein.

Momentan sind neben den fehlenden Ladestellen die Batterien die größte technologische Hürde für die Durchsetzung der Elektrofahrzeuge. Man geht davon aus, dass in den

nächsten zehn Jahren die Batterien von Elektrofahrzeugen so weiterentwickelt sind, dass sich deren Kosten halbieren werden. Es ist wichtig, in Deutschland eine Batterieproduktion und die dazugehörige Forschung zu etablieren, die in der Lage ist, den Bedarf für die Ausrüstung von Elektroautos zu decken.

In den nächsten Jahren wird der Verkauf von Hybridfahrzeugen stark zunehmen. Die Technologie der Brennstoffzelle ist ohne eine leistungsfähige Batterie nicht einsetzbar, da sie höhere Energiemengen immer nur langsam bereitstellen kann. Eine eigene Wasserstoff-Tankstellen-Infrastruktur wird benötigt. In die Verbrauchsbilanzen der Elektrofahrzeuge geht bisher nicht der Verbrauch elektrischer Energie ein. Deshalb sind die angegebenen Energieverbrauchsdaten mit Vorsicht zu betrachten.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Attac wird Gemeinnützigkeit aberkannt

Das Finanzamt Frankfurt hat der globalisierungskritischen Organisation Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt. Seine Begründung: Attacs Ziele seien zu allgemeinpolitisch. In der Satzung von Attac wird die Gemeinnützigkeit mit der Förderung des demokratischen Staatswesens begründet und durch entsprechende Weiterbildungsangebote verwirklicht. Die politischen Forderungen und Kampagnen wie für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer oder gegen TTIP zählen laut „Anwendungserlass zur Abgabenordnung“ (AEAO) als „politische Zwecke“ – und damit nicht zu den gemeinnützigen Zwecken. Die Finanzämter drohen bundesweit immer wieder mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit, wenn sich Nicht-Regierungs-Organisationen in die Politik einmischen: in Hamburg dem BUND, der sich mit einer Kampagne für den Rückkauf der privatisierten Energieversorger eingesetzt hatte, in Berlin dem Verein „kolko – Menschenrechte für Kolumbien“, weil als Entwicklungshilfe nur Maßnahmen gelten, die dort die Wirtschaft fördern.

» <http://tinyurl.com/ncdfk4>

» <http://tinyurl.com/oagexxc>

EEG-Reform für mehr Versorgungssicherheit

Das Öko-Institut in Berlin hat die Konzeptstudie „Erneuerbare-Energien-Gesetz 3.0“ veröffentlicht. Das Ziel ist ein Anteil von 50% bei den Erneuerbaren Energien. Dafür soll die Stromproduktion nicht mehr auf die maximale, sondern auf eine möglichst gleichmäßige Stromerzeugung hin optimiert werden. Konkret bedeutet dies bei Photovoltaikanlagen eine Ost-West-Ausrichtung der Module statt der bisher üblichen Süd-Ausrichtung und bei Windkraftanlagen die Vergrößerung der Rotorfläche ohne Vergrößerung der Generatoren. Solche systemdienlichen Anlagen produzieren den Strom zum Teil in anderen Stunden als die spitzenoptimierten Anlagen, haben aber eine etwas geringere Gesamtstromerzeugung und sind daher etwas teurer. Die Betreiber können zwischen Einnahmen aus dem Verkauf über die Strombörse und der Bereitstellung von Systemdienstleistungen an einem reformier-



Foto: Petra Bork/pixelio.de

ten Regelleistungsmarkt hin und her optimieren und so die für sie – und das Gesamtsystem – effizienteste Lösung finden.

» <http://tinyurl.com/pk5149z>

Doppelt so viel Atommüll wie bisher

Das Bundesumweltministerium rechnet im Entwurf des nationalen Entsorgungsplans statt wie bisher mit 300.000 m³ nun mit 600.000 m³ radioaktivem Abfall. Den „zusätzlichen“ Atommüll hat es schon immer gegeben, er wurde nur nicht mitgerechnet. So galten bisher 13.000 Tonnen als Wertstoffe, weil sich daraus neue Kernbrennstoffe herstellen lassen, nun werden sie



Foto: Daniel Bleyenberg/pixelio.de

zum potenziellen Abfall gezählt, der entsorgt werden muss. Mitgezählt werden auch die 126.000 Fässer mit Atommüll aus dem Bergwerk Asse, die nach jetzigem Stand dort herausgeholt und woanders eingelagert werden müssen. Diese Menge könnte sogar noch steigen, wenn zu dem eigentlichen Müll noch radioaktiv kontaminiertes Salz hinzukäme. Eingelagert werden soll die bisherige Müllmenge ab 2022 im Schacht Konrad bei Salzgitter. Dort ist die Kapazität aber momentan auf 303.000 m³ begrenzt, lässt sich aber für zusätzliche Mengen eventuell erweitern.

» <http://tinyurl.com/m58dfsb>

Eon bastelt sich ein Ökoimage

Nach anhaltenden Verlusten spaltet der Atomkonzern Eon ab 2016 die atomare Stromerzeugung in eine neue Gesellschaft ab. Eon will dann vor allem als Netzbetrei-



Foto: Wikid05/Wikimedia Commons

ber und als Betreiber von Anlagen Erneuerbarer Energien fungieren, zudem dafür Sorge tragen, dass die Rückstellungen zur Entsorgung der alten Atomkraftwerke gesichert sind. Es beziffert deren aktuelle Höhe auf 14,5 Mrd. Euro. Experten befürchten allerdings, dass die Rückstellungen für den Abriss der AKWs bei Weitem nicht ausreichen und die Kosten letztendlich auf die Steuerzahler abgewälzt werden sollen. Kritiker sehen in der „neuen Gesellschaft“ eine Art „Bad Bank“ für die sieben Eon-AKW.

» <http://tinyurl.com/pqsmq25>

Metaanalyse vergleicht Stromgestehungskosten

Angesichts der notwendigen Erneuerung des deutschen Kraftwerksparks stellt sich die Frage, ob eine Modernisierung der Stromversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien zu höheren Kosten für die Verbraucher führt als der Bau neuer fossiler Kraftwerke. Eine wichtige Vergleichsgröße dafür sind die Stromgestehungskosten.



Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio.de

In der Metaanalyse „Stromgestehungskosten und die Kosten der Energiewende“ stellt die „Agentur für Erneuerbare Energien“ (AEE) die aktuellen und bis 2050 prognostizierten Stromgestehungskosten fossiler und regenerativer Kraftwerke von 20 wissenschaftlichen Studien gegenüber. Ein Ergebnis des Vergleichs: Erneuerbare Energien sind zum Teil heute schon wettbewerbsfähig. Die Kosten der Photovoltaik lagen im Jahr 2013 bei 7,9–16,6 Cent/kWh und damit an guten Standorten gleichauf mit den 7,6–10,0 Cent/kWh von Erdgas. Die Stromgestehungskosten der Windenergie an Land lagen im Jahr 2013 bei 4,5–10,9 Cent/kWh und damit an windreichen Standorten gleichauf mit neuen Braunkohlekraftwerken, die 3,9–5,4 Cent/kWh aufweisen. Die Kosten von Kohlekraftwerken hängen vom Preis für Emissionszertifikate ab. Die externen Kosten einer Tonne CO₂ werden von Klimawissenschaftlern mit rund 80 Euro angegeben und der Ausstoß von CO₂ sollte künftig mit Kosten in dieser Größenordnung belegt werden. Derzeit liegt der Preis allerdings nur bei 6 Euro.

» www.forschungsradar.de/metaanalysen.html

Kostengünstig CO₂ vermeiden

Die CO₂-Vermeidungskosten für das Bauen mit Holz hat Holger König, Pionier von Lebenszyklusberechnungen in der Baubranche, anhand von fünf Gebäuden errechnet. Dazu ermittelte er zunächst die Baukosten und die CO₂-Bilanzen jeweils für die realisierte Ausführung in Holzbauweise und eine fiktive Ausführung in Standardbauweise, anschließend teilte er die Differenz der Baukosten durch die Differenz der CO₂-Bilanzen. Das Ergebnis war eindeutig: Selbst beim schlechtesten der fünf Holzgebäude waren die CO₂-Vermeidungskosten mit 69 Euro/t preiswerter als die von Windkraft und Photovoltaik. Bauen mit Holz ist also wahrscheinlich die wirtschaftlichste Methode, CO₂-Emissionen zu reduzieren. Es wäre also sinnvoll, künftig das Bauen mit Holz genauso zu fördern wie die Erneuerbaren Energien und Energieeinsparmaßnahmen, doch bisher tut dies nur die Stadt München mit ihrem sogenannten „CO₂-Bonus“. Der Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks ging deshalb in die Offensive und veröffentlichte dazu eine Broschüre.

» www.stopco2.jetzt



Nur Mini-Erfolg bei Klimakonferenz in Lima

Erneut forderten die Entwicklungsländer von den Industriestaaten mehr Geld für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und für ehrgeizigere CO₂-Minderungsziele. Die 10-Mrd.-Dollar-Grenze beim grünen Klimafonds wurde geknackt, woher aber die zugesagten 100 Mrd. bis 2020 kommen sollen, ist jedoch unklar. Die UN-Klimakonferenz hat sich in einem Minimalkonsens auf erste Grundlagen für einen neuen Weltklimavertrag verständigt. Die 195 Staaten verabschiedeten im peruanischen Lima einen Beschlusstext, der aber nur sehr vage Kriterien für die nationalen Klimaschutzzusagen definiert, die im Frühjahr 2015 zu den Verhandlungen in Genf vorgelegt werden sollen. Bis Ende Mai 2015 sollen die Minderungsziele bei der UN angemeldet werden. Vom 30. November bis 11. Dezember 2015 findet dann die 21. UN-Klimakonferenz im Pariser Vorort Le Bourget statt. Das 2-Grad-Ziel wird sich durch das Abkommen aber nicht erreichen lassen. Experten rechnen nun bis zum Jahr 2100 mit einer Erwärmung um 3,5–3,7 Grad.

» www.klimaretter.info/dossiers/klimagipfel-lima

Quecksilberbelastung von Fischen nimmt zu

Umfassende Tests zeigten, dass die Fische eine erhöhte Quecksilberbelastung aufweisen. Saiblinge aus dem Attersee oder auch die Aiteln aus der Donau in der Nähe von Wien wiesen eine 9- bis 9,5-fache Überschreitung auf, Felchen aus dem Bodensee und Bachforellen aus dem Kamp eine 4-fache. Quecksilber wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unter die zehn größten Bedrohungen für die menschliche Gesundheit eingereiht. Bereits eine einmalige Dosis von 150 bis 300 mg davon kann unmittelbar zum Tod führen. Quecksilber wird unter anderem von Kohlekraftwerken



Foto: Günther Gumboldt/pixelio.de

emittiert und reichert sich über die Nahrungskette in Fischen an. Die US-Gesundheitsbehörde warnt bereits davor, bestimmte Fischarten während der Schwangerschaft zu essen.

» <http://tinyurl.com/koejlz>

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Stopp dem Pelzhandel

Aus Profitgier werden jedes Jahr viele Millionen unschuldige Tiere gequält und getötet, damit Menschen sich mit Pelzwaren einkleiden können, die zu 50% aus China stammen. Denn in China gibt es keine Tierschutzbestimmungen, weder im Hinblick auf die Haltungs- noch auf die Tötungsmethoden. Für einen einzigen Pelzmantel sterben bis zu 60 Nerze, 20 Füchse, 50 Waschbären oder 200 Chinchillas.

Die Tiere verbringen ihr Leben in Massentierhaltung, diese Methode schließt jegliches Ausleben des natürlichen Verhaltens der Tiere aus. Verhaltensforscher zeigen auf, dass bei allen Pelztierarten, die auf Drahtgitterböden gehalten werden, Schäden an den Pfoten, übermäßiges Auswachsen der Krallen und Wundinfektionen zu beobachten waren. Stereotypische Verhaltensweisen wie monotones Hin- und Herbewegen von einer Käfigseite zur anderen und starre, sich wiederholende Bewegungsabläufe sind typische Anzeichen für eine massive psychische Verhaltensstörung, die bei Tieren in Gefangenschaft oft zu beobachten ist. Darüber hinaus können sich häufig Selbstverletzung durch das Fell- und Schwanzbeißen oder gar Kannibalismus zeigen. In diesen tierfeindlichen Haltungsbedingungen kommt es durch den Stress oft vor, dass die Muttertiere ihre eigenen Jungen auffressen.

Um die Qualität des Fells nicht zu beeinträchtigen, werden die Tiere mit Elektroschocks, Genickbruch, Vergasung oder Gifteinjektionen getötet. Keine dieser Methoden stellt ein schmerzfreies Sterben der Tiere sicher. Oft wird den Tieren auch bei lebendigem Leib das Fell abgezogen. Makabererweise wird die Gewinnung der Pelze auch „Erntezeit“ genannt.

Es gibt nur eine richtige Lösung, dieser Tierquälerei entgegenzuwirken: ein endgültiges Import- und Handelsverbot von Pelzen in Deutschland!

Schreiben Sie deshalb bitte an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags:

» <https://petitionen.bundestag.de>

Bücher

Ressourcenverbrauch

Friedrich Schmidt-Bleek
Grüne Lügen
 Nichts für die Umwelt, alles fürs
 Geschäft – wie Politik und Wirtschaft
 die Welt zugrunde richten
 Ludwig, Mai 2014
 304 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-453-28057-1



Der Buchtitel könnte in die Irre führen: Wer nur eine Abrechnung mit der Partei „Die Grünen“ erwartet, wird enttäuscht werden. Wer aber einen Blick in den Spiegel aushält, wird Erkenntnisse gewinnen. Viele Aktivitäten im Umfeld von „Energiewende“ und „Klimaschutz“ sind keine Lösung – im Gegenteil: Sie verschärfen die Problemlage, weil sie noch intensivere Abbuchungen vom begrenzten „Ressourcen-Konto“ des Planeten provozieren. Ohne die ÖDP zu nennen (leider), unterstreicht das Buch nicht nur das Gründungsmotiv unserer Partei, sondern empfiehlt auch Lösungen, die seit eh und je in unserem Programm stehen: Die Steuern müssen den Ressourcenverbrauch treffen, nicht den Faktor Arbeit. (bs)

Veränderungsprozesse

Bernd Sommer, Harald Welzer
Transformationsdesign
 Wege in eine zukunftsfähige
 Moderne
 oekom, September 2014
 240 Seiten, 19,95 Euro
 978-3-86581-662-7



Das Buch dreht sich um die große gesellschaftliche Transformation und wie diese gestaltet werden kann: „by design“ (= gewollt und kontrolliert) oder „by disaster“ (= ungewollt und katastrophal). Die nicht nur in den Augen der beiden Autoren alternativlos scheinende Transformation reiht sie ein mit früheren großen Umwandlungen wie dem Sesshaftwerden und der industriellen Revolution. Das Buch sucht nach Antworten, wie wir unsere zivilisatorischen Errungenschaften aufrechterhalten können und zwar unter den Bedingungen eines drastisch reduzierten Material- und Energieverbrauchs und obendrein in verdammt kurzer Zeit. Die anstehende vorständige Energiewende sowie

die immer stärker diskutierte Nachhaltigkeitstransformation bekommen vor diesem Hintergrund ihren sozialen Sinn. Auch wer die Werke von Niko Paech, Christian Felber, Johannes Heimrath, Charles Eisenstein und anderen Autoren schon kennt, wird hier mit neuen Gedanken der Gestaltung des „design“ bereichert. (jo)

Geplante Obsoleszenz

Stephan Schridde
Murks? Nein Danke!
 Was wir tun können, damit
 die Dinge besser werden
 oekom, September 2014
 256 Seiten, 19,95 Euro
 978-3-86581-671-9



Früher gab es den Film zum Buch, dann das Buch zum Film. Nun gibt es ein Buch zur Website: Unter www.murks-nein-danke.de macht der Autor geplante Obsoleszenz in allen Variationen sichtbar und auf positive Alternativen aufmerksam – natürlich interaktiv: Jeder kann dort negative Produkterlebnisse und Empfehlungen, die einen Neukauf vielleicht doch unnötig machen, einstellen. Wie die Website umfasst das Buch sowohl praktische Lebenshilfe als auch politisches Engagement. Es beschreibt konkrete Murskategorien und gibt Tipps für den murksfreien Produkteinkauf. Außerdem zeigt es, wie sich die Leser gegen den grassierenden Murks stark machen können, und verweist auf Rechtslage, politische Beschlüsse und bürgerbewegte Initiativen. (ub)

Arbeitswelt

Heinz Bude
Gesellschaft der Angst
 Hamburger Edition,
 September 2014
 168 Seiten, 16,00 Euro
 978-3-86854-284-4



Angst liegt vielen Phänomenen unserer Zeit zugrunde: wenn sich in der Arbeitswelt Erschöpfungsdepressionen ausbreiten und wenn Aufmärsche von Rechtspopulisten zu Großdemonstrationen anwachsen. Die Grundbefindlichkeit unserer Gesellschaft ist: schwankender Boden. Die berufliche Überforderung nimmt zu, die soziale Sicherheit ab, die Zukunft ist voller Risiken. Als Reaktion breiten sich Wut und Verbitterung aus – in fast allen Lebensbereichen. Jeder steht immer kurz davor, alles zu verlieren. Oder er glaubt es zumindest. (gh)

Schlaf und Traum

Jonathan Crary
24/7
 Schlaflos im Spätkapitalismus
 Wagenbach, September 2014
 112 Seiten, 14,90 Euro
 978-3-8031-3653-4



Noch vor einem Jahrhundert schliefen die Menschen regelmäßig zehn Stunden. Dass es heute in der Regel deutlich weniger sind, motivierte den amerikanischen Kunsttheoretiker zum Verfassen dieser Streitschrift. Sie dreht sich um die Verzweckung und Beschleunigung unseres Lebens und um das damit verbundene Verschwinden von Schlaf, Träumen und Müßiggang. Feinsinnig dringt Crary in das Wesen des Schlafes und die Folgen seiner möglichen Abschaffung vor. Anhand der Werke des russischen Filmregisseurs Andrei Tarkowski zeigt er, wie wichtig die menschliche Fähigkeit ist, sich im Schlaf Dämonen zu stellen, und anhand der Werke des Surrealisten André Breton, wie viel kreative Kraft in der Kollision von Wirklichkeit und Traum liegt. (gh)

Arbeit und Familie

Susanne Garsoffky, Britta Sembach
Die Alles ist möglich-Lüge
 Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind
 Pantheon, September 2014
 256 Seiten, 17,99 Euro
 978-3-570-55252-0



Wie der Titel vermuten lässt, ist dies ein Wutbuch. Es ist politisch und stellt Forderungen – durchdachte und umsetzbare. Die Autorinnen haben sich von den ideologischen Grabenkämpfen rund um „Kind(er) und Karriere“ abgesetzt und Recherchen in der Praxis betrieben: Wie sieht der Alltag mit Kindern aus? Wie sind die Bedingungen in der Arbeitswelt? Wie sieht es von der Politik gebotenen Strukturen? Wie sieht es wirklich aus in den immer wieder als Vorbildern präsentierten skandinavischen Ländern? Wie in Frankreich? In wie weit ist Deutschland überhaupt mit diesen Ländern vergleichbar? Wie könnte eine zufriedenstellende Lösung aussehen? Was will die Mehrheit der Eltern? Wie können strukturelle Lösungen aussehen, die den unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden? Ein Buch, das Hoffnung darauf macht, dass in der Debatte endlich Pragmatismus über Ideologie siegt und die Poli-

tiker sich auf das besinnen, was wirklich wichtig ist: das Wohlergehen der Menschen in diesem Land – vor allem das der Kinder. (ub)

Selbstaubeutung

Byung-Chul Han
Psychopolitik
 Neoliberalismus und die neuen Machttechniken
 S. Fischer, Juli 2014
 128 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-10-002203-5



Heute gibt es keine „Disziplinargesellschaft“ mehr, sondern eine „Projektgesellschaft“, in der jeder Einzelne als Unternehmer agiert, als erfolgsorientierte Ich-AG. Doch mit Freiheit hat dies für den Autor nichts zu tun. Fremdaubeutung wurde nur durch Selbstaubeutung ersetzt. Auf ständige Selbstoptimierung getrimmt, treiben wir Raubbau am eigenen Geist und Körper, was für die Profiteure weitaus effizienter ist. Das Buch beschreibt unsere Gesellschaft als eine, die ihr Gespür für Intimität, Geheimnis und innere Besinnung verloren hat, die verblendet und gleichzeitig gelähmt ist. Manchmal erscheinen die Metaphern, Sprachspiele und Thesensprünge etwas gewagt, oft sind sie aber brilliant, bringen die Dinge auf den Punkt und zeugen von einer präzisen Beobachtung und geistreichen Reflexion. (gh)

Globalisierung

Matthias Drobinski
Diese Wirtschaft tötet
 Süddeutsche Zeitung Edition,
 Juni 2014
 48 Seiten, 4,90 Euro
 978-3-86497-208-9



Papst Franziskus' Aussage „Diese Wirtschaft tötet“, geschrieben in seiner Erklärung „Evangelii Gaudium“ zum Advent 2013, wird vom SZ-Innenpolitik-Redakteur ausführlich erläutert: Weil der Profit über den Menschen gestellt wird und zur innerweltlichen Pseudo-Religion aufstieg, werden die Schwachen ausgebeutet und die Umwelt zerstört. Globalisierte Produktionsstrukturen verschleiern oft die Zusammenhänge zwischen dem harten Kampf um die Absatzmärkte in der westlichen Welt und dem Ausmaß der Zerstörung in der übrigen. Drobinski zeigt sie. (gh)

Über das Buch „Die Machiavellis der Wissenschaft“

Das System der Zweifler

Eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern schaffte es immer wieder, Umwelt- und Gesundheitsgefahren herunterzuspielen und infrage zu stellen. Wissenschaftlich haltbar waren ihre Thesen nie, aber das war ihnen egal, denn es ging ihnen um etwas ganz anderes: Zweifel am wissenschaftlichen Konsens zu erzeugen und möglichst lange aufrechtzuerhalten. Da steckte System dahinter. Und sehr viel Geld.

von Günther Hartmann

Fred Singer ist „Klimaskeptiker“. Es gäbe gar keinen Klimawandel, es gäbe keinen wissenschaftlichen Nachweis für einen Einfluss des Menschen auf den Klimawandel, Klimaschutzmaßnahmen brächten nichts und schadeten nur der Wirtschaft, bei steigenden CO₂-Werten ginge es den Menschen sogar besser – das

gingen, um dort Schlimmeres für die Wirtschaft zu verhindern.

Vorgetäuschte Wissenschaftlichkeit

Singer gehört zu einem überschaubaren Kreis von Wissenschaftlern, die sich seit den 1970er-Jahren der Erzeugung von Zweifel widmen und dafür ausgefeilte Methoden

Naomi Oreskes und Erik Conway recherchierten dies in fünfjähriger Arbeit akribisch und veröffentlichten ihre Erkenntnisse in einem Buch, das nun auf Deutsch unter dem Titel „Die Machiavellis der Wissenschaft – Das Netzwerk des Leugnens“ erschien.

Eine Schlüsselrolle spielt das 1984 gegründete George-C.-Marshall-Institut – benannt nach dem General, der nach dem Zweiten Weltkrieg als US-Außenminister für einen schnellen Wiederaufbau Europas sorgte. In dieser „Denkfabrik“ waren unter anderem renommierte Physiker wie Edward Teller, Vater der Atombombe, und Frederick Seitz, Vorsitzender des Raketenprogramms SDI, tätig. Von

entwickelten. Die wendeten sie bei verschiedenen Gelegenheiten an: beim sauren Regen, beim Ozonloch, beim Passivrauchen und eben beim Klimawandel. Je mehr sich die seriöse Wissenschaft einig war, desto aggressiver stellten sie deren Ergebnisse infrage – und waren damit erfolgreich. Es gelang ihnen mit für Laien wissenschaftlich klingenden Argumentationen immer wieder, bei Umwelt- und Gesundheitsthemen, wo sich in langen Fachdiskursen ein wissenschaftlicher Konsens gebildet hatte, in der Öffentlichkeit und Politik den Eindruck zu erwecken, es herrsche ein Dissens und es wäre deshalb das Beste, erst einmal abzuwarten. Die beiden Historiker

ONLINETIPPS

Interview mit Naomi Oreskes
Wissenschaft wurde als Nebelwand missbraucht
Süddeutsche, 04.11.2014
<http://tinyurl.com/lw3z5ya>

Anne Preger
Händler des Zweifels
WDR5, 05.09.2014
<http://tinyurl.com/kd5fefk>

Die Umweltbewegung: eine Bedrohung der bürgerlichen Freiheit, der freien Marktwirtschaft und des American Way of Life.

sind Thesen, die der US-amerikanische Physiker in seinen Vorträgen vertritt. Das durfte er auch 2010 auf einer FDP-Veranstaltung im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages. Mit dabei war Marie-Luise Dött, umweltpolitische Sprecherin und Vorsitzende der CDU-Arbeitsgruppe „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“. Laut einem Bericht der „Financial Times Deutschland“ sagte sie nach Singers Vortrag, seine Ausführungen seien sehr einleuchtend gewesen und die Frage sei nun, wie man die Politik auf einen anderen Kurs bekomme, weg vom Klimaschutz und immer neuen Belastungen. Sie selbst sei in die Umweltpolitik ge-



Naomi Oreskes, Jahrgang 1958, ist Professorin für Wissenschaftsgeschichte an der Harvard University. Ihre Studie „Beyond the Ivory Tower“ gilt als Meilenstein im Kampf gegen die Verleugnung des Klimawandels und wird in Al Gores Film „Eine unbequeme Wahrheit“ zitiert. 2010 veröffentlichte sie zusammen mit Erik Conway das Buch „Merchants of Doubt“, das 2014 auf Deutsch unter dem Titel „Die Machiavellis der Wissenschaft“ erschien.

Verunglimpfungen im Namen der Freiheit

Ausgeprägte Schwarz-Weiß-Malerei und aggressive Verunglimpfungen im Namen der Freiheit gehörten zum Repertoire. Als das Ozonloch immer größer und der Ruf nach Schutzmaßnahmen immer lauter wurde, stellte Singer dessen Existenz in Zweifel und unterstellte, es handele sich hier in Wirklichkeit doch nur um einen Angriff auf das amerikanische Wirtschaftssystem: „Einige dieser ‚zwanghaften Utopisten‘ sind Sozialisten, einige technikhasende Maschinenstürmer. Die meisten haben ein großes Verlangen nach Regulierung.“ Die gleichen Befürchtungen verbreitete er, als der Schutz der Nichtraucher

einem radikalen Antikommunismus beseelt, kam ihnen Ende des Kalten Krieges das alte Feindbild abhandeln, doch in der Umweltbewegung fanden sie ein neues: eine Bedrohung der bürgerlichen Freiheit, der freien Marktwirtschaft und des American Way of Life.

gestärkt werden sollte: „Wenn wir die Rolle der Regierung bei der Regulierung nicht sorgfältig abstecken, gibt es eigentlich keine Grenzen mehr, wie weit die Regierung letzten Endes unser Leben kontrollieren kann.“ Daneben gab es viele gezielte Einschüchterungsversuche

Das Ziel war simpel: die öffentliche Meinung irritieren und die Politik dazu verleiten, untätig zu bleiben.

Finanziert wurde das Institut vor allem durch Spendengelder der Tabak- und der Ölindustrie. Sein Ziel war simpel: mit dem Anschein von Wissenschaftlichkeit Zweifel an wissenschaftlichen Erkenntnissen verbreiten, die öffentliche Meinung irritieren und die Politik dazu verleiten, untätig zu bleiben.

und Verleumdungskampagnen gegen unliebsame Wissenschaftler, die ihre Wirkung nicht verfehlten.

Wie wehrten sich die seriösen Wissenschaftler? Fast nicht. Wissenschaftler sind Experten. Sie sehen den Sinn ihrer Tätigkeit im Hervorbringen von Wissen, nicht im Verbreiten. Sie haben wenig Ta-

BUCHTIPP

Naomi Oreskes, Erik M. Conway
Die Machiavellis der Wissenschaft
Das Netzwerk des Leugnens
Wiley-VCH, Sept. 2014
389 Seiten, 24,90 Euro
978-3-527-41211-2



lent und Übung, mit der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren. Sie haben wenig Ahnung, wie man die eigene Arbeit gegen gut finanzierte Leugner verteidigt. Ihr Berufsethos bringt sie zudem in eine heikle

„Wir wussten, es war Müll, also ignorierten wir ihn einfach.“ Edward Frieman, Physiker

Lage: Die entschlossene Einmischung in eine politisch umstrittene Frage setzt sie dem Verdacht aus, nicht wirklich objektiv zu sein. Insofern sind sie der Überzeugung, dass sich die Wahrheit sowieso langfristig durchsetzen wird. „Wir wussten, es war Müll, also ignorierten wir ihn einfach“, beschrieb der Physiker Edward Frieman die übliche Haltung zu „klimaskeptischen“ Studien. Doch leider verschwand der Müll nicht, sondern wurde von den Massenmedien jahrelang zitiert und übte so auf die öffentliche Meinung eine große Wirkung aus.

Auf die Frage, was die nächsten Ziele der „Zweifler“ seien, antwortete Oreskes im Interview mit der Süddeutschen Zeitung: „Die Mobilfunkindustrie gibt sich große Mühe, gegen wissenschaftliche Arbeiten vorzugehen und Zweifel zu wecken.“



Greenwash-Strategien

Wie Unternehmen ihr Image grün färben

Der Begriff „Greenwash“ – deutsch: „Grünwaschen“ oder „Grünfärben“ – bezeichnet eine Strategie, mit der sich Unternehmen durch die gezielte Verbreitung von Desinformation ein ökologisches Image verschaffen wollen. Dazu dienen Anzeigen, Werbepлакate, PR-wirksame Modellprojekte, Kooperationen mit Umweltverbänden und gesteuerte Schein-Bürgerinitiativen.

von Ulrich Müller / Günther Hartmann

Greenwash ist vor allem eine Reaktion der Unternehmen auf den wachsenden öffentlichen Druck, die durch sie verursachten Umweltbelastungen zu reduzieren. Als Folge des gestiegenen Umweltbewusstseins der Konsumenten wird öffentlich kommuniziertes „grünes“ Image verstärkt als Wettbewerbsfaktor verstanden, um Kunden zufriedenzustellen. Dennoch ist das Ziel von Greenwash

weniger die direkte Verkaufsförderung – dafür gibt es spezifische Produktwerbung –, sondern in erster Linie die politische Beeinflussung von Entscheidungsträgern, Meinungsmachern und kritischen Konsumenten – mit verschiedenen Zielrichtungen:

■ Umweltschädliche und umstrittene Geschäftspraktiken sollen verschleiert bzw. Akzeptanz für sie geschaffen werden – eine Reaktion

auf die Macht der Konsumenten und Umweltaktivisten, die Rufschädigung zum Teil gezielt als Druckmittel einsetzen. Ein grünes Images soll – unabhängig vom realen Geschäftsverhalten – die Verwundbarkeit der Unternehmen reduzieren.

■ Politische Entscheidungen sollen beeinflusst und drohende liebsame Gesetzesvorhaben unterlaufen werden. Es soll der Eindruck entstehen, die Unternehmen wür-

den das Umweltproblem bereits selbst lösen und verpflichtende Regeln seien damit unnötig.

durchzusetzen. Freiwillige Verhaltenskodizes oder Selbstverpflichtungen von Unternehmen sollen

verbindliche Umweltgesetze von der politischen Agenda zu drängen oder zumindest jahrelang zu verzögern.

Ein grünes Image soll – unabhängig vom realen Geschäftsverhalten – die Verwundbarkeit der Unternehmen reduzieren.

■ In Zeiten des Klimawandels gibt es weitere lohnende Gründe, sich als umweltbewusstes Unternehmen zu präsentieren: Für Klimaschutzprojekte gibt es häufig staatliche Unterstützung. Die Unternehmen wissen, dass sie etwas verändern müssen – sie wollen nur nicht selbst dafür bezahlen.

Neben einzelnen Greenwash-Aktionen gibt es auch eine längerfristige Strategie, die als „Deep Greenwash“ bezeichnet wird: Sie verfolgt das Ziel, in der Umweltpolitik das Prinzip der Selbstregulierung

verbindliche gesetzliche Vorgaben ersetzen. Diese Selbstverpflichtungen funktionieren in der Regel jedoch nicht, wie z.B. die freiwillige Mehrwegquote oder das Versagen der europäischen Autoindustrie zeigten, die Zusagen über einen sinkenden CO₂-Ausstoß ihrer Autos einzuhalten. Aber sie schaffen es,

Vielfältiges Repertoire an Instrumenten

Die Strategien der grünen Imagepflege orientieren sich immer an der jeweils angesprochenen Öffentlichkeit und Zielgruppe. Die angewandten Methoden sind daher vielfältig und erschöpfen sich nicht in herkömmlichen Werbepлакaten und Anzeigen. Die Übernahme von Öko-Jargon, (Alibi-)Kooperationen mit Umweltorganisationen und das Hochjubeln kleiner, randständiger Umweltprojekte gehören zum Repertoire. Gute Greenwash-Kampa-

Es soll der Eindruck entstehen, die Unternehmen würden das Umweltproblem selbst lösen und verpflichtende Regeln seien unnötig.

Bees Biodiversity Network

Das Bees Biodiversity Network ist eine 2005 von BASF ins Leben gerufene Organisation mit Sitz in Tardenois/Frankreich, die sich nach eigenen Angaben für die Stärkung der Biodiversität zum Schutz der Bienen einsetzt. Die enge Verbindung zu BASF ist nicht klar erkennbar und intransparent. Auf der französischen Website der Organisation werden BASF und andere Unternehmen und Verbände zwar als Partner geführt, ihre Rolle aber nicht erläutert. Auf der englischsprachigen Website wird BASF gar nicht genannt. Auffällig ist, dass die Domain auf die französische BASF-Mitarbeiterin Sandrine Leblond registriert ist. Es kommen zwei problematische Lobby-Strategien zur Anwendung: Greenwash und Tarnorganisation. Da der Bienenrückgang für mediale Schlagzeilen sorgt, will BASF einerseits sein Image verbessern und etwas für Bienen tun. Zugleich ist es für das Unternehmen wichtig, den Fokus von Medien und Entscheidungsträgern auf Ursachen zu richten, die das Bienensterben nicht in Zusammenhang mit dem Einsatz von Pestiziden bringen.



Bees Biodiversity Network – französische Website: www.jacheres-apicoles.fr

Quelle: https://lobbypedia.de/wiki/Bees_Biodiversity_Network

gnen schaffen es, Menschen in die Irre zu führen und ihnen ein positiv verzerrtes Bild eines Unternehmens zu vermitteln, ohne explizit die Unwahrheit zu sagen. Geschickt werden die Fakten und Daten gewählt, die der Öffentlichkeit präsentiert werden. Während negative Aspekte der Geschäftspraktiken keine Erwähnung finden, werden positive Entwicklungen überbetont – auch wenn sie noch so unbedeutend sein mögen.

Es mag sogar in einigen Bereichen ökologische Fortschritte geben, die man optimistisch als erste Schritte in die richtige Richtung interpretieren könnte. Diese kleinen Verbesserungen oder Modellprojekte werden über Anzeigenkampagnen und PR-Arbeit so massiv beworben, dass die anhaltenden Umweltprobleme im Kerngeschäft des Unternehmens an den Rand gedrängt werden und in der breiten

Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten.

Beliebtestes Instrument für die Imagewerbung sind Anzeigen- und Werbekampagnen, mit denen der Öffentlichkeit Bilder von grünen

Freiwillige Verhaltenskodizes oder Selbstverpflichtungen von Unternehmen sollen verbindliche gesetzliche Vorgaben ersetzen.

Wiesen und blauem Himmel ins Bewusstsein gebrannt werden, die Umweltverträglichkeit und „heile Welt“ suggerieren. Ausführlich wird in den Anzeigen das Umweltengagement der Unternehmen dargestellt. Dass derartige Anzeigenkampagnen häufig die Reaktion auf aktuelle politische Konflikte wie anstehende Initiativen für striktere Umweltgesetze sind, wird meist verschwiegen.

Die Anzeigenkampagnen werden häufig durch weitere PR- und Medienarbeit flankiert. Auch die eigenen Nachhaltigkeitsberichte und „Corporate Social Responsibility Reports“ helfen bei der unterneh-

merischen Imagepflege. Nachhaltigkeitsberichte sollen die Umweltauswirkungen der Unternehmen transparent machen. Allerdings gibt es keine bindenden Regeln für die Berichterstattung, nur freiwillige Standards. Letztlich bestimmen die Unternehmen selbst, was und wie sie berichten. Die Berichte dienen zugleich dazu, die gesellschaftlichen und ökologischen Wohltaten des Unternehmens aufzulisten. Sie

RWE

Der Energiekonzern RWE fiel schon häufig wegen unlauterer Lobby-Kampagnen auf. So finanzierte RWE zwei Mitarbeiterstellen bei der „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ (BGR) für ein Projekt zu CCS-Lagerstätten, was für Externe nicht immer erkenntlich war. In einem Projektbericht von 2010 wurde betont, RWE habe „keine Zwischenergebnisse während der Durchführung erhalten“, in der Antwort auf eine Presseanfrage hieß es dagegen: „Das Unternehmen ist per Zwischenbericht über vorläufige Ergebnisse informiert worden.“ Im Rahmen der großen Imagekampagne „voRWE gehen“ versucht der Konzern, sich als Klimaschutzler zu präsentieren. 2009 machte er negative Schlagzeilen mit einem Werbespot, der impliziert, dass RWE stark auf Erneuerbare Energien bei der Stromerzeugung setzt. Die gezeigten Windkraftträder trugen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Spots aber nur 0,1 % zu seinem Energiemix bei, während der bundesweite Durchschnitt bei 7 % lag. Von den gezeigten Gezeitenkraftwerken war noch kein einziges gebaut.



RWE-Imagekampagne „voRWE gehen“: www.vorweggehen.de

Quelle: <https://lobbypedia.de/wiki/RWE>

Deutsches Atomforum

Das Deutsche Atomforum ist ein 1959 gegründeter Lobbyverband. Sein Ziel ist es, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen und die öffentliche Meinung positiv zu prägen. Die „taz“ veröffentlichte 2011 interne Dokumente der Kommunikationsagentur „Deekeling Arndt Advisors“, die für das Deutsche Atomforum tätig war. Sie zeigen, wie versucht wurde, die öffentliche Debatte zu beeinflussen und vermeintlich unabhängige Instanzen für sich werben zu lassen. Ein Beispiel: der Verein „Women in Nuclear“, in dem Frauen für Atomkraft werben. Ein weiteres Beispiel: der Historiker Arnulf Baring. Er trat beim 50. Geburtstag des Deutschen Atomforums auf und betonte, dass er nicht mit den Energiekonzernen verbunden sei und „als unparteiischer, aber leidenschaftlich engagierter Bürger“ rede. Tatsächlich hat die Agentur ihm bei der Rede zugearbeitet und er wurde für sie bezahlt. Die Agentur sorgte auch dafür, dass Barings Rede in der FAZ erschien – ohne Hinweis darauf, von wem sie bezahlt wurde.



Women in Nuclear – internationale Website: www.win-global.org

Quelle: https://lobbypedia.de/wiki/Deutsches_Atomforum

sind ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und von einer sehr positiven Selbstdarstellung der Unternehmen gekennzeichnet. Unternehmen laden gelegentlich auch moderate Umweltorganisationen ein, die Nachhaltigkeitsberichte zu kommentieren. Diese Einschätzungen werden dann mit veröffentlicht – es sei denn, sie fallen zu kritisch aus.

Zur PR-Arbeit gehört auch das Lancieren von sogenannten „Hope Stories“, hoffnungsfrohen Geschichten, die der Akzeptanzbeschaffung in der Öffentlichkeit dienen, wenn gewisse Vorhaben auf Widerstand stoßen. So verkündet die Gentechnik-Industrie, mit genetisch verändertem Saatgut ein Allheilmittel gegen den Hunger in der Welt gefunden zu haben. Dabei sind die von gentechnisch verändertem Saatgut ausgehenden ökologischen und gesundheitlichen Risiken umstritten. Dazu kommt

die ökonomische Abhängigkeit der (Klein-)Bauern von den Saatgutherstellern wie Monsanto, die in Ländern wie Indien eher zum Hunger beiträgt, als ihm abhilft.

Hilfreich ist auch die Übernahme von Öko-Jargon, von Schlüsselbegriffen wie Nachhaltigkeit, Umweltschutz oder Verantwortung.

Während negative Aspekte der Geschäftspraktiken keine Erwähnung finden, werden positive Entwicklungen überbetont.

Damit soll Sympathie und Vertrauen geschaffen werden. Zum „Ökosprech“ gehört auch die Schaffung und Etablierung neuer Begriffe, die in der öffentlichen Debatte noch unverbraucht sind: Die Atomlobby ersetzte den Begriff „Atomenergie“, der zu sehr mit der Atombombe verknüpft schien, durch den scheinbar harmlosen Begriff „Kernenergie“.

Auch der Begriff „Biotechnologie“, inzwischen an die Stelle der negativ besetzten „Gentechnologie“ gerückt, gehört in dieses Neuvokabular: Denn Bio ist gut, das wissen alle.

Ein beliebtes Mittel ist die groß angelegte Präsentation von Modellprojekten zum Beweis für ein besonderes Umweltbewusstsein,

selbst wenn der tatsächliche Einfluss begrenzt oder die Umsetzung noch offen ist. Gerne werden auch glaubwürdige Fürsprecher in die eigenen Greenwash-Kampagnen einbezogen: die sogenannte „Dritte-Partei-Technik“. Einen Schritt weiter geht die Gründung von Tarnorganisationen, die im Kleid einer Bürgerinitiative die Wünsche ihrer

Auftraggeber in die Öffentlichkeit tragen. Ins Greenwash-Repertoire gehören aber ebenso öffentlichkeitswirksame Partnerschaften oder Dialoge mit Umweltorganisationen. Der Chemiekonzern Bayer etwa unterstützt zusammen mit der „Umweltorganisation der Vereinten Nationen“ (UNEP) ein Programm, in dessen Rahmen „junge Umweltsandte“ – sogenannte „Bayer Young

Environmental Envoys“ – ausgebildet werden.

Zu einem grünen Mäntelchen können auch Ökozertifizierungen wie „Emas“ oder „ISO 14001“ beitragen. Die werden verliehen, wenn Unternehmen ein betriebliches Umweltmanagementsystem einrichten und nachweisen können. Überprüft werden die Umweltleistungen von externen Gutachtern, die allerdings

auf Folgeaufträge angewiesen sind. Die Unternehmen bestimmen dabei selbst ihre Umweltleitlinien und -ziele. Feste Vorgaben gibt es nicht, allerdings soll es eine kontinuierliche Verbesserung der Umweltleistungen geben. Dabei kann es um ein verbessertes Recycling im Unternehmen gehen, energiesparende Beleuchtung oder Naturschutzprojekte auf dem Werks Gelände.

Die Ökozertifikate schließen aber weitreichende umweltschädliche Produktionsfolgen nicht aus, anders als die Öffentlichkeit dies vielleicht vermutet.

Eine ähnliche Wirkung sollen so manche Ökopreis-Verleihungen entfalten. Das „Forum für Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft“ (Econsense) etwa, in dem alle Schwergewichte der deutschen

chen und politischen Druck hin – und versuchen damit, den Druck abzufedern. Es sind kritische Fragen zu stellen: Warum gibt es diese Anzeigen, diese Aktivitäten gerade jetzt? Welche Konflikte gibt es um das Unternehmen, die Branche? Welche politischen Veränderungen sollen möglicherweise verhindert werden? Manchmal reicht dazu schon ein Blick in die aktuelle Be-

Typische Kennzeichen von Greenwash

■ **Selektive Darstellung der Realität:** Fakten werden nicht in den Gesamtkontext gestellt, eigene ökologische oder soziale Modellprojekte überbetont, die negativen Auswirkungen des regulären Kerngeschäfts ausgeblendet.

■ **Ökologische Sprache:** Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ werden übernommen, jedoch abstrakt oder weitgehend sinnentleert benutzt.

■ **Grüne Bildersprache:** Bäume, grüne Landschaften, blauer Himmel und die Sonne sollen positive Gefühle aktivieren.

■ **Hervorhebung eigener Verantwortung:** Unternehmen betonen, dass sie sich kümmern, dass sie an Lösungen arbeiten und das Umweltproblem im Griff haben.

■ **Betonung technischer Lösungen:** Innovationen werden angepriesen, selbst wenn diese unsicher sind oder bei Weitem nicht ausreichen. Das soll den Druck für weitergehende strukturelle Veränderungen mindern.

■ **Ausblendung politischer Debatten:** Die Öffentlichkeit soll nicht über die Umweltprobleme nachdenken, sondern glauben, das Unternehmen oder die Branche habe sie im Griff.

**KLIMASCHUTZ
BEGINNT
MIT STAHL**

www.zukunft-beginnt-mit-stahl.de

Stahl

Eine Initiative von ArcelorMittal • Benetton • BGR Edelmetalle • Budorus Edelmetalle • Deutsche Edelmetalle
Dillinger Hütte • Dörrenberg Edelmetalle • Feralpi Stahl • Friedr. Lohmann • GKN Gruppe Georgsmarienhütte
Hüttenwerke Krupp Mannesmann • Lech-Stahlwerke • Saarstahl • Selzgitter • Stahlwerk Thüringen • ThyssenKrupp

Hilfreich ist auch die Übernahme von Öko-Jargon, von Schlüsselbegriffen wie Nachhaltigkeit, Umweltschutz oder Verantwortung.

Industrie vertreten sind, vergibt jährlich einen Umweltjournalistenpreis an Journalisten, „die durch ihr Engagement helfen, die Idee der nachhaltigen Entwicklung in den Köpfen der Menschen zu verankern“.

Viele deutsche Unternehmen sind außerdem inzwischen im Bereich der „Umwelterziehung“ an Schulen aktiv und fast alle geben ihren Konsumenten in Broschüren, auf Informationsveranstaltungen und Internetseiten Ratschläge zum umweltgerechten Leben an die Hand. Die Unternehmen können sich damit als grün profilieren, ohne zugleich zwingend das eigene Geschäftsverhalten zu ändern. Außerdem können sie auf Ablenkungseffekte hoffen, wenn die Schüler vor allem über das eigene Umweltverhalten nachdenken.

Wie umgehen mit Greenwash?

Die wichtigste Reaktion auf Greenwash-Kampagnen sollte sein, sich dem trügerischen Schein nicht hinzugeben, dass Unternehmen und Wirtschaftsverbände die Umweltprobleme und insbesondere den Klimawandel aus eigenem Antrieb angehen. Sie tun dies auf öffentli-

cherstattung der Massenmedien. Ansonsten hilft oft das Internet weiter. Über Suchmaschinen lassen sich schnell kritische Berichte über viele Unternehmen oder Branchen finden.

Wer Greenwash-Kampagnen zum Anlass nimmt, um sich alternative Informationen zu besorgen, hat bereits den ersten wesentlichen Schritt getan, um die dahinter liegende Strategie zu durchkreuzen. Man kann aber auch weitergehen und sich aktiv dagegen wehren:

■ Im Falle von irreführenden Anzeigen kann man sich beschweren. Leider sind die rechtlichen Bedingungen, gegen irreführende Werbung vorzugehen, in Deutschland beschränkt.

■ Eine zweite Gegenstrategie ist es, Greenwash öffentlich anzuprangern und Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

■ Nicht zuletzt kann man sich in die politische Auseinandersetzung einklinken – also aktiv werden für das, was das Greenwash verhindern soll.

Darüber hinaus ist es langfristig wichtig, auch die Rolle der Medien kritisch in den Blick zu nehmen

ONLINETIPPS

Klimaretter – Der Klima-Lügendetektor

www.klima-luegendetektor.de
Hintergrundinfos zur Kampagne „voRWEg gehen“
www.klima-luegendetektor.de/tag/vorweg-gehen/

Greenpeace – Stop Greenwash

www.stopgreenwash.org

Greenwashing-Index

www.greenwashingindex.com

und die Medien in eine Debatte über ihre Anzeigenpolitik zu verwickeln. Wie lässt es sich mit ihrem Selbstverständnis vereinbaren, dass sie über großflächige Anzeigenkampagnen oder Fernsehspots Träger von Desinformation werden? Ist jede Anzeige in Ordnung, egal wie verzerrend sie ist, wenn sie nur Geld in die Kasse spült? ■

Dieser Artikel basiert auf Kapiteln der von LobbyControl herausgegebenen Studie „Greenwash in Zeiten des Klimawandels“. Sie wurden mit freundlicher Genehmigung von LobbyControl für diese Ausgabe der ÖkologiePolitik von der Redaktion überarbeitet und gekürzt.

Ulrich Müller, Jahrgang 1972, studierte Politikwissenschaft und arbeitete anschließend zunächst am „Max Planck-Institut für Gesellschaftsforschung“ und dann bei der Menschenrechtsorganisation „FIAN“. Seit 2005 betreut er das Büro von „LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie“ in Köln, seit März 2006 hauptamtlich als geschäftsführender Vorstand.



www.lobbycontrol.de

Werbetricks in der Lebensmittelbranche

„Täuschungsmuster gibt es viele“

Große Lebensmittel- und Handelskonzerne haben die Ernährung industrialisiert. Ihre Produkte werden immer ungesünder, ihre Marketingbudgets immer größer. Die Kluft zwischen Werbebotschaft und Wirklichkeit wächst. Die Verbraucherorganisation „foodwatch“ beobachtet dies aufmerksam und verleiht seit 2009 jährlich den „Goldenen Windbeutel“ für die dreisteste Verbrauchertäuschung.

Interview mit Andreas Winkler

ÖkologiePolitik: Herr Winkler, werden Verbraucher oft getäuscht?

Andreas Winkler: Verbrauchertäuschung ist im Supermarkt leider eher die Regel als die Ausnahme. Lebensmittelhersteller können häufig ganz legal schummeln und trickeln – weil die geltenden Gesetze die Interessen der Industrie besser schützen als die von uns Verbrauchern.

Welches sind die häufigsten Täuschungsmethoden?

Täuschungsmuster gibt es viele. Verbraucher werden beispielsweise mit wohlklingenden Gesundheits-

es handele sich um echte regionale Produkte – auch wenn die Zutaten von weither stammen. Das alles ist leider ganz legal möglich.

Warum funktionieren die Täuschungen so gut?

Es fehlen gesetzliche Vorgaben zur besseren Produktkennzeichnung. Klare Angaben etwa zur Herkunft, zum Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln oder zur Nährwertzusammensetzung – all solche Informationen, um die wahre Qualität eines Lebensmittels einschätzen zu können, finden Sie nicht auf der Packung.



Andreas Winkler, Jahrgang 1981, studierte Politik- und Medienwissenschaften, arbeitete während des Studiums bei „terre des hommes“ mit und war anschließend zunächst als Referent für politische Bildung tätig, dann als Volontär in der PR-Branche bei einer Agentur für Marken- und Produktkommunikation. Seit 2010 ist er Pressesprecher bei der Verbraucherorganisation „foodwatch“.

aw@foodwatch.de

„Die geltenden Gesetze schützen die Interessen der Industrie besser als die von uns Verbrauchern.“

versprechen in die Irre geführt, Zuckerbomben werden wie ausgewogene „Kinderlebensmittel“ vermarktet oder schnelle handwerkliche Lebensmittel. Besonders „beliebt“ auch: Regionalschwindeleien. Mit Werbeslogans wie „aus der Region“ wird der Eindruck erweckt,

Wird nur bei einzelnen Produkten getäuscht? Oder täuschen ganze Branchen? Oder gar auch die Gesetze und Verordnungen selbst?

Das entscheidende Problem ist: Die geltenden Gesetze lassen die Verbrauchertäuschung häufig ganz legal zu und bieten keinen ausreichenden Schutz. Zwei Beispiele: Die

sogenannten Azofarbstoffe sind gesundheitlich umstritten, gerade für kleine Kinder. Auch die Politik hat das erkannt. Aber anstatt diese völlig

überflüssigen künstlichen Farbstoffe einfach zu verbieten, wurde lediglich ein versteckter Warnhinweis im

Und wenn ein Futtermittelbetrieb selbst Grenzwertüberschreitungen meldet, geht er straffrei aus – auch

„Es fehlen gesetzliche Vorgaben zur besseren Produktkennzeichnung.“

Kleingedruckten vorgeschrieben – absurd. Oder Dioxin: Nach dem großen Skandal um dioxinbelastete Futtermittel Anfang 2011 hatte die Politik vollmundig versprochen, entschlossen durchzugreifen. Aber die Maßnahmen sind wirkungslos. So wurde beispielsweise zwar festgelegt, dass es eine Testpflicht für Futtermittel geben muss – allerdings für Chargengrößen von bis zu 2.000 Tonnen, das entspricht etwa 100 Lkw-Ladungen. Bei so großen Mengen für Stichproben sind der Manipulation Tür und Tor geöffnet.

dann, wenn die Anzeige erst erfolgt, nachdem die dioxinbelasteten Futtermittel längst verkauft und verfüttert wurden.

„Wir hätten hunderte Produkte nominieren können – die legalen Werbelügen lauern überall.“

Nach welchen Kriterien wurden die Kandidaten zum „Goldenen Windbeutel“ ausgewählt?

Wir hätten hunderte Produkte nominieren können – die legalen

Werbelügen lauern überall. Wir haben fünf besonders dreiste Beispiele nominiert, die jeweils für einen „Typ“ Schwindel stehen, von Herkunft- über Zutaten- bis Gesundheitsschwindel.

Wie können sich Verbraucher schützen? Und wehren?

Als Einzelner bin ich ziemlich aufgeschmissen. „Politik mit dem Einkaufskorb“ ist häufig eine Illusion. Deshalb ist es so wichtig, dass wir Verbraucher uns zusammen-

schließen, damit es endlich bessere Gesetze im Lebensmittelbereich gibt.

Herr Winkler, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Goldener Windbeutel 2014

Den Preis für die dreisteste Werbelüge des Jahres, den „Goldenen Windbeutel“, verlieh „foodwatch“ 2014 dem Nahrungsmittelkonzern Nestlé. Bei einer einen Monat dauernden Online-Abstimmung stimmten von den insgesamt 158.000 Teilnehmern 72.000 für die „Alete Trinkmahlzeit ab dem 10. Monat“. Weil solch hochkalorische Produkte Überfütterung und Kariesbildung fördern, warnen Ärzte seit Langem vor dem Verzehr, doch Nestlé verkauft sie als gesund und babygerecht. „foodwatch“ forderte Nestlé auf, das Produkt vom Markt zu nehmen, und hat dazu auch eine E-Mail-Aktion gestartet. Die Ernährungscommission der „Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin“ (DGKJ) fordert bereits seit 2007 einen Stopp der Vermarktung von Trinkmahlzeiten, die sie als „unverantwortlich und gefährdet die Kindergesundheit“ bezeichnet.

Das Ergebnis der Wahl:

1. Platz: „Alete Trinkmahlzeit ab dem 10. Monat“ von Nestlé
2. Platz: „Knorr activ Hühnersuppe“ von Unilever

3. Platz: „Glacéau Vitaminwater“ von Coca-Cola
4. Platz: „Belvita Frühstückskeks“ von Mondelez (ehemals Kraft)
5. Platz: „Unser Norden Bio Apfelsaft naturtrüb“ von Coop eG

Weitere Infos: www.goldener-windbeutel.de



Fotomontage: foodwatch

Kampagne gegen Erneuerbare Energien

„Bild“ erklärt die Kurve der Wut

„Bild“ ist das auflagenstärkste Printmedium in Deutschland. Sie erreicht über 12 Millionen Leser. Diese Medienmacht sollte eigentlich mit besonderem Verantwortungsgefühl quittiert werden, aber bekanntlich ist es genau andersherum: „Bild“ baut seinen Erfolg darauf auf, für komplizierte Probleme einfache Scheinerklärungen anzubieten.

von Dr. Rüdiger Haude

Zwischen Fußball, nackten Frauen und Skurrilitäten impft „Bild“ die Leser mit einer konservativ-populistischen Weltansicht, die eine vernünftige Sicht auf die Probleme dieser Welt verbaut. Was „Bild“ nicht gefällt, erhält reflexartig das Etikett „Irrsinn“ – drunter geht es nicht. So auch auf dem Gebiet der Energiepolitik, also beim „Strom-Irrsinn“. Am 15. Oktober 2014 konnte man anlässlich der Mitteilung der Übertragungsnetzbetreiber über eine leichte Absenkung der EEG-Umlage auf bild.de einen Beitrag mit der Überschrift lesen: „Warum zahlen wir so viel für Strom? BILD erklärt die Kurve der Wut.“

Die Kurve der Wut: ein Säulendiagramm, das die Strompreisentwicklung seit 1998 zeigt. Und selbstredend erklärt „Bild“ überhaupt nichts, sondern schürt irrationale Gefühle. Das fängt mit der Grafik an. Sie trägt die Überschrift: „So viel kostet uns die EEG-Umlage.“ Die Säulen zeigen, dass der Strompreis in einem typischen Drei-Personen-Haushalt von seinem Tiefstand im Jahre 2000 (13,94 Cent/kWh) bis 2014 auf 29,13 Cent/kWh stieg. Die Unterteilung der Säulen zeigt jedoch, dass gleichzeitig die



Der Artikel „Warum zahlen wir so viel für Strom?“ lässt sich im Internet aufrufen unter: <http://tinyurl.com/lwump5j>

EEG-Umlage von 0,20 Cent/kWh auf 6,24 Cent/kWh angestiegen ist, also um 6,04 Cent. Für die übrigen 9,15 Cent/kWh der Preissteigerung sind also andere Ursachen verantwortlich. Dass es nicht primär die Erzeugung, der Transport und Vertrieb von Strom sind, kann man der Grafik ebenfalls entnehmen: Dieser Posten ist 2014 gegenüber 2013 sogar gesunken und erreicht das Niveau von 1998. Der Strompreisanstieg seither geht laut Tabelle zum großen Teil auf die Erhöhung von

Stromsteuer, Mehrwertsteuer und verschämt unter „sonstige“ subsumierte Kostenfaktoren zurück. Aber: Durch die Farbwahl, welche die EEG-Umlage feuerrot, alle anderen Faktoren in gemäßigten Farbtönen darstellt, wird die Überschrift optisch beglaubigt.

Im weiteren Text bekräftigt der Artikel: „Ein Preistreiber: die Öko-Umlage.“ Durch den unbestimmten Artikel „ein“ wird der Kritik vorgebeugt, man argumentiere monokausal; aber alles ist darauf ausgelegt,

dass der durchschnittliche Leser, dessen „Kurve der Wut“ man ja eher erzeugen als „erklären“ will, diese Feinheit überliest. Deshalb werden auch keine anderen „Preistreiber“ namhaft gemacht. Zur EEG-Umlage erfahren die Leser: „Mit der Umlage wird der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland finanziert. Sie wird auf den Strompreis aufgeschlagen.“ „Bild“ verschweigt, wem sie aufgeschlagen wird (nämlich den Normalverbrauchern) und wem nicht (den stromfressenden Industrieunternehmen).

Später wird immerhin noch enthüllt: „Im Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) ist festgelegt, dass Betreiber einer Solar-, Windkraft-, Wasserkraft- oder Biogasanlage nach dem Anschluss ans Netz auf 20 Jahre garantiert eine feste Vergütung erhalten. Davon wird der für den Strom erzielte Preis abgezogen, der Rest wird über die Öko-Umlage aufgefangen.“ Dass demzufolge ein Großteil der Umlagen-Erhöhung auf die Senkung des Börsen-Strompreises zurückzuführen ist, der seinerseits ein Ergebnis des Erfolgs der regenerativen Energien darstellt, wird allerdings nicht an die große Glocke gehängt. Dann müssten die Leser sich ja fragen, wieso die EEG-Umlagenerhöhung stets unvermindert an die privaten Endkunden weitergereicht wird, der gesunkene

stehen, weil sie durch Steuermittel aufgebracht werden. 2012 hätten sie, auf den Strompreis umgelegt, mehr als 10 Cent/kWh betragen. Auch der für die Energiewende kontraproduktive Neubau von Höchstspan-

altete Kraftwerksstruktur zügig abzubauen, macht den Strom so teuer.

Im interaktiven Kommentarbereich von bild.de gehen die Wellen der Wut so richtig hoch. Einer fordert: „Alle AKWs wieder ans Netz.“

Im interaktiven Kommentarbereich von bild.de gehen die Wellen der Wut so richtig hoch. Einer fordert: „Alle AKWs wieder ans Netz.“

nungstrassen, der von den Stromkunden (außer der wiederum davon befreiten energieintensiven Industrie) aufzubringen ist, ist der „Bild“ keinen Skandalersatz wert.

Ebenso wenig befragt sie den gegenwärtigen Luxus, zwei Stromversorgungssysteme gleichzeitig zu betreiben, auf seine psychopathologischen Implikationen („Irrsinn“). Deutschland betreibt heute gleichzeitig ein halb fertiges System mit Solar- und Windanlagen, bei dem im Grunde nur noch die Stromspeicher fehlen, und ein völlig überaltes – auf Atomkraft und Braunkohle beruhendes – System, mit dem EON, RWE, Vattenfall und EnBW ihr Geld verdienen, und in das zur Erhaltung und „Modernisierung“ immer noch weiter Geld hineingesteckt wird. Beide Systeme produzieren gleichzeitig Strom – und passen nicht zusammen, weil Koh-

Das war die sauberste, sicherste und günstigste Energieerzeugung. Ausserdem Fracking in grossem Umfang erlauben. Weg mit den grünen Moralaposteln. Als führende Industrienation brauchen wir billigen Strom. Frankreich überf 60 KKW, Deutschland bald 0. !!!Japan!!! baut neue AKWs! nur Deutschland zockt die Bürger ab !!! (Schreibweise gemäß dem Original)

Brav gelernt, lieber „Bild“-Leser, die Kurve der Wut funktioniert wunschgemäß. Um eine nachhaltig bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen und die Kosten des Klimawandels in Grenzen zu halten, bräuchten wir aber vielleicht doch eher eine „Kurve des Denkens“.

Dieser Artikel erschien erstmals im „Solarbrief 3/2014“ und wurde für die ÖkologiePolitik leicht gekürzt.

„Bild“ erklärt überhaupt nichts, sondern schürt irrationale Gefühle. Das fängt mit der Grafik an.

Börsenpreis für Strom aber nicht. Stattdessen ist zu lesen: „Die Milliardenförderung ist hoch umstritten, da sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt.“ Verschwiegen wird, dass die viel umfangreicheren Milliardenförderung für Atom- und Kohleenergie nicht auf der Stromrechnung

le- und Atomkraftwerke nicht hinreichend abgeregelt werden können, wenn genug Strom aus Sonne und Wind vorhanden ist. Immer häufiger muss in Deutschland produzierter Strom deshalb sogar verschenkt werden. Dass die Regierung sich nicht entscheiden kann, diese ver-

Dr. Rüdiger Haude, Jahrgang 1959, studierte Soziologie, Politische Wissenschaft und Geschichte. Er ist Privatdozent für Kulturwissenschaften am Historischen Institut der RWTH Aachen und seit Oktober 2014 Öffentlichkeitsreferent des „Solarenergie-Fördervereins Deutschland“, für den er schon länger publizistisch tätig ist.



haude@sfv.de

Analyse neoliberaler Sprachregelungen

Die INSM und ihre Schlüsselwörter

Wer den Neoliberalismus verstehen will, muss den strategischen Einsatz von Schlüsselwörtern beachten. Die Lobby-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) beispielsweise deutet Begriffe geschickt um und verankert diese in der öffentlichen Debatte. Der gesellschaftspolitische Erfolg des Neoliberalismus ist von seiner Sprache nicht zu trennen.

von Raffael Scholz

Der Linguist Martin Wengeler hat sich die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) mit Blick auf sprachliche Aspekte näher angeschaut. Ihm zufolge ist allein schon die Benennung

dass gerade diese Schlüsselwörter in den Texten der INSM immer wieder vorkommen und sowohl als Basis für eine Vielfalt von neuen Komposita dienen, als auch in typischen Kollokationen und

den sie mit ihren Aktivitäten unterstützt, forciert und diese Dominanz stärkt“. (Wengeler)

Durch die Verwendung dieser Begriffe, „die nach nichts aussehen, aber eine ganze Philosophie im Schlepptau führen“ (Bourdieu), versuche die INSM, ihre spezifischen ordnungspolitischen Ideen zu verbergen. Denn die Bedeutung dieser Begriffe werde durch deren selbstverständliche Verwendung im Sinne der INSM immer schon mitvermittelt, „weil sie präsupponiert, mitgemeint werden können aufgrund ihrer erfolgreichen Verankerung im Diskurs“ (Wengeler). So gibt sich die Initiative wertfrei und überparteilich.

Seit den 1990er-Jahren tauche der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“

Die INSM versucht offensichtlich, Aktionsmuster und -formen der kritischen Opposition der Post-68er-Zeit zu kopieren.

nung der Initiative interessant, weil sie versucht, „an die gesellschaftlichen und diskursiven Innovationen der bundesrepublikanischen Geschichte durch die Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er-Jahren“ anzuschließen, „für die Bürgerinitiativen und eben ihr Verständnis als soziale Bewegungen zentral sind“. Die INSM versuche offensichtlich, Aktionsmuster und -formen der kritischen Opposition der Post-68er-Zeit zu kopieren. Bemerkenswerter sei aber noch, dass die Initiative es geschafft habe, Begriffe wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Reform“, „Wachstum“, „Subventionen“, „Nachhaltigkeit“ und „(Wirtschafts-)Standort“ in den Diskurs einzubringen und dort zu halten. Es sei „kein Zufall,

Verwendungszusammenhängen gebraucht werden. Während die Verwendung von ‚Soziale Marktwirtschaft‘ im Namen der Initiative im Diskurszusammenhang nur als Versuch gewertet werden kann, den ‚Begriff‘ im eigenen, wirtschaftsliberalen Sinn, der nicht der dominante im

Es gelang, Begriffe wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Reform“, „Wachstum“, „Subventionen“, „Nachhaltigkeit“ und „Standort“ in den Diskurs einzubringen.

Diskurs ist, zu besetzen, kann die Initiative bei den fünf anderen ‚Begriffen‘ schon zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf einen in ihrem Sinne gut ‚bestellten‘ Diskurs aufbauen,

wieder im öffentlichen Diskurs auf. Anfang der 2000er sei das Wort zu einem der wichtigsten Begriffe des Wahlkampfs geworden, was bestätigt habe, dass „diskursive [wirt-



Anzeige der INSM zur Energiewende

schaftspolitische] Positionen vorerst ausschließlich innerhalb der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ verortet werden können, wenn sie ernst genommen werden wollen“ (Nonhoff). Im öffentlichen Diskurs wird um die Deutung dieses Wortes gekämpft – in diesen Kampf greift die Initiative allein schon durch ihren Namen ein.

Folgt man der Selbstdarstellung der INSM auf ihrer Website, so wird die neoliberalistische Ausrichtung ihrer Begriffsdefinition schnell deutlich. „Beschäftigungshürden“, „Bürokratie“ und „hohe Lohnzusatzkosten“ – kurzum: alles, was angeblich „die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert“ – sollen abgebaut, Steuern und Abgaben reduziert werden. Schaut man sich die realen ordnungspolitischen Veränderungen in Deutschland seit der

Gründung der Lobbyorganisation an, so kann behauptet werden, dass die INSM überaus erfolgreich war – die „Soziale Marktwirtschaft“ be-

wegt sich in Richtung der Vorstellungen der Initiative.

Eines der Schlüsselwörter der INSM ist das der „Reform“. „Reformagenda, Reformindikator, Reformdividende, Reform-Prioritäten, Reformcluster, Reform-Kalendarium, Reform-Tief, Reform des Jahres“ (Wengeler) werden auf Grundlage des in den 1990er-Jahren im Diskurs etablierten Begriffs-

BUCHTIPPS

Martin Wengeler
Das Merkelmeter mit seinem theoretischen Reformoptimum

in: Steffen Pappert, Melani Schröter, Ulla Fix (Hrsg.)

Verschlüsseln, Verbergen, Verdecken in öffentlicher und institutioneller Kommunikation

Erich Schmidt, 2008
415 Seiten, 49,80 Euro
978-3-503-09851-4

Pierre Bourdieu
Gegenfeuer

UVK, 2004
228 Seiten, 14,99 Euro
978-3-89669-511-6



verständnis benutzt. Für diesen Wandel des Reform-Begriffs war die bekannte „Ruckrede“ von Roman Herzog ein wichtiger Bezugspunkt.

Durch die Verwendung dieser Begriffe versucht die INSM, ihre spezifischen ordnungspolitischen Ideen zu verbergen.

„Der Rückzug des Staates und die stärkere Privatisierung und Deregulierung aller Lebensbereiche werden von Herzog als ‚liegen gebliebene Reform-Hausaufgaben‘ eingeführt. Durch die Kontextualisierung mit Schlagwörtern wie Eigenverantwortung, Leistung, Anstrengung und Wettbewerb wird Reform in einen neuen Bedeutungszusammenhang gerückt, der eine deutliche Abkehr

vom Reformbegriff der 60er- und 70er-Jahre darstellt. [...] Und genau in diesem Sinne hat die INSM für ihr Reformbarometer ein theoretisches Reformoptimum mit Reformindikatoren ausarbeiten lassen, das marktwirtschaftliche Reformen und Reformmodelle sowie das Reformkalendarium anderer Länder

Reform-Tief ‚ableitet‘ und zuletzt die Reformdividende in Form von mehr Wachstum und Beschäftigung und damit mehr Wohlstand für alle ‚ausgeschüttet‘ werden kann.“ (Wengeler)

Die INSM trägt so ein Begriffsverständnis in die Öffentlichkeit, das dem des Arbeitgeberverbandes

„Sozial ist, ...“

Im Oktober 2000 wurde der Initiative das erste Mal Aufmerksamkeit zuteil. Mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ trat die INSM auf Litfaßsäulen und in Zeitungsanzeigen an die Öffentlichkeit. Dabei verwendete Slogans waren beispielsweise:

- „Sozial ist, wer durch eigene Leistung zum Wohlstand für alle beiträgt“ (Hans Tietmeyer)
- „Sozial ist, wer sich nicht nur auf andere verlässt“ (Wolfgang Schäuble)
- „Sozial ist, wer durch Leistung Solidarität möglich macht“ (Siegmar Mosdorf)
- „Sozial ist, wer Bildungseliten fördert“ (Peter Glotz)

Dies ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie die INSM versucht, Begriffe – hier „sozial“ – umzudefi-

nieren. Es gebe im Deutschen kaum ein Wort, das so positiv besetzt sei wie dieser Begriff, so die INSM in einer Stellungnahme zu der Kampagne. Er sei allerdings von seiner ursprünglichen Bedeutung weit entfernt, das müsse wieder geradegerückt werden.

Die Kampagne schlug ein, durchdrang die Öffentlichkeit förmlich, wie die späteren Bezugnahmen der Politik auf den Slogan beweisen. Die CSU kürte das Motto zu ihrem Wahlkampfeslogan im Jahr 2002. Ein sogenanntes „Reformpapier“ der CDU war später so überschrieben. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sagte im Mai 2008, „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sei „zentrales Leitbild der CDU“. Franz Josef Jung zitierte dies in seiner Antrittsrede als Arbeitsminister. Der Slogan



Anzeige der INSM zum Mindestlohn

schaffte es in der Form „Denn was Arbeit schafft, ist auch sozial“ in das Programm der FDP zur Wahl

Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in sein erstes Kabinett. ■

Im öffentlichen Diskurs wird um die Deutung von „Soziale Marktwirtschaft“ gekämpft – da greift die Initiative allein durch ihren Namen ein.

aufzeigt, mit denen die Reformer (des Jahres) anhand einer Reformagenda den eingeschlagenen Reformkurs mit den richtigen Reformprioritäten fortsetzen können, damit man im Konjunktur-Hoch nicht ins

Gesamtmetall, der FDP und des wirtschaftsliberalen Flügels der übrigen Parteien entspricht. Im nächsten Abschnitt wird der Erfolg dieser Strategie am Beispiel einer frühen Kampagne aufgezeigt.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Die INSM ist keine Initiative im eigentlichen Sinn, sondern wurde im Jahr 2000 von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie als Marketing-Organisation gegründet, um durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit die Meinung von Politikern und Bürgern so zu beeinflussen, dass die Bereitschaft für neoliberale Reformen zunimmt. Mit der Durchführung war zunächst die PR-Agentur Scholz & Friends betraut, seit 2010 ist es die PR-Agentur Serviceplan Public Opinion. Als wissenschaftlicher Berater fungiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Unter den ehrenamtlichen „Kuratoren“ und „Botschaftern“ befinden sich zahlreiche Mitglieder verschiedener Parteien, vor allem der CDU, SPD und FDP. Vorsitzender des Kuratoriums ist seit 2012

der frühere SPD-Politiker, Bundeswirtschaftsminister und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Wolfgang Clement.

Die INSM verbreitet ihre Inhalte durch Anzeigen, Broschüren, Magazine, Bücher und Lehrveranstaltungen. Zudem stellt sie fertige Beiträge für Print-, Fernseh- und Hörfunk-Redaktionen sowie Experten für Diskussionsrunden und Interviews zur Verfügung. Im Jahr 2005 wurde bekannt, dass die INSM 60.000 Euro bezahlte, um Einfluss auf Dialoge in der ARD-Sendung „Marienhof“ zu erhalten: In sieben Folgen wurden Themen wie „Flexibilisierung des Arbeitsmarkts“ oder „Senkung von Steuern“ untergebracht. 2012 positionierte sich die INSM beim Thema „Energiewende“ gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und warb mit Plakaten und Zeitungsannoncen für ein Ende

der Ökostromförderung – unter anderem mit dem Slogan „Hilfe – die Energiewende wird unbezahlbar“. Lehrern stellt die INSM kostenloses Unterrichtsmaterial zu den Themen „Politik“ und „Wirtschaft“ zur Verfügung. Darin befinden sich Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden.“

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
www.insm.de

Lehrerportal „Wirtschaft und Schule“
www.wirtschaftundschule.de

Bildungsmonitor
www.insm-bildungsmonitor.de

ÖkonomenBlog
www.insm-oekonomenblog.de

ONLINETIPPS

annotazioni.de – Zahlen-tricks & Manipulationen
www.annotazioni.de/tag/zahlentricks

INSM Watchblog
https://insmwatchblog.wordpress.com

Lobbypedia – INSM
https://lobbypedia.de/wiki/INSM

Lobbypedia – Think tanks in Deutschland
https://lobbypedia.de/wiki/Think_tanks_in_Deutschland

NachDenkSeiten – Strategien der Meinungsmache
www.nachdenkseiten.de/?cat=11

NachDenkSeiten – Manipulation des Monats
www.nachdenkseiten.de/?cat=12

Neusprech
http://neusprech.org

Eines der Schlüsselworte ist „Reform“. Für den Wandel des Reform-Begriffs war die „Ruckrede“ von Roman Herzog ein wichtiger Bezugspunkt.

des EU-Parlaments 2009. Und 2011 sagte Sigmar Gabriel auf einer Demonstration vor dem Kanzleramt: „Sozial ist, was ‚gute Arbeit‘ schafft.“ Damit war der Slogan, wenn auch leicht verändert, ebenfalls in der SPD angekommen. Die Arbeit der INSM ist diesbezüglich als voller Erfolg zu bewerten.

Ganz neu war „Sozial ist, ...“ übrigens nicht. Bereits 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, war eine ähnliche Kampagne in Tageszeitungen geschaltet worden. Der Slogan „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt aus der Feder von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem damaligen Parteivorsitzenden der „Deutschen Nationalen Volkspartei“ (DNVP). Adolf Hitler berief ihn später als

Dieser Artikel ist ein überarbeiteter Ausschnitt aus der Diplomarbeit des Autors. Er erschien erstmals im November 2014 auf annotazioni.de und wurde für die ÖkologiePolitik leicht gekürzt.

Raffael Scholz, Jahrgang 1984, studierte bis Ende 2014 Soziologie und schrieb seine Diplomarbeit über das Thema „Neoliberalismuskritik mit Pierre Bourdieu – von der Mont Pelerin Society zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Während seines Studiums war er in der Drogenhilfe tätig, zurzeit arbeitet er als Barkeeper.



raffaelscholz@gmx.net

Journalismusforschung

„Nehmen wir mal Stefan Kornelius“

Sind unsere Massenmedien unabhängig? Wie ist ihre Beziehung zu großen Konzernen und Branchenverbänden? Wie zur Politik? Wer beeinflusst wen? Und mit welchen Mitteln? Solchen Fragen ging ein Leipziger Journalist im Rahmen seiner Promotion nach und stieß dabei auf verblüffende Tatsachen. Und er scheut sich nicht, Ross und Reiter beim Namen zu nennen.

Interview mit Dr. Uwe Krüger

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Krüger, Sie beschäftigen sich als gelernter Journalist mit dem Journalismus, betreiben sozusagen berufliche Selbstreflexion. Woher rührt Ihr Interesse?

Dr. Uwe Krüger: Vor allem daher, dass ich als Student der Journalistik mit hohen Idealen gefüttert wurde: dass Journalisten die Mächtigen kritisieren und kontrollieren sollen, dass sie Distanz halten und unabhängig sein sollen. Und dann sah ich, dass es in der Praxis oftmals eine große Nähe zu den Akteuren gibt und dass zuweilen nicht für den normalen Leser, sondern eher für die Akteure im Eliten-Milieu geschrieben wird.

Vor einigen Jahren veröffentlichten Sie kritische Artikel über das Schweigen der Medien zu den Gesundheitsrisiken der Mobilfunkstrahlung – zuerst in der „Message“, dann in der „ÖkologiePolitik“. Was hat Sie damals motiviert?

Ich erfuhr auf einer Konferenz für Whistleblower, dass es Leute aus der Mobilfunkindustrie gibt, die aus ihrem Job ausgestiegen sind, um unterdrückte Daten über die Krebsgefahr öffentlich zu machen. Und dass Journalisten, die sich um das Thema kümmerten, Probleme hatten, dies in ihren Medien unterzubringen. Ob es tatsächlich eine

Krebsgefahr gibt und wie groß sie ist, konnte ich zwar nicht sagen, aber ich fand es bedenklich, dass eine öffentliche Debatte darüber nicht zustande kommen konnte. Und dass Mobilfunkkritiker, wenn sie es denn überhaupt in die Medien schafften, fast immer nur als Deppen hingestellt wurden.

Wie war die Resonanz auf Ihre Veröffentlichungen?

Aus der Szene der Mobilfunk-Kritiker kam viel Anerkennung und Dank. Die taz hat einen Artikel nachgedruckt. Ansonsten habe ich nicht viel gehört. Gegenwind gab es nicht.

Was haben Sie daraus gelernt?

Dass Schweigen eine mächtige Waffe sein kann. Ich kann bis heute

schaftsjournalist der Süddeutschen Zeitung 2007 einen mutigen Artikel namens „Handys können Krebs auslösen“ auf der Titelseite unterbrachte – und anschließend einhellig von den Kollegen der anderen Medien dafür verurteilt wurde.

Befassen Sie sich noch mit dem Thema?

Nein, die letzten Jahre widmete ich intensiv der Analyse von Netzwerken deutscher Top-Journalisten mit Eliten aus Politik und Wirtschaft. Das war Thema meiner Dissertation. Die Ergebnisse veröffentlichte ich als Buch unter dem Titel „Meinungsmacht“.

Basierten die Verflechtungen, die die Satire-Sendung „Die Anstalt“ ei-

„Hintergrundwissen, Exklusivinformationen und hochrangige Interviewpartner sind für Journalisten enorm wichtig.“

nicht genau sagen, warum die Medien sich so verhielten, wie sie es taten. Möglich, dass sie es sich nicht mit den großen Mobilfunkkonzernen als Werbekunden verderben wollten, oder ob ihnen die wissenschaftlichen Daten nicht ausreichend oder zu umstritten waren. Bezeichnend war, dass ein Wissen-

nem breiten Publikum aufzeigte, auf Ihren Untersuchungen?

Ja. Die „Anstalt“-Macher hatten die Verbindungen nachrecherchiert und aktualisiert, aber die Idee und viele Quellen basierten auf meiner Arbeit.

Josef Joffe ging gerichtlich gegen das ZDF vor und klagte auf Unter-



Dr. Uwe Krüger, Jahrgang 1978, studierte Journalistik und Politikwissenschaft, wobei er sich längere Zeit zu Forschungszwecken in Russland aufhielt. Nach einem Volontariat bei der „Leipziger Volkszeitung“ war er mehrere Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Institut für Praktische Journalismusforschung“ in Leipzig sowie als Redakteur und Autor für das Journalismus-Fachmagazin „Message“ tätig. Er promovierte über Netzwerke deutscher Journalismus-Eliten in Politik und Wirtschaft. Seit 2012 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft“ der Universität Leipzig. 2013 erschien sein Buch „Meinungsmacht“, das den Einfluss von Eliten auf deutsche Leitmedien darstellt.

<http://tinyurl.com/m58ho3n>

lassung. Hat er auch so auf Ihr Buch reagiert?

Nein, ich erntete nur Schweigen. Ich hatte ihm und weiteren drei Journalisten auch vor der Buchveröffentlichung das Manuskript geschickt mit dem Angebot, ihre Sicht der Dinge aufzuschreiben, das hätte ich mit veröffentlicht. Aber alle vier hatten abgelehnt.

Welche Vorteile bringt einem Journalisten ein enger Kontakt zu den Politik- und Wirtschaftseliten?

Meines Erachtens drei Dinge: Hintergrundwissen, das nicht direkt zur Veröffentlichung gedacht ist, aber Sicherheit geben kann, Exklusivinformationen zum direkten Veröffentlichen und hochrangige Interviewpartner. Das ist für einen Journalisten enorm wichtig, um sich zu profilieren und Karriere zu machen.

Welche Journalisten fielen bei Ihren Untersuchungen durch besonders intensive Kontakte auf?

Kontaktpotenzial zu Eliten aus Politik und Wirtschaft stellte ich bei 64 von 219 untersuchten Journalisten fest, vermittelt über 82 Organisationen – wobei viele Journalisten gleich in mehreren Organisationen involviert waren. Durch besonders

BUCHTIPP

Uwe Krüger
Meinungsmacht
Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Analyse
Halem, Februar 2013
378 Seiten, 29,50 Euro
978-3-86962-070-1



aber durchaus möglich, dass sich die Journalisten gar nicht angepasst haben, sondern schon vorher elitenkompatible Ansichten vertraten und deshalb überhaupt erst in die Nähe der Eliten gelangten.

„Kontaktpotenzial zu Eliten aus Politik und Wirtschaft stellte ich bei 64 von 219 untersuchten Journalisten fest.“

dichte und auch sehr ähnliche Netzwerke stachen vor allem vier Journalisten hervor: der eben erwähnte Josef Joffe, Mitherausgeber der „Zeit“, des Weiteren Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik der „FAZ“, Michael Stürmer, Chefkorrespondent der „Welt“, und Stefan Kornelius, Ressortleiter für Außenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“.

Welchen Einfluss üben diese Organisationen auf die Journalisten aus?

Eine direkte kausale Beeinflussung nachzuweisen ist nicht möglich. Was ich aufzeigen konnte, war eine hohe Übereinstimmung zwischen den Meinungen der Politik- und Wirtschaftseliten und den Meinungen der Journalisten, und zwar im Themenfeld der Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist

Wie muss man sich das konkret vorstellen? Können Sie das an einem Beispiel erläutern?

Nehmen wir mal als Beispiel Stefan Kornelius von der „Süddeutschen Zeitung“: In meinem Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2009 nahm er jedes Jahr an der Münchner Sicherheitskonferenz teil, war Mitglied in der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ und Beirat von deren Zeitschrift „Internationale Politik“, saß im Präsidium der „Deutschen Atlantischen Gesellschaft“, die Lobbyarbeit für die NATO betreibt, nahm an vielen Veranstaltungen des „American Institute for Contemporary German Studies“ teil und saß außerdem im Beirat der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“, einem Think-tank des Verteidigungsministeriums. Laut deren Satzung sind die

Beiräte dafür da, die Bundesregierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu beraten. Eine

ONLINETIPPS

Paul Schreyer Zwischen Lesern und Lobbynetzwerken

Telepolis, 04.11.2014
<http://www.heise.de/tp/artikel/43/43237/1.html>

Uwe Krüger Journalisten als politische Lobbyisten

Telepolis, 02.08.2014
www.heise.de/tp/artikel/42/42430/1.html

Uwe Krüger interviewt Mária Huber „Demokratisierung ist eher ein Kollateralnutzen“

Telepolis, 31.07.2014
www.heise.de/tp/artikel/42/42382/1.html

Paul Schreyer interviewt Uwe Krüger „Mit dem gebotenen Hohn“

Telepolis, 24.05.2014
www.heise.de/tp/artikel/41/41850/1.html

Marcus Klöckner interviewt Uwe Krüger „Ganz auf Linie mit den Eliten“

Telepolis, 11.02.2013
www.heise.de/tp/artikel/38/38515/1.html

Uwe Krüger Die Nähe zur Macht

message 1-2013
<http://tinyurl.com/p4h89rx>

Uwe Krüger Funkstille über

Strahlungsschäden
message 1-2007
<http://tinyurl.com/nwvvez5>

Berater Tätigkeit aber beißt sich mit der journalistischen Aufgabe, gegenüber der Bundesregierung eine Kontrollfunktion auszuüben. Und seine Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz hatte mit analytischer Distanz zur Veranstaltung selbst, die ja durchaus umstritten ist, nichts zu tun.

bereits amtlich und damit Elitenkonsens war.

Die von Ihnen genannten Journalisten propagieren diese Doktrin?

Ja. Kornelius, Joffe, Frankenberger und Stürmer vertreten offensiv die Ansicht, dass Sicherheit breiter gesehen werden muss als früher. Alle vier erwähnen einen Katalog

„Durch besonders dichte Netzwerke stachen hervor: Josef Joffe, Klaus-Dieter Frankenberger, Michael Stürmer und Stefan Kornelius.“

Welche Position vertritt denn die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges?

Die euro-atlantischen Eliten haben einen Paradigmenwechsel vollzogen und propagieren seit dem Ende der Sowjetunion einen „erweiterten Sicherheitsbegriff“: Geschützt werden soll jetzt nicht mehr nur die territoriale Integrität des Bündnisgebietes, sondern auch die wirtschaftliche Prosperität, die Versorgung mit Rohstoffen und Energie und vieles mehr. Dieser „erweiterte Sicherheitsbegriff“ taucht seit Anfang der 1990er-Jahre in allen relevanten Dokumenten und Doktrinen der Bundesregierung, der NATO, der EU und der USA auf.

Das ist aber bisher wenig bekannt.

Das wird tatsächlich nicht an die große Glocke gehängt. Als 2010 der damalige Bundespräsident Horst Köhler die Auslandseinsätze der Bundeswehr mit wirtschaftlichen Interessen in Zusammenhang brachte, schlug ihm deshalb auch eine Welle der Empörung entgegen – aus der Bevölkerung, aber auch aus der Politik –, obwohl er nur das gesagt hatte, was in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesregierung, im „Weißbuch der Bundeswehr“ und anderswo

von Bedrohungen, wie er ähnlich in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, NATO und USA vorkommt. Einig sind sie sich, dass Deutschland die transatlantischen Beziehungen pflegen muss, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können, und sich stärker militärisch engagieren sollte. Angesichts der Skepsis in der Bevölkerung fordern sie die deutschen Politiker zu verstärkter Überzeugungsarbeit und mehr Führung auf. Gegenargumente und andere Ansichten, etwa aus der Friedensbewegung, werden nicht diskutiert.

Wie stark beeinflussen solche Journalisten ihr eigenes Medium und andere Medien?

Als leitende Redakteure haben sie vermutlich einen großen Einfluss in den Redaktionen, sodass Artikel, die eine andere Sichtweise vertreten, wohl eher selten sind und wenn sie kommen, dann vielleicht eher im Feuilleton als im Politikteil. Was die Wirkung auf andere Medien angeht, so ist zu vermuten, dass ein gleichlautendes Meinungsbild in den wichtigen überregionalen Medien eine starke Wirkung auf „nieder-rangige“ Medien wie etwa Regionalzeitungen hat. In grundsätzlichen Fragen der Außen- und Sicherheits-

politik müsste ein Elitenkonsens, der von den großen Medien mitgetragen wird, auf die Masse der Regionalzeitungen voll durchschlagen.

Und wie stark beeinflussen sie die öffentliche Meinung?

Ob sich die Bevölkerung von all dem überzeugen lässt, das bezweifle ich. Laut Meinungsumfragen schwindet die Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht und immer mehr Menschen plädieren sogar für eine außenpolitische Abkehr von den USA, obwohl das dem Meinungsklima in den

Medien überhaupt nicht entspricht. Hier vergrößert sich eine Kluft zwischen Elite und Bevölkerung, die

suchen. Sie sollten eher Stimme der Stimmlosen, Benachteiligten und Ohnmächtigen sein. Zurzeit leiden

„Ein gleichlautendes Meinungsbild in den wichtigen überregionalen Medien hat eine starke Wirkung auf Regionalzeitungen.“

ich auch als gefährlich für die Demokratie ansehe. Medien vergrößern diese Kluft, wenn sie als Teil der Elite die Bevölkerung von den Zielen der Elite zu überzeugen ver-

sie auch unter massiven Leser- und Zuschauerprotesten und einer großen Vertrauenskrise.

Herr Dr. Krüger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

„Die Anstalt“ kontra Joffe und Bittner

Josef Joffe und Jochen Bittner, prominente Journalisten der Wochenzeitung „Die Zeit“, klagten gegen das ZDF und dessen Satire-Sendung „Die Anstalt“. Die hatte im April 2014 lukrative Mitgliedschaften deutscher Top-Journalisten in mit der NATO eng verflochtenen Instituten in einem Netzdiagramm dargestellt. Joffe und Bittner gingen daraufhin gerichtlich gegen die Sendung vor, weil sie sich diffamiert und in ihrer Berufsehre verletzt sahen. Die Klage scheiterte. Das Landgericht Hamburg hob die einstweiligen Verfügungen wieder auf. Auch eine weitere Klage scheiterte.

Max Uthoff, Claus von Wagner
Die Anstalt
ZDF, 29.04.2014
www.youtube.com →
Suche: Anstalt Nato-Versteher

Während die Massenmedien über die Klagen der beiden Journalisten weitgehend schwiegen, wurde darüber im Internetmagazin „Telepolis“ ausführlich berichtet:

Markus Kompa
**Realsatiriker Josef Joffe
scheitert schon wieder**
Telepolis, 21.11.2014
<http://tinyurl.com/nejvfb>

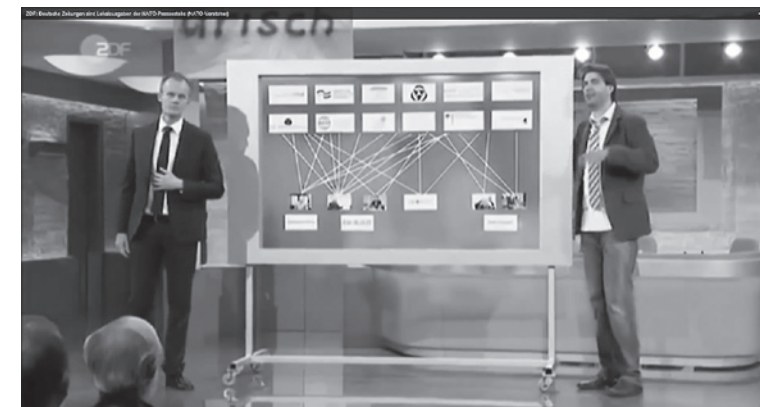
Markus Kompa
**Realsatiriker Josef Joffe gibt
Zugabe**
Telepolis, 07.10.2014
<http://tinyurl.com/jwxhfmh>

Markus Kompa
**Josef Joffe und Jochen Bittner
scheitern gegen Die Anstalt**
Telepolis, 06.10.2014
<http://tinyurl.com/ohrn9q8>

Interview mit Max Uthoff und Claus von Wagner
**„Journalisten scheinen sich
förmlich in Schützengräben
einzubuddeln“**
Telepolis, 30.09.2014
<http://tinyurl.com/k4uoen7>

Markus Kompa
**Josef Joffe, Jochen Bittner/
ZDF – Die Anstalt**
Telepolis, 26.09.2014
<http://tinyurl.com/q9gp5bu>

Marcus Klöckner
Leitartikler und Machteliten
Telepolis, 23.05.2014
<http://tinyurl.com/qcn6aab>



Medialer Mainstream

„Wer was werden will, passt sich an“

Verschwörungstheorien reduzieren komplexe Zusammenhänge auf eine einfache Ursache: geheimnisvoller Strippenzieher im Hintergrund. „Mangels definitiver Beweise muss die ‚Wahrheit‘ der Theorie immer wieder beschworen werden“, schreibt dazu ein Berliner Journalist. Er wiederum wird jedoch von Wikipedia als „einer der bekanntesten Vertreter von Verschwörungstheorien“ bezeichnet. Seltsam.

Interview mit Mathias Bröckers

ÖkologiePolitik: Herr Bröckers, woher kommt Ihr großes Interesse an Verschwörungstheorien?

Mathias Bröckers: Eigentlich interessieren mich Verschwörungstheorien nicht. Zumindest nicht in dem Sinne, dass ich selber wild spekuliere und welche aufstelle. Was mich interessiert, das sind von staatlicher Seite verbreitete Verschwörungstheorien – deren Ungereimtheiten und die Methoden ihrer Verbreitung. Und was mich motiviert, das ist die unglaubliche Bereitschaft der Massenmedien, die offiziellen Verschwörungstheorien

normalen rechtsstaatlichen Prozess zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens führen. Wer sich nur für wenige Stunden nüchtern und vorurteilslos mit den Lücken, Widersprüchen und Unklarheiten im 9/11-Abschlussbericht beschäftigt, der erkennt, dass die Geschichte, die uns erzählt wurde, nicht wahr sein kann. Doch kann es meiner Meinung nach nicht darum gehen, der offiziellen Verschwörungstheorie neue inoffizielle Verschwörungstheorien entgegenzusetzen. Die „9/11-Truther“ tun das teilweise – und verstricken und zerstreiten sich

lang am Boden zu halten und drei Wolkenkratzer zu pulverisieren, obwohl sie nur zwei getroffen haben. Der dritte Turm, das WTC 7, stürzt quasi im freien Fall zusammen – das ist schon sehr merkwürdig. Noch merkwürdiger ist, dass die BBC den Einsturz des WTC 7 schon 20 Minuten vorher meldete und dass die Berechnungen, die den offiziellen Gutachten zum Einsturz der Türme zugrunde liegen, nicht veröffentlicht werden, weil dies gegen die „nationale Sicherheit“ verstoßen würde.

Warum begannen Sie gleich nach den Anschlägen mit einer Artikelserie darüber?

Ich wunderte mich, warum schon nach 45 Minuten erstmals der Name „Osama Bin Laden“ fiel – und dann immer wieder. Irgendein anderer Verdacht wurde nie genannt und nach ein paar Stunden stand der „Täter“ quasi fest. Da schien mir etwas faul zu sein, zumal Bin Laden in einem Interview zwei Tage später jede Tatbeteiligung explizit abstrikt. Kaum glaubhaft schien mir auch das wichtigste Beweisstück: der Koffer von Mohamed Atta, der zufällig als einziger des ge-

„Viele leitende Redakteure und Journalisten sind Mitglieder transatlantischer Lobbygruppen, was sehr karrierefördernd ist.“

ohne kritisches Nachdenken zu übernehmen und wiederzugeben.

So wie nach den Attentaten des 11. September 2001?

Ja, genau. Mein Buch widmet sich nur der offiziellen Darstellung der Geschehnisse und zeigt in 38 Kapiteln jeweils eine Ungereimtheit. Und jede würde in einem

dabei. Ohne die Macht und die Mittel eines unabhängigen Gerichts kann die Wahrheit nicht ans Licht kommen.

Welche der 38 Ungereimtheiten sind die seltsamsten?

19 Hijacker mit Teppichmessern schaffen es, vier Flugzeuge zu entführen, die Luftabwehr stunden-



Mathias Bröckers, Jahrgang 1954, studierte Literaturwissenschaft, Linguistik und Politikwissenschaft, absolvierte die Staatsprüfung für das Lehramt in Deutsch und Politik, schlug dann aber eine journalistische Berufslaufbahn ein. Er gehörte zur Gründergeneration der „taz“ und war dort bis 1991 Kultur- und Wissenschaftsredakteur. Danach arbeitete er für „Die Zeit“ und „Die Woche“ als Kolumnist sowie als Rundfunkautor, war zudem Mitglied in der Sachbuchjury der „Süddeutschen Zeitung“. Am 13. September 2001 begann er auf „Telepolis“ mit einer langen Artikelserie über die Hintergründe des WTC-Anschlags. 2011 erschien sein Buch „11.9. – Zehn Jahre danach“, 2013 „JFK – Staatsstreich in Amerika“ und 2014 „Wir sind die Guten“.

www.broeckers.com

samen Passagiergepäck in Boston geblieben war und sein Testament, einen Koran und eine Anleitung für das Fliegen von Boeings enthielt. Das schien auf eine gelegte Spur zu deuten, denn warum nimmt jemand bei einem Selbstmordattentat sein Testament im Koffer mit?

Warum wurde die offizielle Darstellung von allen Massenmedien kritiklos übernommen?

Das habe ich mich angesichts solcher offensichtlichen Ungereimt-

heiten, die jedem Journalisten hätten auffallen müssen, auch gefragt. Dass ihnen nicht nachgegangen wurde, hat vermutlich damit zu tun, dass sie sich in eine Art patriotischen Kriegsrausch versetzt sahen. Dan Rather etwa, der Nachrichtenchef von CBS, meinte damals: „George Bush ist der Präsident. Er trifft die Entscheidungen – und wie es sich für einen Amerikaner gehört: Wo immer er mich haben will, ich reihe mich ein, sag mir nur, wo.“ Eine solche Haltung hat mit unabhängigem Journalismus natürlich nichts mehr zu tun. Als Rather später dazu befragt wurde, sagte er: „Es beginnt mit einem patriotischen Gefühl in einem selbst.“ Irgendwann finde man sich dann in der Situation, in der man zu sich selbst sage: „Ich weiß zwar die richtige Frage, aber es ist vielleicht jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, diese Frage zu stellen.“ So ging es wohl den meisten Journalisten – auch dem Redakteur eines ARD-Radios, für dessen Sendung ich jahrelang geschrieben hatte, und der zu mir sagte: „Du kannst jedes Thema machen, nur nicht 9/11.“ Er wusste, wenn er mich die „richtigen Fragen“ senden lässt, steht zehn Minuten später die Sendeleitung auf der Matte und macht ihm Ärger und Stress.

Aber warum wurden auch in den deutschen Massenmedien keinerlei Zweifel geäußert?

Viele leitende Redakteure und Journalisten sind Mitglieder transatlantischer Lobbygruppen, was einerseits für sie sehr karrierefördernd ist und andererseits dazu führt, dass auf diese Leute gar kein Druck ausgeübt werden muss, in ihren Beiträgen deren Interessen zu vertreten. Sie tun das freiwillig. Beim größten deutschen Pressekonzern, dem Axel Springer Verlag, ist

die Solidarität mit der NATO und den USA sogar in den Arbeitsverträgen festgeschrieben.

Welche Reaktionen lösten Ihre Veröffentlichungen aus?

Die Artikel, die auf Telepolis ab dem 13. September 2001 erschienen, brachen dort alle Klickrekorde, wurden millionenfach gelesen und online weiterverbreitet und kommentiert. Natürlich diffamierten mich einige als verrückten Verschwörungstheoretiker, Antiamerikaner, Antisemiten, doch ansonsten war der Zuspruch äußerst positiv.

ONLINETIPPS

Mathias Bröckers

Die Invasions-Ente

Telepolis, 03.09.2014
www.heise.de/tp/artikel/42/42678/1.html

Die Guten und die Bösen

Telepolis, 18.08.2014
www.heise.de/tp/artikel/42/42539/1.html

Magic Bullet – Das lange Leben einer Zauberkugel

Telepolis, 22.11.2013
www.heise.de/tp/artikel/40/40358/1.html

Staatsverbrechen gegen die Demokratie

Telepolis, 20.08.2013
www.heise.de/tp/artikel/39/39724/1.html

Zehn Jahre WTC-Conspiracy

Telepolis, 11.09.2011
www.heise.de/tp/artikel/35/35466/1.html

„Mir gibt's zu viele Ungereimtheiten“

Taz, 10.09.2011
www.taz.de/!77817/

Das Buch, das auf Basis dieser Serie in 2002 bei Zweitausendeins erschien, wurde aus dem Stand ein Bestseller und in ein halbes Dutzend Sprachen übersetzt. Dass man schon direkt nach dem Anschlag die „richtigen Fragen“ stellen konnte, merkten wir zehn Jahre später, als wir sie für ein Buch zum tragischen Jubiläum der Tat erneut anschauten

„Beim Axel Springer Verlag ist die Solidarität mit der NATO und den USA sogar in den Arbeitsverträgen festgeschrieben.“

und feststellten, dass die allermeisten nach wie vor unbeantwortet sind. Diese Nicht-Aufklärung und Nicht-Ermittlung des 11. September 2001 halte ich nach wie vor für den größten politischen Skandal unserer Zeitgeschichte. Denn 9/11 wird zwar als propagandistische Basis all der unsäglichen Kriege instru-

mentalisiert, die seither als „war in terror“ geführt werden, ebenso zum Aufbau von Überwachungs- und Polizeistaats-Strukturen – die wahre Täterschaft ist aber bis heute ungeklärt.

Wenn Ihre Artikel so viel gelesen wurden, ist es umso seltsamer, dass sie keinerlei Auswirkungen auf die öffentliche Diskussion hatten.

Sie hatte wenig Auswirkung auf die veröffentlichte Meinung der Leitartikler und Großmedien, auf die öffentliche Meinung aber sehr wohl: Nach einer 2011 durchgeführten Emnid-Umfrage glauben 89,5% der Deutschen, dass die US-Regierung die Wahrheit über die Anschläge verschweigt.

2013 veröffentlichten Sie ein Buch über den Anschlag auf John F. Kennedy. Was interessiert Sie an diesem Ereignis?

Dass JFK etwa Mitte seiner ersten Amtszeit – der eine zweite mit Sicherheit gefolgt wäre – einen radikalen Kurswechsel seiner Politik vollzog, den Abzug aus Vietnam geplant hatte und den Kalten Krieg durch einen Friedensvertrag mit Moskau deeskalieren wollte. Damit hatte er sich den militärisch-industriellen Komplex und die Geheimdienste endgültig zum Feind gemacht. Viele zum Teil erst in jüngerer Zeit bekannt gewordene Indizien deuten darauf hin, dass JFK nicht zum Opfer des verrückten Einzeltäters Lee Harvey Oswald, sondern eines Staatsstreichs wurde. Oswald war ein inoffizieller Mitarbeiter der Geheimdienste und wurde als Sündenbock missbraucht. Dass die CIA der historischen Forschung auch nach 50 Jahren noch

Hunderte von Dokumenten über ihre Mitarbeiter vorenthält, die wahrscheinlich mit Oswald zu tun hatten, ist bezeichnend. Mit dem Umsturz, dem außer JFK auch noch

Ihr jüngstes Buch trägt den provokanten Untertitel „Ansichten eines Putinverstehers“. Warum?

„Verstehen“ heißt nicht „zustimmen“ und erst recht nicht „vereh-

„Für einen jungen Redakteur ist es sehr viel leichter, mit dem Strom zu schwimmen als dagegenzuhalten.“

sein Bruder Robert und Martin Luther King zum Opfer fielen, wurden die drei wichtigsten Reformpolitiker ausgeschaltet und Amerika wieder auf Kriegskurs gebracht. Seitdem weiß jeder amerikanische Präsident, was ihm blüht, wenn er von dieser Linie abzuweichen denkt.

ren“. „Putinverstehers“ wird aber seit Eskalation der Ukraine-Krise als Denunziationsvokabel für jeden gebraucht, der die Verantwortung für den Bürgerkrieg nicht allein Russland zuschreiben wollte. Die Medien inszenieren diesen Konflikt als dumpfen Schwarz-Weiß-Film, in dem ein neuer Mega-Schurke – „Osama Bin Putin“ – automatisch für alles Böse verantwortlich gemacht wird. Wer nur versuchte, die Motive Russlands zu analysieren, wurde als „Putinverstehers“ gleichsam der Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung bezichtigt. Diesen irrationalen Konfrontations-Diskurs aufzubrechen und zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen, ist das Anliegen des Buchs – indem es aufzeigt, dass auch der Westen hinter seinen wohlfeilen Fähnchen „Freiheit“ und „Menschenrechte“ massive militärische und ökonomische Interessen verfolgt und für den Bürgerkrieg in der Ukraine mit verantwortlich ist.

Wieso berichten die Massenmedien hier so einseitig?

Wo die tonangebenden Herausgeber und Ressortchefs der großen Medien in diesen transatlantischen Burschenschaften und schlagenden NATO-Verbindungen vernetzt sind, muss man sich über den Gleichklang ihrer Berichterstattung nicht wundern. Genauso wenig wie darüber, dass kritische, skeptische Stim-

BUCHTIPPS

Mathias Bröckers, Paul Schreyer
Wir sind die Guten
Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren
Westend, September 2014
208 Seiten, 16,99 Euro
978-3-86489-080-2



Mathias Bröckers
JFK – Staatsstreich in Amerika
Westend, August 2013
288 Seiten, 19,99 Euro
978-3-86489-043-7



Mathias Bröckers, Christian C. Walther
11.9. – Zehn Jahre danach
Der Einsturz eines Lügengebäudes
Westend, Juli 2011
320 Seiten, 16,99 Euro
978-3-938060-48-3



Kriegspropaganda

Von Lord Arthur Ponsonby (1871–1946) stammt das berühmte Diktum, dass das erste Opfer des Krieges die Wahrheit ist. In seinem 1928 veröffentlichten Buch „Falsehood in Wartime“ versuchte er, die Strukturelemente der Lügen und Fälschungen zu beschreiben:

- Wir wollen den Krieg nicht.
- Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung.
- Der Führer des Gegners ist ein Teufel.
- Wir kämpfen für eine gute Sache.
- Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen.
- Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich.
- Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.
- Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
- Unsere Mission ist heilig.
- Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

aus: Mathias Bröckers, **Lüge in Kriegszeiten**
Telepolis, 29.07.2014
www.heise.de/tp/artikel/42/42386/1.html



Journalismus oder Propaganda? Der Deutsche Presserat sprach gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ eine Missbilligung aus.

ONLINETIPPS

Paul Schreyer
Stabile Wertegemeinschaft?
Telepolis, 11.12.2014
www.heise.de/tp/artikel/43/43588/1.html

Paul Schreyer
Von Verschwörungstheorien und Journalismus
Telepolis, 13.01.2015
<http://www.heise.de/tp/artikel/43/43836/1.html>

Tobias Audersch, René König
Die Anomalienjäger
Telepolis, 11.09.2014
www.heise.de/tp/artikel/42/42738/1.html

Andreas Anton
Verschwörungstheorien zum 11. September
Telepolis, 06.11.2013
www.heise.de/tp/artikel/40/40243/1.html

men allenfalls am Rande geduldet werden. Den Rest erledigt der Herdentrieb – wo die Großen alle in eine Richtung blöken, ist es für einen jungen Redakteur oder eine gerade eingestellte Reporterin sehr viel leichter, mit diesem Strom zu schwimmen als dagegenzuhalten. Wenn sie noch was werden wollen bei ihrem Verlag oder Sender, passen sie sich den Alpha-Tieren an. Das ist menschlich durchaus verständlich, für den Journalismus aber eine Katastrophe.

Herr Bröckers, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



UN-Charta kontra NATO-Doktrin

Frieden – ein gescheiterter Traum?

Was ist geschehen? Was wurde aus dem weltweiten Bekenntnis, dass Krieg zwischen den Staaten nicht sein darf? Was wurde aus der UN-Charta, in der die führenden Staatsmänner beschlossen hatten, ein Bündnis zu schließen, um die Menschheit vor der Geißel des Krieges zu bewahren? Was wurde aus dem Versprechen, dass es Ziel der Völkergemeinschaft ist, den Weltfrieden zu wahren?

von Hermann Striedl

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde, ausgehend vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und vom Friedensdekret Lenins, die Idee eines Völkerbundes formuliert: Alle Staaten sollten gleichberechtigt und ihre territoriale Souveränität sicher sein.

Idee scheiterte. Der amerikanische Kongress lehnte die Ratifizierung des völkerrechtlichen Vertrags ab.

Nach dem 2. Weltkrieg: 193 Staaten gegen Krieg

Die Idee des „ewigen Friedens zwischen den Völkern“ wurde nach

193 Staaten verbindlich ist. Die UN-Staaten kamen überein, ihre Souveränität zu achten, Gewalt gegeneinander zu ächten sowie Frieden und Sicherheit der Völkergemeinschaft zu übertragen. Diese drei Fakten sind das Verpflichtende, das Unersetzbare aus der UN-Charta. Sie ist kein Garant für Frieden zwischen allen Menschen, auch kein Garant für einen guten, gerechten oder gar demokratischen Staat, aber nach den beiden fürchterlichen Weltkriegen eine Grundvoraussetzung, um ein Miteinander von Staaten ohne Krieg zu ermöglichen.

Doch schon kurz nach der Vereinbarung der UN-Charta brach die Allianz der Vertragsstaaten auseinander, zerfiel in einen West-

block und einen Ostblock. Durch die beiderseitige Atomaufrüstung kam es zwischen den Machtblöcken zu keinem Krieg, denn beide Seiten wussten, dass sie sich gegenseitig vernichten würden. Der sogenannte „Kalte Krieg“ bewahrte zumindest die Völker der Alten und Neuen Welt vor Gewalt und Zerstörung, außerhalb jedoch fanden in der Dritten Welt sogenannte „Stellvertreter-Kriege“ statt – von den Blöcken initiiert oder unterstützt, um ihren Einfluss zu erweitern.

Heute: Krieg wird wieder zum Mittel der Politik

„Nie wieder Krieg“ ist das Bekenntnis und die Verpflichtung der 193 UN-Staaten. Heute werden wieder unzählige Bürgerkriege und zwischenstaatliche Kriege geführt, an denen UN-Staaten – auch Deutschland – beteiligt sind. Krieg ist wieder Alltag und so grausam wie eh und je. Krieg ist wieder zu einem wesentlichen Mittel der Politik geworden. Beiseite gedrängt werden alle Einwände derjenigen, die sich auf die Verpflichtung zum Frieden berufen. Wie kann dies sein? Ist alles vergessen, was die Staaten völkerrechtlich vereinbart haben? Wieso stehen die Bürger nicht auf, um sich gegen die völkerrechtswidrige Macht- und Kriegspolitik ihrer Regierungen zu wehren? Mächtige Staaten agieren heute wieder, als seien für sie die völkerrechtlichen Vereinbarungen der UN-Charta nicht verpflichtend. Sie rechtfertigen sich mit Unwahrheiten, Lügen und Verfälschungen.

Betrachtet man die Entwicklung nach 1945, könnte man fast zum Ergebnis kommen, dass jene Pessimisten recht haben, die behaupten, Kriege seien naturgegeben. Es darf jedoch nie vergessen werden, dass es viele Völker gab, die Jahrhunder-

te in Frieden miteinander lebten. Und dass es für das Überleben der Menschheit erforderlich ist, auf Kriege zu verzichten. Deshalb haben sich die Völker zusammengeschlossen und die UN-Charta vereinbart. Die Tatsache, dass ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag geschlossen wurde, der Angriffskriege, der Gewalt gegeneinander verbietet,

Feind bekriegt und vernichtet werden müsse. Kriegspropaganda ist eigentlich unheimlich simpel und leicht zu durchschauen, trotzdem funktioniert sie noch immer und zeigt nach wie vor Wirkung. Wieso schweigen die Bürger trotz der Erkenntnis, dass erstes Opfer des Krieges – und dessen Vorbereitung – die Wahrheit ist? Wie ist es mög-

Kriegspropaganda ist eigentlich unheimlich simpel und leicht zu durchschauen, trotzdem funktioniert sie noch immer.

gibt den friedliebenden Menschen – und das sind die meisten! – die Möglichkeit, sich gegen die Kriegspolitik zu wehren und sich dabei auf das Völkerrecht zu berufen.

Wie kann es sein, dass von UN-Staaten wieder Kriege geführt werden? Es liegt ein Versagen der Völkergemeinschaft vor. Sie lässt es zu, dass sich mächtige Staaten als Bewahrer des Friedens und der Sicherheit der Völkergemeinschaft aufspielen. Sie lässt es zu, dass die subjektiven Vorstellungen von mächtigen Staaten, von Wirtschafts- und Staatsformen, von Religionen und von Menschenrechten zum Anlass genommen werden, andere als „Staaten des Bösen“ zu brandmarken und zu bekämpfen. Die Völkergemeinschaft entzieht sich ihrer Verpflichtung, den Frieden und die Sicherheit aller Staaten zu garantieren.

Kriegspropaganda durchdringt öffentliche Meinung

Erschreckend ist, wie Staaten Macht ausüben und dies rechtfertigen. Mit einseitigen, überwiegend unwahren, zumindest unvollständigen Berichten gelingt es, die breite Masse davon zu überzeugen, dass der böse

lich, dass die Medien, statt kritisch zu berichten, Hetzpropaganda verbreiten?

Mächtige Staaten halten es nicht mehr für nötig, darüber nachzudenken, wie sich Spannungen mit friedlichen Mitteln beilegen lassen. Die NATO verwandelte sich seit 1999 zu einem Angriffsbündnis „zur Sicherung der Menschenrechte und zur Sicherung wichtiger Ressourcen“. Die EU gesteht sich die Berechtigung für Angriffskriege „zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und zur Wahrung der Werte der Union und zur Wahrung ihrer Interessen“ (Art. 28b (43) Abs. 1 EUV) zu. ■

Mächtige Staaten agieren heute wieder, als seien für sie die völkerrechtlichen Vereinbarungen der UN-Charta nicht verpflichtend.

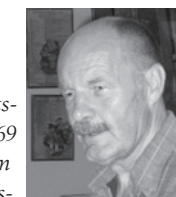
Die äußere Sicherheit sollte durch die Völkergemeinschaft gesichert werden – von einer Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten, nicht von wenigen mächtigen Staaten! Die

dem 2. Weltkrieg von 50 Staaten – darunter alle Siegermächte – aufgenommen. Sie vereinbarten die UN-Charta, einen völkerrechtlichen Vertrag, der zwischen den insgesamt

Hermann Striedl,
Jahrgang 1938, ist
Jurist und war von
1967 bis 1969 Staats-
anwalt und von 1969
bis 2003 Richter am
Landgericht Regens-
burg. 2003 trat er in

die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010
ihr Stellvertretender Bundesvorsitzen-
der. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr
Demokratie und Pax Christi.

h.striedl@gmx.de



Zu den geplanten Freihandelsabkommen

Macht und Ohnmacht

Selten haben Nichtregierungsorganisationen und kritische Fachleute so viel Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden wie bei der Diskussion um die Freihandelsabkommen. Vergleichbar sind nur die Proteste gegen Krieg, gegen Atomenergie und gegen den Lissabonvertrag. Die Erfahrung mit diesen Bürgerbewegungen legt die Frage nah: Was können Bürger, was können Fachleute tatsächlich bewirken?

von Hermann Striedl

Die Erfahrung mit der breiten und verfassungsrechtlich fundierten Auseinandersetzung mit dem Lissabonvertrag weckt Ängste. Trotz der kompeten-

den Kritikern der Freihandelsabkommen gelungen, eine Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Organisationen zu erreichen. Die Kritikpunkte der Organisationen enthalten unterschiedliche Schwerpunkte: die Angst um Gesundheit, um Arbeitsplätze, um Selbstbestimmung, um Demokratie. Viele Menschen wollen es sich nicht gefallen lassen, dass nun alles zerstört wird, was über Jahrhunderte als lebenswerte humane, soziale, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft aufgebaut wurde.

den Kritikern der Freihandelsabkommen gelungen, eine Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Organisationen zu erreichen. Die Kritikpunkte der Organisationen enthalten unterschiedliche Schwerpunkte: die Angst um Gesundheit, um Arbeitsplätze, um Selbstbestimmung, um Demokratie. Viele Menschen wollen es sich nicht gefallen lassen, dass nun alles zerstört wird, was über Jahrhunderte als lebenswerte humane, soziale, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft aufgebaut wurde.

Konzerninteressen ersetzen Rechtsstaatlichkeit

Und trotzdem droht die Taktik der EU und ihrer Staaten abermals erfolgreich zu sein. Sie gehen auf sachliche Kritik nicht ein und behaupten, die Abkommen würden der Wirtschaft nützen und die Ängste um den Abbau von Umwelt- und Sozialstandards seien übertrieben. Man werde sich für deren Einhaltung starkmachen. Wo es besonders bedenklich wird – wie bei der Ersetzung einer unabhängigen Rechtsprechung durch von der Wirtschaft geschaffene Schiedsstellen, die mit unabhängiger Rechtsprechung nichts zu tun haben –, wird erklärt, dies könne vorerst zurückgestellt werden. Kein

Eine richtige Diskussion erfolgte nie. Dennoch war die damalige Aufklärungsarbeit trotz aller Verschleierungsmechanismen der Mächtigen und der ihnen genehmen Medien so erfolgreich, dass die geplante EU-Verfassung bei einer Volksabstimmung wohl gescheitert wäre. Deshalb wurde statt einer EU-Verfassung der Lissabonvertrag mit nahezu dem gleichen Inhalt geschlossen. Mit diesem verfassungsrechtlich bedenklichen Dreh – das Bundesverfassungsgericht hielt ihn für zulässig – wurde die Mitwirkung des Volkes ausgeschlossen.

Das Spiel wiederholt sich gegenwärtig mit den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. (Letzteres wurde geschickt aus dem Brennpunkt entfernt, obwohl es den Tod der Selbstverwaltung der Kommunen bedeutet.) Es ist

ten Arbeit von Mehr Demokratie, Attac, der Linken und der ÖDP, trotz unabhängiger Fachleute wie Prof. Karl Albrecht Schachtschneider und Prof. Hans Herbert von

Die Verhandlungen geschehen als Geheimsache zwischen Handelspolitikern und Konzernen.

TTIP
unfair
handelbar

Bündnis zahlreicher deutscher NROs aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Entwicklungs- und Handelspolitik zur kritischen Begleitung der Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung.

www.ttip-unfairhandelbar.de

Wort dazu, dass es sich hier um die Auflösung der primitivsten Regeln für einen Rechtsstaats handelt. Kein

EU-Handelskommissar Karel De Gucht versucht, über den Europäischen Gerichtshof eine Mitwirkung

Auf Antrag der EU-Kommission wird ein EU-Bürgerbegehren vom Europäischen Gerichtshof für unzulässig erklärt.

Wort darüber, dass bei Verabschiedung der Freihandelsabkommen die Politiker kaum mehr zuständig wären, da man die staatliche Souveränität an Konzerne abgegeben hat.

Das Spiel des Lissabonvertrags wird wiederholt. Schon damals verhielten sich die deutsche Bundeskanzlerin und ihre Gefolgsleute nach dem Motto des gegenwärtigen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was

der nationalen Parlamente auszuschießen. Auf Antrag der EU-Kommission wird ein EU-Bürgerbegehren vom Europäischen Gerichtshof für unzulässig erklärt, obwohl es nur bewirken könnte, dass sich die EU-Kommission nochmals mit der Angelegenheit befassen muss. Die Vergangenheit zeigt, dass auch die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wenig weiterhilft.

Was bleibt? Eine kleine Hoffnung: Im Europäischen Parlament sind alle EU-Länder vertreten, auch die ärmeren, die von den neoliberalen Handelsabkommen sicherlich keinen Vorteil haben. Wichtig wäre es, Wissenschaftler zu finden, die

Wichtig wäre es vor allem, einen Konsens mit kritischen und benachteiligten EU-Staaten zu erwirken.

da beschlossen wurde, dann machen wir weiter Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Das Ziel: Politik ohne demokratische Kontrolle

Wie beim Lissabonvertrag will man jeden demokratischen Einfluss ausschließen: Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen geschehen weiterhin als Geheimsache zwischen Handelspolitikern und Konzernen. Um eine Gefährdung durch nationale Parlamente auszuschließen, wird vom zuständigen

sich kompetent und unabhängig mit der Materie auseinandersetzen. Wichtig wäre es, sich mit den Mitgliedern auch der großen Parteien auseinanderzusetzen. Wichtig wäre es vor allem, einen Konsens mit kritischen und benachteiligten EU-Staaten zu erwirken. Sie hätten noch Einfluss auf das EU-Parlament. Ein Hoffnungsschimmer: Schon einmal scheiterte ein so primitiver Angriff der Mächtigen auf die Demokratie: das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI). Vielleicht hilft Glück! ■

ONLINETIPPS

Tomasz Konicz
Mit TTIP zurück in die imperiale Vergangenheit
Telepolis, 01.01.2015
www.heise.de/tp/artikel/43/43707

Harald Klimenta
TTIP muss sterben
Telepolis, 30.12.2014
www.heise.de/tp/artikel/43/43731

Werner Rügemer
Freier Handel oder freie Menschen?
ver.di publik, 18.12.2014
<http://tinyurl.com/nw8ul4g>

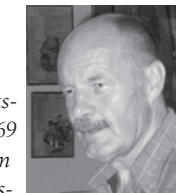
Jörg Haas
Deutsche Bischöfe: Schwerste Bedenken gegen TTIP und CETA
Blog.Campact, 09.12.2014
<http://tinyurl.com/nj25tss>

Albrecht Müller
Der weit überschätzte Welthandel und die daraus folgende weltweite Verschwendung
NachDenkSeiten, 03.12.2014
www.nachdenkseiten.de/?p=24160

Hermann Striedl, Jahrgang 1938, ist Jurist und war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht Regensburg. 2003 trat er in

die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.

h.striedl@gmx.de



Vision Sabbat-Ökonomie

„Genug, aber nicht zu viel – für alle“

Der Sabbat steht im Alten Testament für eine unermüdlich eingeforderte soziale und ökologische Gerechtigkeit. Im Unterschied zur „Toleranz“ der heutigen neoliberalen Wirtschaftspolitik gegenüber explodierendem Reichtum und zerstörerischer Armut ging das Alte Judentum immer davon aus, dass es ein Zuviel und ein Zuwenig gibt – und dass es zwischen beiden einen Ausgleich geben muss.

Interview mit Dr. Peter Hiltner

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Hiltner, es gibt schon viele Bücher über alternative Formen des Wirtschaftens. Welchen neuen Gedanken bringt Ihr Buch?

Dr. Peter Hiltner: Neu sind die Gedanken nicht, aber das biblische Konzept des „Genug, aber nicht zu viel – für alle“ sollte mit den auch von der ÖDP stark verfolgten alternativen Wirtschaftskonzepten wie

„Der Kern der Sabbat-Ökonomie ist das Verbot des Hortens oder Anhäufens von Kapital.“

Postwachstums- und Gemeinwohlökonomie zusammen gedacht werden, damit diese nicht zu technokratisch auf Lösungsdetails fixiert bleiben. Die 3.000 Jahre alten wirtschaftlichen und sozialen Vorschriften der Tora, seit einigen Jahren „Sabbat-Ökonomie“ genannt, sind die Grundlage aller alternativen Wirtschaftstheorien: Gott und die Menschen oder Mammon – diese Fundamentalalternative Jesu gilt auch hier. Neu ist aber der Stil des Buches: Alle mir bekannten Veröf-

fentlichungen zur Sabbat-Ökonomie der letzten 20 Jahre haben den Stil einer innertheologischen Seminararbeit. Dagegen eignet sich mein Büchlein für die praxisnahe politische Arbeit. Es ist ein Handbuch für den Straßenkampf, möchte ich fast sagen. Und dann enthält es doch einige Aussagen, die sicherlich neu sind: „Im Glaubenssystem des Kapitalismus ist Verteilergerechtig-

keit eine schwere Häresie – Jesus hat aber genau diese mit dem Reich Gottes gleichgesetzt!“ oder „Nur ergänzt um eine Praxis der Sabbat-Ökonomie wird die begeisterte Kraft der liturgischen Rituale wieder aufleben.“ Da stehe ich voll dahinter.

Wie kam es zu dem Buch?

Der Weihnachtsbrief 2013 der Baltimore Catholic Worker, mit denen ich seit vielen Jahren verbunden bin, zitierte aus dem Buch von Ched Myers die Gedanken ein-

ner „Theologie des Genug“ und dass in Gottes Wirtschaftssystem niemand weggeworfen wird. Es ist übrigens seltsam, wie fremd einem klassischen Protestanten der Begriff „Gottes Wirtschaftssystem“ ist: Obwohl ich schon vor Jahren die Möglichkeit und Brisanz einer wirtschaftlichen Auslegung z. B. des Weinbauern-Gleichnisses (Mt. 20) sah, hielt ich das doch für einen unter vielen Aspekten und hätte es für übertrieben gehalten, von „Gottes Wirtschaftssystem“ zu reden. Erst als ich mich im Rahmen eines ÖDP-Vorbereitungseminars für die Europaparlamentskandidaten intensiv mit den Freihandelsabkommen beschäftigte, wurde mir die höchst aktuelle Relevanz dieser „Theologie des Genug“ klar und ich nahm Kontakt mit Myers auf, um v. a. für den Europawahlkampf der ÖDP eine Übersetzung zu erstellen. Die ist dann freilich nicht mehr rechtzeitig fertig geworden.

Wo geht es im Alten Testament ums Wirtschaften?

Die Regeln werden in den Mosebüchern – der Tora – festgelegt: äußerlich der wöchentliche Sabbat,



Dr. Peter Hiltner, Jahrgang 1955, studierte Physik, promovierte in Vielteilchen-Quantenmechanik, forschte einige Jahre in der Astronomie und war dann als Gymnasiallehrer und Erzieher tätig. Heute lebt er auf einem Hof im Fichtelgebirge und arbeitet als selbstständiger Baubiologe und Energieberater. Zudem engagiert er sich in vielfältiger Weise kirchlich. In die ÖDP trat er 1988 ein und bei der bayerischen Landtagswahl 2013 als Direktkandidat und bei der Europawahl 2014 als Listenkandidat an. Seit März 2014 ist er Vorsitzender im ÖDP-Kreisverband Hof-Wunsiedel. Im Juli 2014 veröffentlichte er im Selbstverlag das zusammen mit Ched Myers geschriebene Buch „Genug für alle – Vision Sabbath-Ökonomie“.

peter.hiltner@oedp.de

der die rastlose Produktivität unterbricht; in 7-jährigem Rhythmus das Sabbatjahr, in dem ein Schuldenerlass und die Freilassung aller Leibeigenen fällig werden und das so die Verschuldung und das Anhäufen von Reichtum begrenzt; und alle 49 Jahre im „Jobeljahr“ die vollständige Restrukturierung des Volksvermögens. Und dem inneren Gehalt nach sind es Aussagen wie „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden“ oder die Erlaubnis im 5. Buch Mose,

dass jeder Bedürftige sich auf einem Kornfeld oder im Weinberg von der Hand in den Mund nehmen kann, bis er satt ist. Das zeigt, worauf es Gott mit seinem Wirtschaftssystem ankommt, und dass letztlich Gott der Besitzer und Geber aller Gaben ist. Der Kern der Sabbat-Ökonomie, das Verbot des Hortens oder Anhäufens von Kapital, steckt in der Mannageschichte der Wüstenwanderung, wo jede Familie jeweils nur den Tagesbedarf sammeln sollte, im Vertrauen darauf, dass Gott immer genug gibt. Man muss sich klar machen, dass da auch eine Sabbat-Ökologie drinsteckt, denn das Land

„In der Sabbat-Ökonomie steckt auch eine Sabbat-Ökologie, denn das Land soll seine Sabbatruhe bekommen.“

soll seine Sabbatruhe bekommen: „Sechs Jahre kannst du in deinem Land säen und die Ernte einbringen, im siebten sollst du es brachliegen lassen. Die Armen in deinem Volk sollen davon essen, und den Rest mögen die Tiere des Feldes fressen“ 2. Mose 23. Die Sabbatruhe für das Land ist übrigens unverhandelbar, wie in 3. Mose 26 betont wird: „Dann erhält das Land seine Sabbate ersetzt, während ihr im

„In den prophetischen Büchern wird dem Volk Treulosigkeit vorgeworfen, wenn es die Sabbatregeln missachtet.“

Land eurer Feinde seid... Während der ganzen Zeit der Verwüstung hat es Sabbatruhe, die es an euren Sabbaten nicht hatte, als ihr noch darin wohntet.“ In den prophetischen Büchern wird die Befolgung dieser Regeln mit oft harschen Worten im-

BUCHTIPP

Ched Myers,
Peter Hiltner
Genug für alle
Vision Sabbat-
Ökonomie
Selbstverlag, Juli 2014
120 Seiten, 6,00 Euro
peter.hiltner@oedp.de



mer wieder eingefordert und dem Volk Ehebruch und Treulosigkeit vorgeworfen, wenn es die Sabbatregeln missachtet. Am bekanntesten

ist vielleicht die Amos-Stelle: „Tut weg von mir das Geplär eurer Psalmen... es fließe aber die Gerechtigkeit wie ein Bach.“

Gibt es auch Aussagen von Jesus, die diese Gedanken bestätigen?

Sehr viele – sobald man sich einmal an diese Sichtweise gewöhnt hat, entdeckt man den Sabbatbezug hinter nahezu allem, was Jesus gesagt oder getan hat. Das Lukas-evangelium stellt Jesu Sendung

ganz ausdrücklich in die Sabbatradition des Jubeljahrs (Lk. 4), man darf diese Aussagen nur nicht „spiritualisieren“ und nur allegorisch auffassen. Die Bergpredigt – insbesondere das Kapitel 6 mit dem „Sorget nicht“ und dem Dienen der

zwei Herren – wirkt wie aus den Sabbatanweisungen der Mosebücher herausgeschnitten. In der Tat erklärt Jesus in der Bergpredigt die Sabbatregeln neu und löst sie aus der legalistischen buchstabengläubigen Befolgung, in die sie gerutscht waren. Aus dem bereits erwähnten Weinbauern-Gleichnis kann man unschwer Aussagen zur Mindest- und Höchstlohndebatte herauslesen und das traditionell völlig falsch interpretierte Talente-Gleichnis (Mt. 25) zeigt, was passiert, wenn die Hochfinanz ihre Regeln ausspielt und die Finanzmärkte das Sagen haben.

Wieso hat das bisher niemand so gesehen?

Nun, niemand ist natürlich übertrieben. Seit 20 oder 30 Jahren wächst das Bewusstsein und das Schrifttum zur Kapitalismuskritik der Bibel, dabei wird auch das Wort Sabbat-Ökonomie gebraucht.

In Deutschland sind das z.B. die Theologen Dorothee Sölle, Franz Segbers und Ulrich Duchrow. Auch in der Kirchengeschichte wurde das immer wieder thematisiert, etwa bei den mittelalterlichen Armutsbewegungen, vor allem von Franz von

legungstradition, die sich in einer herrschenden Kirche entwickeln musste – d.h. in der Kirche, die entstand, nachdem das Christentum im 4. Jahrhundert Staatsreligion und innerhalb von kaum 100 Jahren von einer verfolgten zu einer

„Die Freihandelsideologie beruht auf einem absolut gesetztem Eigentumsrecht, das den Menschen zur Ware macht.“

Assisi, dem im Büchlein auch zwei Kapitel gewidmet sind. Warum uns das „Wirtschaftssystem Gottes“ dennoch so fremd geblieben ist, lässt sich sehr schön an dem Vergleich zwischen dem Sonnengesang des Franziskus' und dem oft als moderne Nachdichtung ausgegebenen Lied „Laudato si“ erkennen, der im Buch diskutiert wird. Letztlich sind das Auswirkungen einer Aus-

verfolgenden Kirche geworden war. Das hat die spiritualisierende, jenseitige Auslegung, die Fixierung auf Sünde und Erlösung gefördert und die gesellschafts- und herrschaftskritischen Sabbatgedanken in den Untergrund gedrängt, bis dahin, dass vor allem innerhalb des Protestantismus ein rein individualistisches Glaubens- und Erlösungsverständnis vorherrschend wurde.

Eine solche weltabgewandte Gnaden- und Erlösungstheologie hat Bonhoeffer als „billige Gnade“ aufs Schärfste gegeißelt: „Von ihr empfangen wir das Gift, an dem unsere Nachfolge starb.“

Wo liegt der konkrete politische Bezug und Nutzen der Gedanken zur Sabbat-Ökonomie?

Sie sagen uns, dass die Crashes, die menschlichen Opfer, die der neoliberale Kapitalismus und die Freihandelsabkommen als seine Speerspitze erzeugen, kein punktuell Versagen des Systems sind, keine Systemfehler, die man korrigieren könnte, sondern dass es sich dabei um ein Versagen unseres Wollens handelt. Mit den Augen der Sabbat-Ökonomie sehen wir, dass dieses ganze System von Grund auf falsch ist, weil es auf Anhäufen und Gier aufgebaut ist anstatt auf „Genug für alle“. Schrankenloser Reichtum und als Kehrseite zer-



Reichtum: Mercedes SLR, von 0 auf 100 km/h in 3,8 sec, 435.000 Euro

mit seinen Finanzmärkten zu, dass das Geld seine dienende Rolle als zweckmäßiges Tauschmittel verliert und zu einer eigenständigen und zerstörerischen Wesenheit wird:

dass die Freihandelsideologie auf einem absolut gesetztem Eigentumsrecht beruht, das den Menschen zur Ware und die Kapitalanhäufung zum Selbstzweck macht. Das ist eine quasi-religiöse Kategorie, die einiges mit calvinistischer Wirtschaftsethik, mit den Sabbatgeboten der Bibel aber gar nichts zu tun hat. Letztlich ist das die Ebene, auf der man sich dieser Wirtschaftspolitik entgegenstellen muss. Da sind auch die Kirchen gefordert und es wäre ein großer Schulterschluss von Juden, Christen und Moslems in gemeinsamer Verantwortung nötig und denkbar, um dem Sabbatgedanken bei der Herausbildung des „Neuen Europas“ und schließlich

„Schrankenloser Reichtum und zerstörerische Armut würden in einer Sabbat-Ökonomie niemals toleriert.“

störerische Armut würden in einer Sabbat-Ökonomie niemals toleriert. Die Gemeinwohl-Artikel der Bayerischen Verfassung (151, 157) und des Grundgesetzes (14f) bewahren noch Aspekte des „Genug für alle“. Dagegen lässt der Kapitalismus

dem Mammon, der nach Jesus Gottes Gegenpol ist. Die ganze Diskussion um die Freihandelsabkommen gewinnt mit der Sabbat-Ökonomie im Hintergrund ein ganz neues Niveau. Da geht es dann nicht mehr nur darum, ob man da vielleicht

ONLINETIPPS

Prof. Dr. Franz Segbers
www.franz-segbers.de

Prof. Dr. Ulrich Duchrow
www.rzuser.uni-heidelberg.de/~n30/

„Es wäre ein großer Schulterschluss von Juden, Christen und Moslems in gemeinsamer Verantwortung nötig.“

doch noch herumkorrigieren und das Fracking, die Gentechnik oder den Investorenschutz herausverhandeln kann, sondern man sieht,

der „Neuen Weltordnung“ Geltung zu verschaffen.

Herr Dr. Hiltner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Armut: Besitzer von einem der 300.000 Obdachlosen Deutschlands

Kundentäuschung auf dem Strommarkt

Ökostromtarif ist nicht gleich Ökostromtarif

Viele möchten einen Beitrag zum Gelingen von Energiewende und Klimaschutz leisten und beziehen Ökostrom – im Jahr 2012 bereits über 6,4 Mio. Haushalte. Zur Auswahl stehen 4.000 Tarife von 800 Unternehmen. Der Markt ist unübersichtlich. Unter geht dabei die Tatsache, dass die Wahl eines Ökostromtarifs nicht automatisch eine Verbesserung für Klima und Umwelt bedeutet.

von Tobias Paret

Motor der Energiewende in Deutschland sind die gesetzlich vorgeschriebenen Vergütungen für Strom aus Erneuerbaren Energien. Wer umweltfreundlich Strom erzeugt, bekommt Fördergelder. Die zahlt nicht der Staat, sondern der Stromverbraucher über die EEG-Umlage – ob er will oder nicht. Damit trägt jeder Privathaushalt schon eine ganze Menge zur Energiewende bei. Die Kontrolle über die Geschwindigkeit dieser Form des Ausbaus hat aber der Gesetzgeber. Werden in seinen Augen „zu viele“ Anlagen in einem Jahr errichtet, sinkt die Förderung – die Energiewende wird gebremst. Wer die Energiewende persönlich

Wenn ich von einem klassischen Stromtarif zu Ökostrom wechsle, ändert das weder die Stromflüsse im Netz noch das, was aus meiner Steckdose kommt. Das Stromnetz wird häufig mit einem See verglichen. Wenn ich Wasser entnehme, kann ich nicht feststellen, ob es aus einem entfernten Gebirgsgletscher oder einem Regenschauer vor Ort stammt. Was die Verbraucher durchaus beeinflussen können: wer in den See einspeist. Wenn alle Haushalte Ökostrom bezögen, könnten die Kohlekraftwerke ihren Strom nicht mehr verkaufen.

(2) Strom und Herkunftsnachweise (HKN) werden getrennt gehandelt. Unser Strom wird unabhängig von

men kann also Kohlestrom erzeugen und ihn mit dem richtigen HKN als Strom aus Wasserkraft verkaufen. Im Gegenzug muss ein anderes Unternehmen aber das Etikett „Kohlestrom“ verwenden. HKN sind seit 2013 gesetzlich vorgeschrieben und sollen verhindern, dass Strom „doppelt gewertet“ wird.

EEG-Umlage subventioniert Ökostrom automatisch

Wer sich in Deutschland für Ökostrom entscheidet, kann sich sicher sein, dass dieser Strom irgendwo aus Erneuerbaren Energien gewonnen wird. Das bedeutet aber nicht, dass die Energiewende dadurch weiter vorangebracht wird. 80% des aus Erneuerbaren Energien erzeugten Stroms in Deutschland wird nach EEG gefördert. Wer die EEG-Umlage bezahlt, kauft damit quasi die HKN dieses Stroms. Privathaushalte bekommen dadurch einen Anteil von momentan 32,5% EEG-Ökostrom. Damit ist aber schon fast der gesamte in Deutschland erzeugte Strom aus Erneuerbaren Energien „verbraucht“. Was übrig ist, reicht nicht aus, um alle Ökostromkunden mit 100% deutschem Ökostrom zu versorgen. Aus diesem Grund müssen die Lieferanten HKN im Ausland einkaufen. Häufig grei-



Foto: Uwe Schlick / pixelio.de

fen sie dafür auf Strom aus skandinavischen Wasserkraftwerken zurück.

Europaweit übersteigt das Angebot an Ökostrom die Nachfrage deutlich. Ökostromtarife im Allgemeinen bewirken momentan lediglich eine Umverteilung. Wer selbst nur Ökostrom verbraucht, sorgt dafür, dass den Normaltarif-Kunden weniger Ökostrom übrig bleibt. Das stört diese aber nicht. In Norwegen z.B. werden 97% des Stroms aus Wasserkraft erzeugt, die HKN aber hauptsächlich ins Ausland verkauft, sodass den Norwegern nur noch 23% Ökostrom übrig bleibt – der Rest wird dann rechnerisch z.B. durch deutschen Atomstrom gedeckt. Neue Kraftwerke würden erst dann gebaut, wenn ein großer Teil der Europäer Ökostrom bezieht. Idealisten mag es genügen, „den Anfang zu machen“. Mit der Wahl des richtigen Ökostromtarifs kann man die Energiewende aber schon jetzt voranbringen.

Freiwillige Selbstverpflichtung diverser Anbieter

Das Umweltbundesamt hat Ökostromanbieter und Gütesiegel untersucht und nennt in seiner „Marktanalyse Ökostrom“ mehrere Kriterien für ökologisch wirksame

Ökostromtarife, denn schon heute gibt es Unternehmen, die sich zu weitreichenden Maßnahmen für die Umwelt verpflichten.

■ **Zusätzlichkeit:** Anbieter verpflichten sich, einen gewissen Anteil ihres Stroms aus neu errichteten Anlagen zu beziehen oder einen Teil ihrer Einkünfte in den Bau neuer Anlagen zu investieren.

■ **Konzernunabhängigkeit:** Umweltorganisationen empfehlen die Wahl eines Stromanbieters, der ausschließlich Ökostrom vertreibt. So kann der Verbraucher sicher sein, dass sein Geld nicht in fossile Kraftwerke und nicht in Lobbyarbeit gegen die Energiewende investiert wird.

■ **Zeitgleiche Versorgung:** Die meisten Ökostromanbieter arbeiten so, dass ihre Erzeugung in der Jahresbilanz mit dem Verbrauch ihrer Kunden übereinstimmt. Übersteigt der Verbrauch der Kunden zu einem bestimmten Zeitpunkt die Erzeugung, kaufen sie an der Börse konventionellen Strom dazu und gleichen das durch Überproduktion zu einem anderen Zeitpunkt aus. Andere Anbieter synchronisieren Erzeugung und Verbrauch bereits auf eine Viertelstunde genau und handeln nicht mit konventionellem Strom.

BUCHTIPP

Matthias Reichmuth u. a.

Marktanalyse Ökostrom

Endbericht

Umweltbundesamt,

März 2014

220 Seiten, kostenfrei

[www.umweltbundesamt.de/](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/marktanalyse-oekostrom)

[publikationen/marktanalyse-](http://publikationen/marktanalyse-oekostrom)

[oekostrom](http://publikationen/marktanalyse-oekostrom)



■ **Umweltverträglichkeit:** Manche Anbieter verpflichten sich, die Beeinträchtigung von Ökosystemen durch Wasserkraftwerke zu minimieren und die Verdrängung des Nahrungsmittelanbaus durch Energiepflanzen zu verhindern.

Fazit: Wer beim Stromverbrauch mehr für die Umwelt tun möchte, als er – wie jeder Stromkunde – über die EEG-Umlage sowieso schon tut, muss bei Ökostromtarifen ganz genau hinschauen. Die Umwelt hat erst dann etwas davon, wenn sich der Stromanbieter freiwillig zu positiven Maßnahmen verpflichtet hat. ■

Wer selbst nur Ökostrom verbraucht, sorgt dafür, dass den Normaltarif-Kunden weniger Ökostrom übrig bleibt.

beschleunigen möchte, entscheidet sich häufig für einen Ökostromtarif. Hilft das? Die Antwort lautet: nicht immer.

Der Strommarkt ist kompliziert. Um ihn zu verstehen, sind zwei Tatsachen grundlegend:

(1) Der Tarif hat keinen Einfluss auf den physikalischen Stromfluss.

seinem Ursprung als „Graustrom“ an der Börse verkauft. Wer Strom erzeugt, bekommt dafür einen HKN ausgestellt. Den kann man sich als Urkunde vorstellen, die bestätigt, dass eine gewisse Menge Strom auf eine bestimmte Art erzeugt worden ist. Die Urkunden werden auch an der Börse gehandelt. Ein Unterneh-

Tobias Paret, Jahrgang 1993, studiert Erneuerbare Energien und war als studentische Hilfskraft am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (Fraunhofer IAO) unter anderem im Bereich intelligenter Stromnetze (Micro Smart Grids) tätig. In die ÖDP trat er 2014 ein und wurde im gleichen Jahr Vorstandsbeisitzer im ÖDP-Kreisverband Böblingen.



tobias_paret@arcor.de

Theorie oder pure Ideologie?

Was um Gottes willen ist „Gender Mainstreaming“?

In der ÖDP gibt es bei nicht wenigen Mitgliedern, besonders aus dem Süden, nicht zu überhörende Vorbehalte gegen das Konzept des Gender Mainstreaming. Auch im baden-württembergischen Landtagswahlkampf wird das Thema wohl eine Rolle spielen. Daher ist es sinnvoll in die Tiefe zu gehen und die Vorbehalte genauer zu untersuchen. Eine Klarstellung.

von Christine Stankus

Wenn man im Internet „Gender Mainstreaming“ eingibt, gelangt man schnell auf das vorgeschlagene Suchwort „Gender-Ideologie“. Und dann zum Beispiel auf die Website des „Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft“ (DIJG). Der dortige Inhalt kommt einem irgendwie bekannt vor: „Manche verstehen unter ‚Gender Mainstreaming‘ einfach die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. Sie meinen, im Gender Mainstreaming ginge es vor allem darum, bestehende Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen von Frauen oder Männern zu beseitigen.“ Und: „Die Gender-Theorien aber sind eine ganz bestimmte, sehr radikale Theorie über Geschlecht, über Mann- und Frausein. (...) die Gender-Theorien [behaupten], dass es keinerlei wesentliche Unterschiede zwischen Mann und Frau gibt (...) Sie (...) fordern, der Mensch müsse von der ‚Zwangskategorie‘ Geschlecht befreit werden (...), der Mensch könne nur frei sein, wenn er sein Geschlecht selbst wählen kann oder, besser noch, auf die Kategorie ‚Geschlecht‘ ganz verzichtet. (...) Die Vertreter der Gender-Theorie

trennten sex und gender und entwickelten die Auffassung, dass die biologischen Gegebenheiten (sex) nur zufällige körperliche Anhängsel ohne Bedeutung seien und dass die

Ja, vom christlich-jüdischen Menschenbild bleibt da nicht viel übrig. Es stimmt: Alle unsere ÖDP-Mitglieder, die vor so einem – wirklich primitiven, wenn nicht gar unheilvollen – Menschenbild warnen, haben völlig recht!

soziale Gestalt von Frausein beispielsweise nichts mit der Biologie zu tun habe.“

Soweit die Definition des DIJG, die sich auf die Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 beruft. Ähnliches kann man online im „Portal zur katholischen Geisteswelt“ lesen. Ja, vom christlich-jüdischen Menschenbild bleibt da nicht viel übrig. Es stimmt: Alle unsere ÖDP-Mitglieder, die vor so einem – wirklich primitiven, wenn nicht gar unheilvollen – Menschenbild warnen, haben völlig recht!

Nur, dass das gar nicht das ist, was auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking verhandelt wurde.

Wer weiter recherchiert und sich die Mühe macht, die – zugegeben langen – Texte der Konferenz zu lesen, denen 190 Staaten weltweit zugestimmt haben, sucht umsonst

nach der Nivellierung der biologischen Geschlechtsunterschiede. Im Gegenteil: Da wird hinsichtlich der Gefährdung von Mädchen der sowohl psychosoziale als auch biologische Unterschied zwischen den Geschlechtern betont, da wird eine „besondere Aufmerksamkeit“ für die Menopause und für die „andere Sensibilität“ von Frauen „für verschiedene Umweltgefahren“ und deren Folgen beansprucht und schließlich eine Forschung gefordert, die gerade geschlechtsspezifische Unterschiede im Blick hat.

Es sind Texte, durch die das Leid einer ganzen Menschheit hindurchschimmert, Worte zur

Diskriminierung von Frauen, die die überwiegende Mehrheit der allerärmsten Milliarde Menschen darstellt, zu Frauen- und Kinderhandel, zur Tötung weiblicher Neugeborener, zur sexuellen Ausbeutung in Pornografie, Prostitution und Sextourismus, zu schädlicher Kinderarbeit, Kinder- und Organhandel, zur Genitalverstümmelung von Mädchen, Kinderprostitution, Kinderpornografie und anderen Formen sexuellen Missbrauchs... Denn das Programm der Pekinger Weltfrauenkonferenz versteht sich auch als ein Programm zum Schutz von Kindern.

Es konkretisiert auf über hundert Seiten den „Grundsatz der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann“. Es dekliniert durch zwölf große Bereiche hindurch die Forderung, „jede Form von Diskriminierung der Frau“ zu beseitigen und die „Konvention über die Rechte des Kindes“ umzusetzen. An bevorzugter Stelle steht das Recht der Frau auf Glaubens- und Gewissensfreiheit; zentral ist die Forderung nach „Machtgleichstellung der Frau“ und ihrer „gleichberechtigten Beteiligung an Entscheidungsprozessen“ wie „an allen Bereichen der

Gesellschaft“: Bildung, Gesundheitsversorgung, Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen (Grund und Boden, Kredite, Technologie, Kommunikation, Märkte ...). Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder teilen sich Frauen und Männer sowie die Gesellschaft als Ganzes. Eine Vision für die Welt, aber eine Vision, die weitergedacht werden kann: Die ÖDP geht über diese an sich großen Ziele insofern hinaus, als sie „Gleichberechtigung“ auf der Basis eines Arbeitsbegriffs neu definiert, der familiäre Erziehungsarbeit einbezieht (übrigens eine alte Forderung der Frauenbewegung, die darüber hinaus

Man reibt sich die Augen. Das ist doch nicht das, was man mit Gender Mainstreaming assoziiert und in Verbindung gebracht hat!

Haushaltsarbeiten, sogenannte „Reproduktionsarbeiten“, berücksichtigt wissen wollte).

Trotzdem verspricht einem 2015 der globale Horizont, in den 1995 die umfassenden Maßnahmen in Politik, Recht und Verwaltung gestellt werden (etliche Jahre vor

dem Beginn des Postwachstumsdiskurses!), den Atem. Es seien, so das Dokument, vor allem Frauen und Kinder, die unter Krieg, Umweltzerstörung und sozialem Unrecht leiden müssen; deshalb haben sich die Konferenzteilnehmer unter anderem zu folgenden Zielen verpflichtet: vollständige Abrüstung, Verbot von Kernversuchen, Beseitigung der Armut, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit. Damit wirtschaftliches Wachstum allen zugutekommt, sollen Alternativen in einem ganzheitlichen Ansatz als Faktoren Gleichberechtigung von Frauen und Männern, soziale Ge-

rechtigkeit, Umweltschutz, politische Teilhabe, Frieden und Achtung der Menschenrechte integrieren.

Man reibt sich die Augen. Das ist doch nicht das, was man mit Gender Mainstreaming assoziiert und in Verbindung gebracht hat! Man soll sich doch neuerdings die sexu-



elle Identität selbst herausuchen können, wählen können zwischen Homosexualität und Hetero- und Trans- und Bi- und anderen Formen der Sexualität, von denen bisher kaum die Rede war! Und Abtreiben soll doch jetzt „Menschenrecht“ sein!

Wir lesen noch einmal im Aktionsprogramm von 1995 nach: von Homosexualität nirgendwo die Rede. Auch spätere zentrale Dokumente des „Gender Mainstreaming“ geben eine Verengung auf Homosexualität, überhaupt auf sexuelle Erscheinungen, nicht her. Dazu ist das gesamte Konzept zu umfassend, auch wenn es Gegner auf die Genitalzone verkürzen, um es dann – mit einigen Verdrehungen, unter Berufung auf wenige exzentrische Positionen und teilweise mit missverstandenen Formulierungen – als pervers anprangern zu können (das geschieht derzeit sogar in als seriös geltenden Medien, auch in Bezug auf die Vorarbeiten zum baden-württembergischen Bildungsplan 2016). Also: Was steht im Peking Aktionsprogramm?

Da ist die Rede von der „reproduktiven Gesundheit“ als der „Fähigkeit der Frau, selbst über ihre eigene Fruchtbarkeit zu bestimmen“. Was heißt das? Kann die Frau jetzt beliebig abtreiben?

Hier muss etwas weiter ausgeholt werden. „Reproduktive Gesundheit“ beschreibt das Dokument als „Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen bei allen Aspekten, die mit den Fortpflanzungsorganen und ihren Funktionen und Prozessen verbunden sind“. Sie sei die Voraussetzung dafür, „dass Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und dass

sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie davon Gebrauch machen. In diese letzte Bedingung eingeschlossen sind das Recht von Männern und Frauen, informiert zu werden und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen

*Hier liegt eine Verwechslung vor:
Verändert werden soll nicht die biologische,
sondern die soziale Identität,
also die gesellschaftliche Sicht auf die Frau.*

Familienplanungsmethoden ihrer Wahl sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur Regulierung der Fruchtbarkeit zu haben, die nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen, und das Recht auf Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es Frauen ermöglichen, eine Schwangerschaft und Entbindung sicher zu überstehen, und die für Paare die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, dass sie ein gesundes Kind bekommen.“ Explizit heißt es: „Auf keinen Fall sollte der Schwangerschaftsabbruch als eine Familienplanungsmethode gefördert werden. Alle Regierungen und [...] Organisationen sind aufgefordert, [...] den Rückgriff auf Schwangerschaftsabbrüche durch erweiterte und verbesserte Familienplanungsdienste zu verringern.“ Und: „Nach einem Schwangerschaftsabbruch sollten umgehend Beratungs-, Aufklärungs- und Familienplanungsdienste angeboten werden, was ebenfalls zur Vermeidung erneuter Schwangerschaftsabbrüche beitragen wird.“

Mit dieser Position zur Abtreibung sind wir bei einem seriösen CDU-Standpunkt angekommen,

der wahrlich nichts zu tun hat mit dem umstrittenen, den das EU-Parlament 2013 mit einer besorgniserregend knappen Mehrheit abgelehnt hat. Und hier, angesichts der breiten Akzeptanz des Estrela-Berichts, hat die ÖDP eine politische Aufgabe: in der öffentlichen Diskussion kompetent aufzutreten, um

nicht als pauschal und reflexartig abwehrend, sondern als mit plausiblen und vor allem zutreffenden Argumenten ausgestattet wahrgenommen zu werden.

Dazu einige Begriffsklärungen. Würde das Konzept als „Ideologie“ bezeichnet, also als Weltanschauung, wäre das Gerechtigkeitsanliegen, das sich im Artikel 3 GG artikuliert, eine Ansichtssache, für die Artikel 4 GG (Glaubens- und Gewissensfreiheit) zuständig ist; dann könnten wir die weltweiten Nöte der Frauen getrost der Beliebbarkeit überlassen. Oder die Bezeichnung von Gender Mainstreaming als „Gleichmacherei“: Mit diesem Wort mit der abwertenden Endung „-erei“ will man das Menschenrecht der Frau auf Gleichbehandlung diskreditieren. Ähnlich abwertend ist der Umgang mit dem Begriff „Gleichstellung“: Obwohl dieser Begriff offiziell und eindeutig als Konkretisierung des Gleichbehandlungsgrundsatzes definiert ist, kursiert die Bedeutung einer gewollten Irritation in der biologischen Geschlechtsidentität. Hier liegt eine Verwechslung vor: Verändert werden soll nicht die biologische, son-

dern die soziale Identität, also die gesellschaftliche Sicht auf die Frau. Damit beschäftigt sich die ÖDP von der Sache her seit Langem, wenn sie die Gleichberechtigung der Frau nur einseitig verwirklicht sieht, solange die familiäre Erziehungsarbeit der Erwerbsarbeit nicht gleichgestellt wird.

Zur Unterscheidung von biologischem und sozialem Geschlecht brauchen wir das Konzept „Gender Mainstreaming“, das bisher entbehrlich schien. Es geht davon aus, dass Frauen, ebenso wie Männer, aufgrund ihrer biologischen Verschiedenheit in ihren Gesellschaften, also „sozial“, auf der ganzen Welt in einer Weise behandelt werden, die sich nicht schlüssig aus den biologischen Voraussetzungen ableiten lässt. Zum Beispiel hat die Vorenthaltung des Frauenwahlrechts nichts mit den biologisch gegebenen Fähigkeiten

*Die ÖDP könnte die derzeitige politische
Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Konzeptes
durch ihre Forderungen, zum Beispiel nach
einem Erziehungsgehalt, überzeugend erweitern.*

der Frau zu tun. Oder das Recht des Ehemanns noch 1950, darüber zu bestimmen, ob die Ehegattin ein Konto eröffnen, einen Arbeitsvertrag unterschreiben oder den Führerschein machen darf. Deshalb unterscheidet das Konzept das biologische („sex“) und das soziale Geschlecht („gender“); im Deutschen haben wir dafür nur ein Wort („Geschlecht“; das Wort „Sex“ steht für sexuelle Handlungen). In den meist englischsprachigen internationalen Debatten etablierte sich der englische Sprachgebrauch. „Mainstreaming“ bezieht sich auf das Konzept

als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Gesellschaft.

Gender Mainstreaming ist also eine Art Instrument, wie etwa eine Forschungsmethode. Wie sie funktioniert, lässt sich am besten an der Situation zeigen, die 1985 auf simple Weise schlagartig bewusst machte, dass das biologische Geschlecht berücksichtigt werden muss: Obwohl 75 % der Flüchtlinge weltweit Frauen und Kinder sind, hatte in den Flüchtlingscamps niemand an die hygienischen Bedürfnisse der Frauen gedacht. Das hat zum Nachdenken über die spezifischen Bedürfnisse von Frauen überhaupt geführt – ob in der Organisation der Arbeitswelt, der sozialen Bedingungen, der Bildung, der Medizin oder der Stadtplanung. Auch Männer kommen so in den Blick: Solchen Männern, die Erziehungsarbeit in der Familie leisten wollen, was nach dem sozialen Geschlecht „Mann“

ben hat, dafür einsetzen, dass die Regierungen ihre auf der Peking Konferenz und später gegebenen Zusicherungen auch in Taten umsetzen.

Behauptungen, die sich zwar wissenschaftlich geben, mit dem Gebot eines verantwortlichen Journalismus aber unvereinbar sind, darf sich die ÖDP nicht zu eigen machen. Sie muss Kursierendes kritisch hinterfragen, diskutierte Vorstellungen mit ihren Positionen abgleichen und ihr Profil stetig klären. Umso glaubwürdiger kann sie dieses dann werbend in die Öffentlichkeit bringen.

Prüfen wir also – und behalten das Gute.

Theologische Nachbemerkung: Offenbar gibt es nicht nur ein biologisches und ein soziales, sondern auch ein spirituelles Geschlecht: Franz von Assisi lädt seine Mitbrüder ein, „Mütter“ zu werden, indem sie Christus durch ihren Lebenswandel „gebären“, und eine katholische Nachrichtenagentur erklärt, „wie man, praktisch gesehen, Mutter Christi wird“.

Christine Stankus ist Schriftführerin im amtierenden Bundesvorstand und Mitglied des Landesvorstandes in Baden-Württemberg. Sie leitet außerdem den Landesarbeitskreis „Bildung“ und ist als Gymnasiallehrerin und Diplomtheologin, als ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Schulpädagogik und durch einen zusätzlichen Masterabschluss „Schulmanagement“ beim Thema Bildung auf aktuellem Stand.



christine.stankus@oedp.de

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

„Das JA zur Zukunft“

Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

der erste Abend des 48. Bundesparteitages am 15. November in Erlangen endete mit einer großen Überraschung. Die Delegierten schenkten mir bereits im ersten Wahlgang ihr Vertrauen und wählten mich für zwei Jahre zur Bundesvorsitzenden. Sebastian Frankenberger und zwei weitere Kandidaten (Christoph Raabs und Helmut Jenne) blieben unter 50%. Damit hat die ÖDP nach vielen Jahren wieder eine Frau an ihrer Spitze, jemanden mit langjähriger ÖDP-Zugehörigkeit, 28-jähriger Vorstandserfahrung und intensiver Verankerung mit der Basis. Teamfähig und für Neues offen.

Nicht alle sind über den Ausgang der Bundesvorstandswahl erfreut und viele Delegierte sahen sich erstmals mit Kritik am bisherigen Bundesvorsitzenden konfrontiert. Dabei blieb es nicht aus, dass die Befragung in der Sache teilweise hart geführt wurde, was ich bedauere. Letztlich haben die Delegierten entschieden.

Als Bundesvorsitzende danke ich Sebastian für seinen herausragenden Einsatz und seinen Ideenreichtum. Er hat sich verausgabt wie kein Vorsitzender vor ihm, ob beim Volksbegehren „Nichtraucherschutz“ oder bei der Radl-Tour. Gerne hätte ich ihn auch weiterhin als kreativen Kopf in der ÖDP eingebunden gesehen. Es ist sein ausdrücklicher Wunsch, nicht weiter aktiv sein zu wollen. Dies ist zu respektieren und vielleicht auch nur eine vorübergehende Entscheidung. Der Dank gebührt den Vorstandsmitgliedern, die sich nicht mehr zur Wahl gestellt haben: Susann Mai, Tanja Pfisterer, Karl Heinz Jobst, Willi Reinbold, Werner Roleff und Dieter Schlierf.

Worum ich Sie alle bitte:

Die Delegierten haben mir mit Volker Behrendt, Agnes Becker, Christian Tischler, Christine Stankus, Dr. Manfred Link, Ludwig Maier, Christoph Raabs und Dr. Hermann Schweiger einen hervorragenden Vorstand zur Seite ge-



Foto: ÖDP-Bundespressestelle

geben. Der gesamte Vorstand braucht Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. Nur gemeinsam bringen wir unsere ÖDP vorwärts; nur gemeinsam gelingt es uns, neue Mitglieder und Interessenten zu gewinnen, Wahlen zu organisieren und das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Mein Hauptaugenmerk möchte ich auf die Stärkung der Basis legen und dazu in den nächsten Monaten alle Landesverbände besuchen, um gemeinsam mit den Vorständen und Aktiven Wege für eine erfolgreiche ÖDP zu finden. Nicht um unserer selbst Willen, sondern aus der Gewissheit heraus, dass gerade die Unsicherheit und Gefährdung der Welt, statt zu lähmen auch mobilisieren können. „Verzweiflung ist ein Luxus, den wir uns in unserer Lage nicht leisten dürfen.“ (Robert Jungk)

In diesem Sinne, lassen Sie uns gemeinsam ein überzeugtes „JA zur Zukunft“ sprechen.

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Bundesparteitag am 15./16. November 2014

Auf dem vergangenen Bundesparteitag im November 2014 wurde ein neuer Bundesvorstand mit Gabriela Schimmer-Göresz als neue Bundesvorsitzende gewählt. Dieser Vorstand wird vom 20. bis 22. Februar 2015 in Kloster Neumarkt auf einer Klausurtagung seine zukünftige programmatische und organisatorische Marschroute festlegen. Sollten hierzu ÖDP-Verbände Anregungen oder schriftliche Beiträge haben, so bitten wir, diese dem Generalsekretär per E-Mail zuzuleiten, damit die Inhalte zur Beratung entsprechend dem Bundesvorstand vorgelegt werden können.

Politische Anliegen

Politisch stehen in Deutschland zahlreiche Fragen auf der Tagesordnung: das TTIP-Abkommen (<https://www.oedp.de/aktuelles/aktionen/stop-ttip/>), zu dem die ÖDP viele Aktionen auch vor Ort

gestartet hat, aber auch Herzensanliegen der ÖDP, wie z.B. die Kritik an einer hemmungslosen Wachstumspolitik oder die bessere Förderung und Würdigung der Arbeit von Familien. Ebenso bezieht die ÖDP klar Stellung zur Debatte in der Flüchtlingspolitik. Zu allen diesen Fragen finden Sie bereits auch entsprechende (Presse-)Beiträge auf unserer Internetseite.

Aktualisierung des Webauftritts

Die Internetseiten werden in den nächsten Wochen einige Neuerungen erfahren. So wird das Redaktionssystem unserer Webseiten, Typo3, auf eine neue Variante aktualisiert, sodass wohl auch im Backend einige kleinere Neuerungen für die Benutzer anstehen werden. Darüber hinaus hoffen wir, dass dann auch die automatisierten Vorstandsanzeigen und sonstigen neuen Funktionen nach langer Wartezeit von den entsprechenden Agenturen technisch funktionieren. Auf einem

Treffen der Landesverbände wurde festgelegt, dass zunächst alle angefangenen Internet-Projekte fertiggestellt werden. In der zweiten Jahreshälfte wird sicherlich die Frage zu klären sein, ob und wie das Layout aufgefrischt wird, und es steht der Umzug der baden-württembergischen Kreisverbände an.

Schulungsseminare

Die wahlfreie Zeit sollte sicherlich auch dazu genutzt werden, unsere Mitglieder zu schulen und fortzubilden. Das Kommunalpolitische Büro in Mainz bietet dazu auch im kommenden Jahr entsprechende Schulungsseminare an. Wir bitten dazu interessierte Bezirks- und Kreisverbände, mit uns Kontakt aufzunehmen, dann können wir auch vor Ort passgenau entsprechende Seminare organisieren, die von möglichst vielen Mitgliedern besucht werden. Angedacht sind neben den klassischen Themenfeldern, wie Kreisverbandsarbeit, Pressearbeit, Internetbetreuung, auch die harten kommunalpolitischen Themenfelder wie beispielsweise die Bauleitplanung, die Haushaltspolitik oder die Arbeit in einem kommunalen Aufsichtsrat. Bitte nehmen Sie bei Interesse mit dem Mainzer ÖDP-Büro Kontakt auf.

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. (0 61 31) 67 98 20,
Fax (0 61 31) 67 98 15,
Mobil (01 60) 87 10 542

politik@oedp.de

Screenshot



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

turbulente Wochen liegen hinter mir: Das europäische Parlament hat eine neue Kommission gewählt, mit dem Luxemburger Jean-Claude Juncker an der Spitze. Kurz nach der Wahl geriet Juncker in die Schlagzeilen, weil er als Ministerpräsident bzw. Finanzminister internationale Konzerne mit Vereinbarungen über Steuervermeidungen in sein Land gelockt hatte. Alles wohl formal legal, aber moralisch höchst zweifelhaft. Auch wenn ich als Abgeordneter zwar gegen die Einsetzung der Kommission als Ganzes gestimmt habe – denn Juncker hat einige merkwürdige Politiker wie z.B. den Spanier Cañete in sein Team berufen –, so habe ich mich dennoch nicht beim Misstrauensantrag der Rechtspopulisten gegen Juncker beteiligt. Ich bin der Meinung, dass hier erst einmal eine Untersuchungskommission recherchieren sollte, was dem neuen Kommissionspräsidenten wirklich konkret vorzuwerfen ist.

Engagiert habe ich mich auch gegen die Renaissance der Atomkraft: Subventionen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point und die Ausbaupläne für den tschechischen Schrottmeiler Temelin machen mich als Kritiker der Kernenergie wirklich wütend. Ich setze alles daran, über die Gefahren der Atomenergie aufzuklären und den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Auch auf einem anderen Gebiet ist Widerstand nötig: Neben den Abkommen TTIP und CETA wird zurzeit auch zwischen der EU, den USA und weiteren Vertragspartnern der sog. TiSA-Vertrag verhandelt. Es geht hier offiziell um die Beseitigung von Handelshemmnissen im Dienstleistungssektor. Wenn TiSA aber in die Realität umgesetzt wird, dann werden Bildung, öffentliche Güter und vieles mehr dem freien Wettbewerb unterworfen und kommerzialisiert. Zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger und zum Nutzen großer Konzerne. Auch die Finanzmärkte werden kaum noch beherrschbar sein. Um über die Gefahren, die von TiSA ausgehen, aufzuklären, hat mein Münchner Mitarbeiter André Kirberg eine Kampagnenseite gestartet – <http://stoppt-tisa.de/start/> – und auch eine Facebook-Seite eingerichtet. Bitte helfen Sie mit, TiSA zu stoppen, und verbreiten Sie die Nachrichten auch auf Ihren Kanälen.



Foto: ÖDP Bundesverband

Gabriela Schimmer-Göresz und Klaus Buchner auf dem Bundesparteitag in Erlangen, November 2014

Abgeschlossen habe ich auch meine Mitarbeitersuche: Im Berliner Büro arbeiten nun Florence von Bodisco und Claude Kohnen. Im Münchner Büro wird Angelika Demmerschmidt beginnen und in Brüssel unterstützen mich Simone Lettenmayer und Paul Diegel. Auch meine Homepage wurde überarbeitet. Auf www.klausbucher.eu können Sie sich über meine Arbeit informieren und sich in den Newsletter eintragen. Schauen Sie doch mal vorbei!

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

K. Buchner

Klaus Buchner

Die Büroadressen

Büro München:

Sirius Business Park, Abgeordnetenbüro Buchner,
Rupert-Mayer-Straße 44 in 81379 München,
E-Mail: demmerschmidt@klausbuchner.eu

Büro Berlin:

Europaabgeordnetenbüro Buchner,
Ebelingstr. 8 in 10249 Berlin, Tel.: 030/ 42086700,
E-Mail: bodisco@klausbuchner.eu

Büro Brüssel:

MdEP Buchner, Rue Wiertz 60 in 1047 Brüssel,
Raum 04E205, Tel.: 0032/ 2283 77 39,
E-Mail: klaus.buchner@europarl.europa.eu

Der neue Bundesvorstand

Auf dem 48. Bundesparteitag, der am 15. und 16. November in Erlangen stattfand, wurde ein neuer Bundesvorstand der ÖDP für die kommenden zwei Jahre gewählt. ÖkologiePolitik hat alle Mitglieder des neuen Vorstands zu einem Interview gebeten. Wir gratulieren dem gesamten Vorstand zu seiner Wahl und wünschen eine produktive Arbeit!

von Pablo Ziller



Wieso hast du für den Bundesvorstand kandidiert?

Gabriela Schimmer-Göresz: Ich bin gefragt worden und nach Absprache mit meinen Kreisverbänden und dem Okay meiner Familie habe ich mich entschieden, meinen Hut in den Ring zu werfen.

Volker Behrendt: Meine Kandidatur war eine logische Folge aus dem

Wahlergebnis bei der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl, wo ich mit den meisten Stimmen der Parteitagsdelegierten ins Spitzenteam gewählt worden bin.

Agnes Becker: Als stellv. Landesvorsitzende der ÖDP Bayern bin ich seit einigen Jahren „Kontaktfrau“ zum Bundesvorstand und auf diese Weise mit der dort anfallenden Arbeit vertraut.

Christian Tischler: Durch mein Engagement im BuVo hoffe ich, ein wenig dazu beitragen zu können, unseren Kindern und Enkeln eine funktionierende Demokratie übergeben zu können.

Christine Stankus: Weil ich Ideen für die Weiterentwicklung der ÖDP habe, weil ÖDpler da sein müssen, die sich auf Bundesebene engagieren.

Dr. Hermann Schweiger: Die vergangenen vier Jahre im Bundesvorstand waren eine gute und schöne Herausforderung für mich. Ich denke, wir haben gut gearbeitet. Das möchte ich fortführen.

Dr. Manfred Link: Um mein wirtschaftliches und politisches Wissen sowie meine Erfahrung im Führen einer Partei (ehem. Bundesvorsitzender von Bündnis 21/RRP) nutzbringend einzusetzen.

Ludwig Maier: Ich war schon von 2010 bis 2011 ein Jahr im Bundesvorstand. Ich übernehme gerne Verantwortung und möchte mithelfen, die ÖDP im ganzen Land bekannter zu machen!



Gabriela Schimmer-Göresz

Christoph Raabs: Ich leide seit Jahren darunter, dass wir es im bundesweiten Maßstab bisher nicht schaffen, nennenswert Wähler zu mobilisieren.

Welche Ziele wirst du in den nächsten beiden Jahren in deinem Amt besonders verfolgen?

Gabriela Schimmer-Göresz: Es ist wichtig, das Fundament der Partei von unten her zu festigen. Eines meiner Ziele ist es, mehr in die Mitgliedererwerbungs zu investieren, flächendeckender wahrnehmbar zu werden, mehr Kommunalwahlantritte zu schaffen und alle Landesverbände hierbei zu unterstützen. Aber auch die überregionalen Wahlen habe ich im Fokus.

Volker Behrendt: Ich möchte mich um die Professionalisierung der

Partei kümmern, um die Organisation und Kommunikation sowie den weiteren Aufbau der ÖDP in Norddeutschland und die Finanzen.

Agnes Becker: Den ehrenamtlich Aktiven und den ÖDP-Mandatsträgern das Leben so leicht wie möglich machen, denn sie sind die Basis und das Fundament der ÖDP. Sie

brauchen eine gut funktionierende Mitgliederverwaltung, prägnante Infos zu wichtigen politischen Themen, schnelle Aktionsangebote mit Musteranträgen und Musterpressemittellungen. Daran möchte ich arbeiten.

Christian Tischler: Die stark gesunkenen Rücklagen wieder aufbauen, Einnahmen und Mitgliederzahl nochmals deutlich erhöhen, die begonnenen Strukturreformen des bisherigen Bundesvorstands weiterführen und die Unterstützung der anstehenden Landtagswahlen in verschiedenen Bundesländern.

Christine Stankus: Ich möchte mit an der Kommunikation arbeiten; außerdem sehe ich in einigen Punkten Klärungsbedarf, damit die Partei eine geklärte Identität entwickeln kann.

Dr. Hermann Schweiger: Der Spielraum für die unvermeidliche Transformation unserer Gesell-

schaft wird enger. Wir müssen als hellwache Mahner und Pioniere auf mögliche Wandlungspunkte hinweisen, diese als Teil der großen Bewegung vorleben und als Partei auch angemessene Wege der politischen Umsetzung erarbeiten.



Volker Behrendt

Dr. Manfred Link: Eine gut funktionierende Teamarbeit mit den Vorstandskolleginnen/-kollegen. Mitwirken bei der Verbreitung der ÖDP in den Bundesländern, in denen wir noch kaum eine Rolle spielen. Voraussetzungen schaffen, eventuell die älteren Mitglieder in einer Gruppe „Seniorenökologen“ mit adäquaten Themen zu beschäftigen.

Ludwig Maier: Dass die Themengebiete Landwirtschaft und Tierchutz gut nach außen vertreten werden. Ein weiteres Ziel ist es, den Bekanntheitsgrad der ÖDP bundesweit zu erhöhen. Und was mir besonders wichtig ist, ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik als Partei mit zu begleiten und dazu Ziele zu erarbeiten.



Agnes Becker

Christoph Raabs: Ich möchte vor allem dazu beitragen, die Themen und die Programmatik der ÖDP so aufzubereiten, dass wir im Rahmen von Wahlkämpfen von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und verstanden werden.

Wo siehst du das größte Potenzial für die ÖDP in den kommenden Jahren?

Gabriela Schimmer-Göresz: Auf kommunaler Ebene! Es gilt, kreative Ideen zu entwickeln, um auf junge Menschen zuzugehen, Interesse an ökologisch-demokratischer Politik zu wecken und Mitarbeit zu generieren.

Volker Behrendt: Eigentlich suchen die Bürgerinnen und Bürger vielfach genau das, was wir anbieten. Hier kommt es darauf an, durch die Bildung von regionalen und/oder thematischen Schwerpunkten gezielt auf uns aufmerksam zu machen.

Agnes Becker: Unser gutes Programm halte ich für unser größtes Potenzial, denn unsere Mitglieder sind davon überzeugt und nur überzeugte Menschen können andere Menschen begeistern.

Christian Tischler: Junge Menschen, von denen sehr viele sehr wohl politisch aktiv und interessiert sind. Dafür müssen wir unseren Auftritt nach außen und Formulierungen im Programm überdenken. Die Inhalte stimmen, aber die Präsentation oftmals nicht.

Christine Stankus: In der Authentizität ihrer Kommunikation untereinander.

Dr. Hermann Schweiger: Wir haben sehr engagierte Mitglieder, die vor Ort aktiv und gut vernetzt sind. Und wir haben inzwischen eine gute Parteistruktur, die wir nun aber auch bundesweit nutzen müssen.

Dr. Manfred Link: Im Einbringen von Expertisen beim Thema

Energiewende, im Kampf gegen die geplanten Abkommen TTIP, CETA und TiSA sowie mit dem Konzept einer ökologischen Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang.

Ludwig Maier: Das größte Potenzial sehe ich in unseren Mitgliedern, denn sie sind der Garant für unsere gemeinsame Arbeit und der beste Multiplikator.



Christian Tischler

Christoph Raabs: Wir müssen auf Bundesebene unbedingt versuchen, unsere „weißen Flecken“ auf der politischen Landkarte zu tilgen. Dabei ist es notwendig, auch regional zu denken und den Aktiven vor Ort größtmögliche Unterstützung zu gewähren.

Wie stellst du dir die Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeitern vor?

Gabriela Schimmer-Göresz: Konstruktiv und vertrauensvoll.

Volker Behrendt: Die Hauptamtlichen sind das Öl im Getriebe. Das Ziel ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Agnes Becker: Die wenigen Hauptamtlichen, die sich die ÖDP leisten kann, haben die große Aufgabe, die ehrenamtlichen ÖDPler bestmöglich zu unterstützen.



Christine Stankus

Christian Tischler: Wie bisher sehr eng, da ohne unsere hauptamtlichen Mitarbeiter nichts läuft.

Christine Stankus: Unterstützend und Impulse liefernd.

Dr. Hermann Schweiger: Unsere Mitarbeiter sind die tragende Säule unserer Partei und ihrer Funktionen. Sie verdienen Anerkennung und Wertschätzung.

Dr. Manfred Link: In der Zusammenarbeit sehe ich ein Geben und Nehmen zum Wohl der ÖDP.

Ludwig Maier: Traumhaft, denn ich kenne ja die meisten!

Christoph Raabs: Ich sehe der Zusammenarbeit mit großer Freude entgegen.

Wie beschäftigst du dich in deiner Freizeit, außerhalb der Politik?

Gabriela Schimmer-Göresz: Der Garten bleibt mir wichtig. Ich koche leidenschaftlich und lade mir gerne Gäste ein. Und das alles endet zwangsläufig in guten politischen Diskussionen.

Volker Behrendt: Ich gehe arbeiten (lacht). Die wenige freie Zeit verbringe ich meist in meiner kleinen und großen Familie.

Agnes Becker: Ich habe eine kleine Landwirtschaft im Bayerischen



Dr. Hermann Schweiger

Wald mit Grünland, Wald und zwei Pferden. Neben den Tieren ist Segeln meine große Leidenschaft, für mich der Inbegriff von Freiheit und Abenteuer.

Christian Tischler: Meine Frau, meine Kinder, Klavierspielen, meine Kinder, Lesen, meine Kinder, Bücher schreiben, meine Kinder, und ja, auch mal Computerspiele. Habe ich meine Kinder schon erwähnt?

Christine Stankus: Ich pflege meine Spiritualität, meine Gesundheit und meine Beziehungen.

Dr. Hermann Schweiger: Außerhalb der Politik ist bei mir nur selten „frei“. Und wenn ich dann wirklich mal Freizeit habe, dann brauche ich Bewegung und Auslauf oder Ruhe zum Nachdenken.

Dr. Manfred Link: Gerne mit reisen, lesen, Opern besuchen und zu Hause hören sowie Tennis spielen.

Ludwig Maier: Am liebsten mit meiner Familie, dann tanze ich gerne, gehe gerne in die Berge, man

glaubt es nicht, ich bin gerne auch mal zu Hause und tue nichts.

Christoph Raabs: Seit über 20 Jahren bin ich Fußball-Schiri. Außerdem leite ich einen Männerchor. Mein Interesse gilt auch historischen Autos und Motorrädern.

Wo siehst du die ÖDP in zehn Jahren?

Gabriela Schimmer-Göresz: Ich habe viele Talente, Hellsehen gehört (leider) nicht dazu. Ich werde weiter den Steinrollen und ich möchte alle ermuntern und ermutigen, das auch zu tun, gemeinsam mit dem neu gewählten Vorstand.

Volker Behrendt: In zehn Jahren ist die ÖDP im Norden flächendeckend bekannt und mit den innovativen politi-

schen Ideen ein gern gesehener Gesprächspartner.

Agnes Becker: Wünschen würde ich mir, dass die ÖDP endlich den politischen Einfluss bekommt, den sie braucht, um das gute Programm auch in die Tat umsetzen zu können.

Christian Tischler: Wenn wir gemeinsam als Bundespartei agieren, wesentlich weiter oben in den Ergebnislisten der überregionalen Wahlen.

Christine Stankus: Ich denke lieber darüber nach, wo ich sie sehen möchte: als Modell- und damit Hoffnungspartei mit einem glaubwürdigen Konzept als kritische Minderheit im Landtag.

Dr. Hermann Schweiger: Die ÖDP wird dann hoffentlich bundesweit einen bekannten, geschätzten und gewichtigen Platz in der politischen Meinungsbildung eingenommen haben.

Dr. Manfred Link: Mit mindestens fünf Abgeordneten im Europaparlament, im Bundestag und einigen Landtagen, in mindestens 1.000 kommunalen Ämtern.

Ludwig Maier: In allen Parlamenten zum Wohle aller!

Christoph Raabs: Spätestens zu den Bundestagswahlen 2021 muss die ÖDP in allen Bundesländern wählbar sein, um ein Wahlergebnis ohne Null vor dem Komma zu erreichen.



Ludwig Maier



Christoph Raabs



Dr. Manfred Link

Herzliche Einladung an alle Interessenten!

ÖDP-Bundesparteitag

am 11./12. April 2015

Bürgerhaus Dietzenbach,
Offenbacher Straße 11, 63128 Dietzenbach

Start: 11.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

ödp

Aus den Landesverbänden

Bayern

Urban Mangold vom Landesparteitag verabschiedet

Der langjährige Landesgeschäftsführer der bayerischen ÖDP, Urban Mangold (52), wurde vom Landesvorstand beim Parteitag in Schwabmünchen in seiner bisherigen Funktion verabschiedet. Der Passauer ÖDP-Politiker gibt sein hauptberufliches Parteiamt auf eigenen



Urban Mangold bei seiner Abschiedsrede als ÖDP-Landesgeschäftsführer

Wunsch auf, weil er im Mai 2014 erneut zum Zweiten Bürgermeister der Stadt Passau gewählt wurde und außerdem seit Oktober 2013 die ÖDP im niederbayerischen Bezirkstag vertritt. Mit 28 Jahren wurde Mangold als erster hauptamtlicher Landesgeschäftsführer der ÖDP Bayern eingestellt. Der gelernte Journalist trat am 1. April 1991 in den Dienst der ÖDP, der er bereits 1983 beigetreten ist.

Sein erstes überregional beachtetes Großprojekt war die Organisation des Volksbegehrens „Schlanker Staat ohne Senat“. Als offizieller Beauftragter verteidigte Urban Mangold das Volksbegehren zusammen mit dem ÖDP-Rechtsbeistand Prof. Dr. Joachim Lege vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof gegen die Klage des Senatspräsidenten Heribert Thallmair, der eine verfassungsrechtliche Ewigkeitsgarantie für den Senat einklagen wollte und dabei unterlag. Der von der ÖDP Bayern 1998 initiierte Volksentscheid zur Abschaffung des Senats blieb damit gültig.

Doch so spektakulär das alles auch war: Als sein wichtiges Projekt bezeichnet Urban Mangold stets das Volksbegehren „Kein neues Atomkraftwerk in Bayern“.



Bei der Übergabe der Antragsunterschriften für das Volksbegehren „Schlanker Staat ohne Senat“ an Dr. Karl Schwindel vom Bayerischen Innenministerium im Jahr 1997

Bei einem ausgedehnten Spaziergang war in ihm die Idee gereift, mit einem Volksbegehren den sogenannten AKW-Standortsicherungsplan anzugreifen, der nach Landesplanungsrecht fünf Standorte in Bayern für ein zusätzliches Atomkraftwerk reservierte: Viereth im Landkreis Bamberg, Pfaffenhofen a. d. Zusam im Landkreis Dillingen, Pleinting bei Vilshofen im Landkreis Passau, Marienberg im Landkreis Rosenheim sowie eine Erweiterung des AKW Grafenrheinfeld im Landkreis Schweinfurt. Da die bestehenden Atomkraftwerke nach Bundesrecht genehmigt sind, war es nur auf diese Weise möglich, der CSU eine direktdemokratische Abstimmung über Atomkraft aufzuzwingen, so das Kalkül. Und die Rechnung ging auf: Schon nach dem Sammeln der 25.000 Antragsunterschriften lenkte die Staatsregierung – beeindruckt vom ÖDP-Erfolg bei



Als Bürgermeister erklärte Urban Mangold dem Ministerpräsidenten bei seiner Donaureise, warum die Stadt Passau keinen Donauausbau mit Staustufe und Stichkanal will.

der Senatsabschaffung – ein. Im Jahr 2000 wurden die AKW-Standorte gestrichen. Zehn Jahre später präsentierte eine Jubiläumsdelegation der ÖDP am ehemaligen Standort Pleinting den Medien den Slogan „Dübel statt Übel“. Denn dort, wo der ehemalige bayerische Minister Wiesheu unbedingt ein AKW haben wollte, steht heute ein Hornbach Logistik-Center.

Als Öffentlichkeitsarbeiter bleibt Urban Mangold der ÖDP Bayern auch weiterhin erhalten: Die Möglichkeit, als Bürgermeister und Bezirksrat auch die Auseinandersetzung mit „der großen Politik“ zu suchen, will er weiterhin pflegen. Das bekam auch Horst Seehofer zu spüren, dem Urban Mangold bei der medial viel beachteten Donaureise vor vielen Donaufreunden ganz genau erklärte, warum sich der Passauer Stadtrat auf Antrag der ÖDP gegen Staustufen und Stichkanal ausgesprochen hatte.

Der bayerische Landesvorstand bedankt sich herzlich für seinen langjährigen Einsatz und die unermüdete Arbeit für die Ziele der ÖDP.

Kontakt: Agnes Becker

Rainer Forster wird Nachfolger von Urban Mangold

Die bayerische ÖDP wird im ersten Quartal 2015 eine Geschäftsstelle in München eröffnen. Dieses Büro wird Dienstsitz des neuen hauptberuflichen politischen Geschäftsführers. Das kündigte der ÖDP-Landesvorstand bereits beim Landesparteitag der ÖDP im September in Schwabmünchen an. Inzwischen steht die Personalie fest: Unter einer Vielzahl an Bewerbungen wurde Rainer Forster aus dem Landkreis Erding ausgewählt.

Der neue politische Geschäftsführer wird weitgehend die Aufgaben des langjährigen ÖDP-Landesgeschäftsführers Urban Mangold übernehmen, der nach seiner Wiederwahl als zweiter Bürgermeister in Passau diese Parteiposition aufgab und vom ÖDP-Landesvorsitzenden Klaus Mrasek in Schwabmünchen verabschiedet wurde. Die Verwaltungszentrale der ÖDP Bayern soll aber in Passau bleiben, wo der ÖDP-Landesverband seit 1991 seine Zentrale hat. Urban Mangold wird im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung weiterhin für Sonderaufträge des Landesvorstands zur Verfügung stehen.

Rainer Forster (38) wird im Verlauf des ersten Quartals 2015 seinen hauptberuflichen Arbeitsplatz bei der ÖDP antreten. Er ist verheiratet, hat drei Kinder im Alter von 17, 11 und 8 Jahren und vertritt die ÖDP im Er-



Rainer Forster freut sich auf seinen neuen Arbeitsplatz als Politischer Geschäftsführer der ÖDP Bayern.

dingler Kreistag. Für seine neue Stelle gibt Rainer Forster seinen bisherigen Arbeitsplatz als Diözesansekretär der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) auf.

Mit dem neuen Büro in München will die ÖDP auch ein Alleinstellungsmerkmal unterstreichen. Seit den schweren Verlusten der CSU bei der Europawahl stellt die ÖDP mit dem Münchner Prof. Dr. Klaus Buchner den einzigen Europaabgeordneten in der Landeshauptstadt. Der neue Geschäftsführer hat unter anderem die Aufgabe, die parlamentarische Arbeit mit den ÖDP-Bezirks- und Kreisverbänden zu vernetzen.

ÖDP-Landesparteitag

Inhaltlich forderte der ÖDP-Landesparteitag, die laufenden Verhandlungen über die Freihandelsabkommen TTIP und TiSA einzustellen und das fertig verhandelte CETA-Abkommen nicht zu ratifizieren. MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner sieht in den Freihandelsabkommen sogar „eine Gefahr für die Demokratie“ und forderte deshalb das Europaparlament auf, diese Abkommen abzulehnen. Die Beschwichtigungen von SPD und



ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek bei seiner Rede

Unionsparteien seien unglaublich. Die Regierungsparteien hätten in ihrem Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu Freihandelsabkommen vereinbart, kritisiert Buchner, der sich darüber wundert, dass die SPD vor Ort das Gegenteil macht und sich an Infoständen gegen das TTIP ausspricht.

In einem weiteren Positionspapier bekannte sich der ÖDP-Landesparteitag zu einer dezentralen Energieversorgung. Dezentrale Speicherung sei langen Stromtrassen vorzuziehen. Es gebe „eine Fülle von Speichertechniken. Jede hat ihre Vor-, aber auch Nachteile“. Entscheidend sei jetzt, „dass gesetzliche Bestimmungen und Förderungen für die Speichertechnik geschaffen werden. Wenn die Bereitstellung von Speicherkapazität durch Anreize gefördert wird, wird es für diese Technik die gleiche wirtschaftliche und technische Dynamik geben wie beim regenerativen Strom durch die Einspeiservergütung. Wir müssen also gar nicht auf hohe Landverbräuche durch eine Vielzahl von Pumpspeichern in landschaftlich reizvollen Gebieten setzen und wir werden nicht neue Trassen in dem von der Regierung propagierten Umfang brauchen, wenn wir uns ab sofort auf Dezentralität und neue Speichertechnik konzentrieren“, so ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

Niedersachsen

Die ÖDP in Niedersachsen plant ihre zukünftige Entwicklung

Aufbruchstimmung herrschte bei den niedersächsischen ÖDP-Mitgliedern beim Landesparteitag am 11. Oktober 2014: Nach schwierigen Jahren der Stagnation erinnerten verschiedene Redebeiträge an die jeweils persönliche Motivation, Mitglied der ÖDP geworden zu sein. Es gelte, sich dessen neu bewusst zu werden und daraus neue Kraft zu schöpfen.

Mit überwältigender Mehrheit wurde Martin Dreß nach einer kurzen Aussprache als Landesvorsitzender gewählt. Als Dreß' Stellvertreter wählten die Delegierten den Nordhorer Pflegepädagogen Andreas Roling. Iko Schneider (Bankkaufmann aus Hannover) wurde als Schatzmeister und der Mediziner Dr. Armin Götte aus Georgsmarienhütte als Schriftführer berufen. Als Beisitzer fungieren für die nächsten zwei Jahre Mechtild Hans (Nordhorn), Theo Gassmann (Ronneberg) und Rolf Brinkmann (Osnabrück).

Inhaltlich forderte der ÖDP-Landesparteitag, die laufenden Verhandlungen über die Freihandelsabkommen TTIP und TiSA einzustellen und das fertig verhan-

deltete CETA-Abkommen nicht zu ratifizieren. „Freihandelsabkommen, die soziale und ökologische Standards gefährden und staatliches Handeln durch von Konzernen dominierte Schiedsstellen einschränken, lehnen wir kategorisch ab“, erklärt die ÖDP in einer Presseerklärung. Die ÖDP sieht in den Freihandelsabkommen „eine Gefahr für die Demokratie“ und fordert deshalb das Europaparlament auf, diese Abkommen abzulehnen. Die Beschwichtigungen von SPD und Unionsparteien seien unglaublich. Die Regierungsparteien hätten in ihrem Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu Freihandelsabkommen vereinbart, so die niedersächsischen Ökodemokraten.



Der neue Landesvorstand in Niedersachsen (v.l.): Iko Schneider, Theo Gassmann, Mechtild Hans, Andreas Roling, Martin F. Dreß, Dr. med. Armin Götte, Rolf Brinkmann

Dieser Forderung wurde mit einer Unterschriftensammlung gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP in der Osnabrücker Innenstadt unterstrichen.

In Rückblicken auf den Landesparteitag im Oktober und den Bundesparteitag im November in Erlangen zeigt sich der niedersächsische Landesvorstand zuversichtlich, dass aufgrund der personellen Erneuerungen zukünftig die Zusammenarbeit sehr gut sein werde. Besonderes Augenmerk richtet sich auf eine mögliche strategische Allianz mit dem Bündnis 21/RPP. Dazu wurden bereits erste Gespräche mit Dr. Manfred Link vom Bündnis 21/RRP zur Situation in Niedersachsen geführt.

Vorrang in der Weiterentwicklung der ÖDP hat zunächst die Analyse des aktuellen politischen Standes der ÖDP – nicht nur in Niedersachsen. Dazu hat das Vorstandsmitglied Theo Gassmann mit einem internen Diskussionspapier gute Anregungen gegeben. Durchaus selbstkritisch wird darin u. a. die über lange Zeiträume stagnierende Mitgliederentwicklung, eine schwanken-

de, aber insgesamt zu geringe Zahl der Stimmen bei Wahlen sowie die nicht zu übersehenden Ermüdungserscheinungen bei ehemaligen Funktionsträgern sowie aktiven Parteimitgliedern gesehen. Das sind typische Probleme von kleineren Parteien mit ausschließlich ehrenamtlich tätigen Aktiven.

Aber zu den Stärken der ÖDP insgesamt gehören eine langjährige erfolgreiche kommunale Basis in Süddeutschland, die Durchsetzung politischer Ziele auf dem Rechtsweg und in Kampagnen. Dass die Mitglieder feste Überzeugungen und Werte haben und diese auch vertreten, gehört ebenfalls zu unseren Stärken. Viele Mitglieder wirken darüber hinaus in ihrem Umfeld oft auch als persönliche Vorbilder.

Daraus ergibt sich eine klare Zielsetzung: Konzentrieren wir uns auf unsere Stärken. Unterstützen wir die Mitglieder in ihren Werten und Überzeugungen, leben wir alle unsere Überzeugungen. Machen wir die ÖDP lebendig (noch mehr als bisher), entwickeln wir ein Parteileben auch außerhalb formaler Versammlungen und Parteitage. Gewinnen wir Mitglieder durch Vorbild und Bekenntnis. Investieren ja, aber keine Ressourcen (Zeit, Geld) verschwenden. Natürlich gehören dazu Spielregeln, also Geschäftsordnung und verbindliche Aufgabenverteilung. Klare Konzepte der Kommunikation sind ebenfalls vonnöten.

Als erste Konsequenz daraus wird vom Landesvorstand aktuell die Durchführung eines Strategieworkshops vorbereitet. Dazu sollen alle Funktionsträger auf Landes- und Kreisverbandsebene sowie interessierten Aktiven eingeladen werden, u.a. zum Thema Gewinnung aktiver Mitglieder.

Infos über den Landesverband auf www.oedp-niedersachsen.de oder auf Facebook

*Anschrift der ÖDP Niedersachsen:
Landesgeschäftsstelle, c/o Martin F. Dreß
Hogen Kamp 9, 26160 Bad Zwischenahn
Tel.: 00 44 03/ 699 00 09,
E-Mail: martin.f.dress@gmail.com*

*Martin F. Dreß, Landesvorsitzender,
Andreas Rohling, stellv. Landesvorsitzender,
Theo Gassmann, Beisitzer im Landesvorstand*

Baden-Württemberg

Vorbereitung der Landtagswahl

Mit einer aufsehenerregenden Aktion, die auch in der ARD-Tagesschau zu sehen war, übte die ÖDP unter Federführung des KV Main-Tauber am TTIP-Aktionstag

auf der zentralen Kundgebung in Stuttgart harsche Kritik an den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA: Schwarz gekleidete Sargträger mit Zylindern trugen drei große Särgel mit der Aufschrift „Demokratie“, „Sozialstaat“ und „Umweltschutz“. Todesanzeigen dazu wurden vorangetragen. Damit machten wir auf den drohenden massiven Abbau von Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards aufmerksam.



ÖDPler demonstrieren in der Landeshauptstadt Stuttgart gegen die geplanten Freihandelsabkommen. Foto von Wolfgang Rüter

Der letzte Landesparteitag stand inhaltlich unter der Überschrift „Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklichen“. Den Impuls zu dem aktuellen Thema gab in einem Gastvortrag die Geschäftsführerin der Evangelischen Frauen in Württemberg (EFW), Dina Maria Dierssen. „Gender Mainstreaming – was ist das?“ – so lautete der Titel ihres Vortrags, der das Ziel hatte, gängige Vorurteile über „Gender Mainstreaming“ zu entkräften. Nicht das Konzept an sich, sondern die Umsetzung des Konzepts führe zu Gleichmacherei. Hier setzte auch die Kritik von einigen Delegierten an, die sich deutlichere Worte zu eben dieser verfehlten Umsetzung gewünscht hätten.

Neben Ehrungen einiger Mitglieder für ihre 25-jährige Parteimitgliedschaft stand insbesondere die Landtagswahl 2016 im Mittelpunkt: Zum einen wurden zahlreiche Anträge zur Aktualisierung des Landespolitischen Programms verabschiedet, zum anderen wurde der flächendeckende Wahlantritt für alle 70 Wahlkreise einstimmig beschlossen.

Die Delegierten ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass die ÖDP bei der Landtagswahl 2016 in ganz Baden-Württemberg wählbar sein müsse, denn keine andere Partei habe unsere Kombination von zen-

tralen Programmpunkten zu bieten: eine umwelt- und menschenfreundliche Marktwirtschaft, frei vom Zwang zu ständigem Wachstum; konsequente Umweltpolitik; eine familienfreundliche Politik, die häusliche Erziehungsleistung nicht benachteiligt; eine Politik auf der Grundlage christlich-humanistischer Werte; ein Verbot von Konzernspenden an Parteien und von Politikerposten in Aufsichtsräten. Alle anderen Parteien unterscheiden sich in verschiedenen Punkten erheblich: Sie fordern ständiges Wirtschaftswachstum und messen dem Umweltschutz eine eher untergeordnete Rolle zu, folgen einem anderen Familien- und Gesellschaftsbild und nehmen ungeniert Konzernspenden an.

Damit wir in allen Wahlkreisen gewählt werden können, sind jedoch ein zielgerichtetes und strukturiertes Vorgehen sowie der Einsatz einer Vielzahl von Mitgliedern und Sympathisant(inn)en erforderlich. Da es im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Landesliste gibt, sondern 70 Wahlkreise, in denen jeweils ein(e) Bewerber(in) und nach Möglichkeit auch eine Ersatzperson aufgestellt werden müssen, benötigen wir zahlreiche Kandidierende. Die Unterschriftensammlung muss bei einem flächendeckenden Antritt in allen 70 Wahlkreisen erfolgen. Deswegen benötigen wir insgesamt rund 12.500 (10.500 plus Puffer) Unterstützungsunterschriften.

Wir bitten Sie daher dringend um Ihre Mitarbeit, damit wir den flächendeckenden Wahlantritt auch tatsächlich schaffen. 2011 sind wir in 63 Wahlkreisen angetreten und auf 0,9% gekommen. Mit dem Antritt in allen 70 Wahlkreisen und einem erfolgreichen Wahlkampf sollten wir bei der Landtagswahl 2016 ein gutes Stück besser abschneiden als vor fünf Jahren.

Abschließend noch der Hinweis, dass der nächste Landesparteitag am 13. und 14. Juni 2015 im Raum Stuttgart stattfinden wird. Schwerpunkte werden die Verabschiedung des Landespolitischen Programms, die Wahl der Bundesparteitags-Delegierten und der Stand der Vorbereitungen zur Landtagswahl 2016 sein. Außerdem ist ein Vortrag von Prof. Dr. Klaus Buchner, unserem Mitglied des Europaparlaments, zum Thema Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TiSA) vorgesehen. Die Frist für Anträge ist der 21. März 2015, die Frist für Änderungsanträge der 2. Mai 2015.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
(Tel. 0711/6364644, info@oedp-bw.de)*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
(Tel. 07121/880104, matthias.dietrich@oedp-bw.de)*

*Stellv. Landesvorsitzender Guido Klamt
(guido.klamt@oedp.de)*

Landtagswahl 2016 – Fragen und Antworten

Welche Voraussetzung besteht für eine flächendeckende Wahlteilnahme der ÖDP?

In allen 70 Wahlkreisen müssen ein(e) Bewerber(in) für den Landtag und nach Möglichkeit auch ein(e) Ersatzbewerber(in) aufgestellt werden. In jedem Wahlkreis müssen mindestens 150 Unterstützungsunterschriften gesammelt, bestätigt, beim Wahlamt abgegeben und von diesem für gültig erklärt werden.

Wer darf für den Landtag kandidieren?

Wer kandidiert, muss wahlberechtigt, deutsche(r) Staatsbürger(in) und am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sein und seit mindestens drei Monaten den Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg haben, wobei dieser auch außerhalb des Wahlkreises liegen kann. Die Kandidierenden müssen ÖDP-Mitglied oder parteilos sein und dürfen keiner anderen Partei angehören. Man darf in bis zu zwei Wahlkreisen als Bewerber(in) oder als Ersatzperson kandidieren.

Wie viele Mitglieder müssen bei der Aufstellungsversammlung anwesend sein, damit diese gültig ist?

Es müssen mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sein, die im Wahlkreis ihren Hauptwohnsitz haben.

Wie läuft die Sammlung der Unterstützungsunterschriften ab?

Bei der Sammlung benötigen wir die Mithilfe aller Mitglieder und auch Sympathisant(inn)en. Die gesammelten Unterschriften müssen im Einwohnermeldeamt des Wohnortes der unterschreibenden Person bestätigt werden.

Wie läuft der Informationsfluss zwischen den Kreisverbänden und dem Landesvorstand?

Für jeden Wahlkreis muss eine zuverlässige Person vorhanden sein, die die Sammlung koordiniert und am Ende für die Abgabe der bestätigten Unterschriften im Wahlamt sorgt. Diese Person wird vom Landesvorstand mit allen nötigen Informationen versorgt und informiert den Landesvorstand ihrerseits über den Stand der Dinge im Wahlkreis.

Die beiden Kontaktpersonen des Landesvorstands sind Guido Klamt und Matthias Dietrich. Guido Klamt erstellt eine Liste aller zur Verfügung stehenden Bewerber(innen), damit Wahlkreise ohne eigene Kandidierende mit Bewerber(inne)n versehen werden können. Ihm sind also alle potenziellen und auch die bereits gewählten Bewerber(innen) mitzuteilen. Matthias Dietrich ist für die reibungslose Kommunikation zwischen dem Landesvorstand und den Kontaktpersonen

der Wahlkreise hinsichtlich Aufstellungsversammlung und Unterschriftensammlung zuständig.

Nordrhein-Westfalen

NRW wählt neuen Landesvorstand und rüstet sich gegen die 3%-Hürde

Auf dem vergangenen Landesparteitag am 25./26.10. haben die Delegierten unter Beisein von Prof. Dr. Klaus Buchner (MdEP) einen neuen Landesvorstand gewählt. Der 26-jährige Bochumer Student Benjamin Jäger wurde mit 85% der Stimmen neuer Landesvorsitzender. Seine Stellvertreter sind Martin Schauerte (Windeck) und Christopher Lang (Wetter). Auf Vorschlag des neu gewählten Landesvorsitzenden wählte der Landesparteitag den 59-jährigen Kommunalbeamten Arno Kohlert aus Eschweiler zum Landesgeschäftsführer. Er hatte dieses Amt vorher kommissarisch wahrgenommen. Istvan Bella wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt und der langjährige Landesvorsitzende Gerd Kersting (Münster), der die Partei in NRW acht Jahre lang führte und sich auf dem Parteitag für einen Generationswechsel aussprach und daher nicht wieder zur Wahl antrat, komplettiert zusammen mit Wolfgang Seemann (Bad Driburg), Dr. Herbert Einsiedler (Neuss) und Dorothea Sternhoff-Haeb (Bochum) als Beisitzer den Landesvorstand.

„Wir sind bereit, die nordrhein-westfälische ÖDP nach vorne zu bringen und werden mit neuen Wegen aktiv in die außerparlamentarische Opposition gehen“, so Benjamin Jäger. „Dies betrifft auch die von den Regierungsparteien angedachte 3%-Hürde für Kommunalwahlen, die in der Landesverfassung verankert werden soll. Erste Gespräche mit möglichen Partnern



(v.l.n.r.) Martin Schauerte, Arno Kohlert, Gerd Kersting, Dr. Herbert Einsiedler, Benjamin Jäger, Christopher Lang, Dorothea Sternhoff-Haeb, Wolfgang Seemann

gegen die Hürde sind bereits angelaufen“, so der Landesvorsitzende weiter. Die ÖDP-NRW rechnet mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und wird die Prozessverfahren der letzten Jahre dafür nutzen.

Prof. Dr. Klaus Buchner (MdEP) berichtete von seiner Tätigkeit im Parlament und versicherte NRW seine zukünftige Unterstützung. Der Landesvorstand wird die zwei kommenden wahlfreien Jahre für Basisarbeit nutzen, um eine Grundlage für die nächste Landtagswahl 2017 zu schaffen.

Kontakt: Martin Schauerte, stellv. Landesvorsitzender

Berlin

Berlin hat gewählt!

Am Samstag, 29.11.2014 wurde der neue Berliner ÖDP-Landesvorstand mit überzeugender Mehrheit gewählt. Die Stimmung war seit dem großen EU-Wahlerfolg des scheidenden Landesvorsitzenden Prof. Dr. Klaus Buchner feierlich, hoffnungsvoll und wehmütig in einem. Der langjährige Landesvorsitzende Prof. Buchner übergab den Staffstab an Dr. Matthias Nitschke, einem gebürtigen Berliner und ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden.



Verabschiedung von Prof. Dr. Klaus Buchner durch Dr. Matthias Nitschke

Dr. Nitschke freut sich, gemeinsam mit dem neuen und alten Schatzmeister Prof. Dr. Martin Schwab, dem Stellvertretenden Ronny Kraft und Larissa Dloczik sowie mit Claude Kohnen zusammenzuarbeiten, und hofft, dass sich in Hinblick auf die kommende Berlinwahl 2016 ein gutes und aktives Team gefunden hat.

Wir, der Landesverband Berlin, wünschen Prof. Dr. Klaus Buchner alles Gute und Beste für seine weitere Laufbahn und hoffen, dass die enge Zusammenarbeit in Berlin – Bundespressearbeit, EU-Büro und Landesverband Berlin – in Zukunft einen Schmelzriegel für neue Ideen und Innovationen für die gesamte Bundes-ÖDP bietet.

ÖDP Berlin, Dr. Matthias Nitschke,
Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin,
Tel.: 030 /49 85 40 50, E-Mail: info@oedpberlin.de

BAK Christen und Ökologie wählt neuen Vorstand

Die Mitglieder des ÖDP-Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie trafen sich vom 19. bis 21. September 2014 zu ihrer Herbst-Mitgliederversammlung im Kloster Lichtenenthal in Baden-Baden. Der Vorstand freute sich dabei auch über zwei neue Mitglieder.

Wir erlebten drei schöne Tage bei meist gutem Wetter, obwohl wir eine umfangreiche Tagesordnung abarbeiten mussten. Dazu gehörte aber auch wieder der traditionelle Spaziergang, der diesmal durch den Kurpark von Baden-Baden und zur Russischen Kirche führte.

Unsere Tagung begann jedoch schon am Freitagabend mit Überlegungen zu den Andachten bei den Bundesparteitagen, die regelmäßig vom Bundesarbeitskreis angeboten werden. Am Samstagvormittag hörten wir einen interessanten Vortrag von Herrn Peter Kinast, einem Vertreter der Organisation „Open Doors“, die sich weltweit gegen Christenverfolgung einsetzt.

Wir bekamen einen recht ausführlichen Einblick in die Dimension und die Grausamkeit von Verfolgung heutzutage. Anschließend stellte unser Vorsitzender Dirk Uehlein das neue Buch „Sabbat-Ökonomie – Genug für alle“ des ÖDP-Kreisvorsitzenden Peter Hiltner aus Hof vor, das auch zum Kauf angeboten wurde.

Die Versammlung beschloss die Teilnahme am evangelischen Kirchentag, der vom 3. bis 7. Juni 2015 in Stuttgart stattfindet. Beim nächsten Frühjahrstreffen soll über die inhaltliche Arbeit am Stand im Bereich des „Markts der Möglichkeiten“ beraten werden. Der Samstagabend war reserviert für die Neuwahl des Vorstands. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidierten wieder für ihre Positionen und wurden wiedergewählt.

Als Vorsitzender wurde Dirk Uehlein bestätigt, sein Stellvertreter ist Martin Weinmann, als Beisitzer fungieren Michael Andres, Axel Gebhardt und Dieter Niessner. Am Sonntag berieten wir das Layout unseres Falblattes, das einer Überarbeitung bedarf, ehe wir unsere Heimreise antraten. Wieder war ein schönes verlängertes Wochenende viel zu schnell vorüber. Ergänzt wurden unsere Beratungen mit Andacht und Gottesdienst in der Klosterkirche, mit den guten Mahlzeiten aus der Klosterküche und an beiden Abenden mit geselligem Beisammensein.

Wer Interesse an unserem Arbeitskreis gefunden hat, kann sich gerne unter bakchristen@oedp.de anmelden. Das nächste Treffen findet vom 20. bis 22. März 2015 im Kloster Selbitz bei Hof statt.



dkecher / photocas.de

ÖDP stellt sich hinter Hebammen und Eltern

Der Bundesparteitag 2014 verabschiedete eine Resolution zur derzeitigen Hebammensituation und eine Ergänzung des Bundespolitischen Programms zum Thema „Sicherung der natürlichen Geburt“. Mechthild Hofner, Hebamme und Kreisrätin der ÖDP Dachau, sowie Franziska Kliemt, 2. Stellvertretende Vorsitzende ÖDP-Hessen und Mitglied des „Elternprotest Hebammenunterstützung“, trafen am 03.11.2014 die CSU-Bundestagsabgeordneten und Mitglieder des Gesundheitsausschusses Charles M. Huber; Emmi Zeulner und Stephan Stracke zu einem informativen Gespräch. Im intensiven Austausch wurden die jeweiligen, teilweise unterschiedlichen Positionen zur derzeitigen Haftpflichtproblematik dargestellt und erläutert.

Aufgrund der prekären Situation der Hebammenversorgung sowie der schlechten Versicherungslage, die durch den aktuell vorgelegten Gesetzentwurf nicht gelöst wird, wurden zwei Initiativanträge an den Bundesparteitag der ÖDP in Erlangen, der am 15./16.11.2014 stattfand, gestellt, die zugelassen und positiv diskutiert wurden. Gemäß ihrer programmatischen Ausrichtung zu Friedfertigkeit, Respekt und Achtung vor allem Leben verabschiedeten die Bundesparteitagsdelegierten den folgenden Antrag:

Hebammenresolution

Die ÖDP wird in Kürze die Bundesregierung zu einer langfristigen Lösung für das Haftpflichtproblem der deutschen Hebammen auffordern. Die ÖDP fordert einen grundlegenden solidarischen Systemwechsel durch die Einrichtung eines staatlichen Haftungsfonds, ggfs. ergänzt durch eine Definition der Haftungsobergrenze.

ÖDP-Programm-Ergänzung „Natürliche und gewaltfreie Geburt – Grundlage für Bindung und Keimzelle einer Gesellschaft“: Das Kapitel III im Bundespolitischen Programm „Leben schützen – von Anfang bis Ende“ wird durch den Unterpunkt „Natürliche und selbstbestimmte Geburt“ vervollständigt. Die Bundesprogrammkommission wird, ggf. gemeinsam mit dem BAK Familie und Soziales, dieses Kapitel ausformulieren.

Zur Diskussion gestellt

„Quo vadis, ÖDP?“ Thesen zur zukünftigen Parteiarbeit

Seit vielen Jahren bin ich in der ÖDP aktiv. Beim Bundespartei-tag habe ich einige Gedanken vorgetragen und darauf Zustimmung und Widerspruch erhalten. Auf vielfachen Wunsch möchte ich diese – überarbeitet – zur Diskussion stellen.

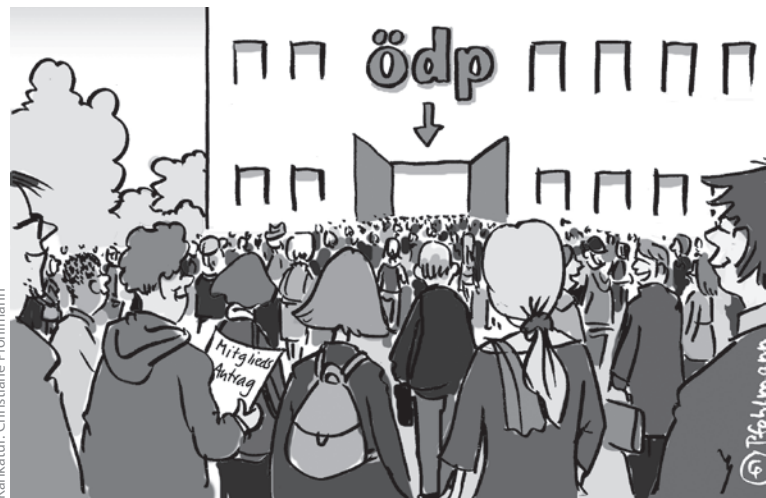
von Werner Roleff

Wir sind gemeinsam ÖDP

In den letzten Jahren haben wir diverse Erfolge erzielt. Vieles ist nur dank guter Kooperation gelungen:

- Stimmenzuwächse bei Wahlen (Bundestag, Landtag, Kommunalwahl, Europawahl)

vieler Aktiver vor Ort. Der bisherige Bundesvorstand hat häufigere Landesvorstände-Treffen initiiert, um Leitungs-Verantwortung gemeinsam und solidarisch wahrzunehmen. Landesverbände sind dabei – wie im föderalen System –



- Steigerung kommunaler Mandate auf ca. 460 (v. a. Bayern) + EU-Mandat
- Grundsatzprogramm und Website neu
- Erfolgreiche Klage gegen die 3%-Hürde bei der Europawahl
- Fundraising: 30% mehr Spenden
Dies ist möglich geworden durch ein Miteinander aller Ebenen und

grundsätzlich gleich wichtig. Ein Modell: die Einrichtung eines „Länderrats“?!

Innerparteiliche „Schräglage“?

Ein „Süd-Nord-Gefälle“ in der ÖDP?! Nach meinen Erfahrungen deutet manches darauf hin. Gibt es zum Teil eine „Schere“ im Kopf, die das Miteinander erschwert: Hier

zwei Drittel der Mitglieder (Bayern) – dort ein Drittel (übrige Länder – der „Rest“)? Meinungsunterschiede sind selbstverständlich. Doch es geht meines Erachtens um grundsätzlichere Fragen.

Die Fakten: Zahlenmäßig dominieren die bayerischen Bundesparteitags-Delegierten, da sich der Delegierten-Schlüssel an der Mitgliederzahl orientiert. Ein großer Teil staatlicher Mittel für Landtagswahlen und Europawahlen sowie Wahlkampf-Zuschüsse des ÖDP-Bundesverbandes gehen an die ÖDP Bayern, die ihrerseits den Löwenanteil zum Bundesetat beiträgt.

Meine These: Es gibt in der ÖDP ein strukturelles und finanzielles Gefälle zwischen Bayern, den übrigen Landesverbänden und dem Bundesverband. Ich sehe große Verdienste der ÖDP Bayern – starke Schultern tragen mehr. Wenn wir ALLE erfolgreicher sein wollen: Wie sehen Reformen für mehr Balance aus? Ermutigende Worte allein reichen nicht aus – sie wollen von konkreten Taten begleitet werden.

Ein Beispiel: Bei der EW 2009 hat der Bundesvorstand unter Prof. Buchner entschieden, 6.000 Euro für Profiplakatierung in Köln zu sponsern; Ergebnis: Die Stimmenzahl wurde nahezu verdoppelt!

Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion!

Werner Roleff,
Jahrgang 1962,
Pastoralreferent, ist
seit 2003 Vorsitzender der ÖDP
Köln/Bonn und war
von 2009 bis 2014
Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand. Er ist
Mitglied der Bundesantragskommission.



werner.roleff@oedp.de

Wachstum ohne Grenzen? Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
- Schnuppermitglied
- Förderndes Mitglied

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Handy

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtstag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche
 - halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

X
Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommersgasse 1 | 97070 Würzburg
Tel. 09 31 / 4 04 86 - 0 | Fax 09 31 / 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung!

Unsere Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr.: 981 52 00 | BLZ: 700 205 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01 | BIC: BFSWDE33MUE

Vielen
Dank!

Vom Generalkonservator zum Stadtrat

„CSU stand nie zur Debatte“

er war bis Ende November 2013 als Generalkonservator Chef des Landesamtes für Denkmalpflege und damit Bayerns oberster Denkmalschützer. Im März 2014 kandidierte der Historiker auf Platz 9 der ÖDP-Stadtratsliste und schaffte auf Anhieb den Sprung in den Stadtrat. Die ÖDP ist dort mit 14% und sechs Mandaten drittstärkste Partei und stellt mit Urban Mangold den zweiten Bürgermeister.

Interview mit Prof. Dr. Egon J. Greipl

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Greipl, was hat Sie dazu bewogen, auf der Stadtratsliste der Passauer ÖDP zu kandidieren? Wie kam es dazu?

Prof. Dr. Egon J. Greipl: In allen Kulturkreisen und zu allen Zeiten haben es die Menschen für gut gehalten, sich des Rates der älteren und im Leben erfahrenen Leute zu bedienen. Die Römer hatte ihren Senat (senex = alter Mann, Greis), der slawische Kulturkreis bezeichnet den Bürgermeister als starost (star = alt), Völker in Afrika und Asien haben Stammesälteste. Weil es gut ist, wenn die Älteren mit Rat und Tat für das Gemeinwesen zur Verfügung stehen, habe ich kandidiert.

Über meinen alten Klassenkameraden und Freund Bernhard

didiere, und ich habe spontan Ja gesagt.

„Bewahren, nicht plündern“ war bereits das Leitmotiv in der Gründungszeit der ÖDP. Anfang der 80er-Jahre ging es dabei in erster Linie um die bedrohte Biosphäre. Vom Umweltschutz zum Denkmalschutz ist aber kein weiter Weg. Sind diese beiden Politikfelder für einen echten Wertkonservativen vielleicht sogar die zwei Seiten einer Medaille?

Ja, es sind die zwei Seiten derselben Medaille. Ohne jede Frage.

Auf die Idee, bei der CSU zu kandidieren, wären Sie also gar nicht gekommen?

Ich war zeitweise Mitglied der CSU und es gab auch in Passau ein Angebot für die Kandidatur als Par-



Prof. Dr. Egon J. Greipl, Jahrgang 1948, Historiker, war bis zu seiner Pensionierung im November 2013 als Generalkonservator Chef des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege. Prof. Greipl ist verheiratet, Vater von drei Kindern und wohnt in der Passauer Altstadt. Dem Passauer Stadtrat gehört er seit Mai 2014 an und ist für die ÖDP-Fraktion Mitglied in folgenden Ausschüssen: Bauen und Liegenschaften, Kultur, Stadtentwicklung und Verkehr, Stiftungen, Werkausschuss Seniorenstift, Verwaltung und Personal.

Feldern Federalismus, Wachstumspolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik, Kulturpolitik und Denkmalschutz ist entweder unkenntlich

oder es ist so, dass es mir nicht entspricht.

In Passau gibt es nicht nur ein außergewöhnliches städtebauliches Erbe. Diese Stadt ist eingebettet in drei Flüsse und ein außergewöhnlich artenreiches Umland. Erklärt das vielleicht die hohe Zustimmung für konservative Umweltschützer?

Es mag sein und ich hoffe es sehr, dass das großartige Passauer Erbe die Menschen davon überzeugt, wie falsch es ist, einen Gegensatz zwischen Bewahren und Bewegen zu konstruieren. Bewegen an sich ist, ebenso wenig wie das Wachstum an sich, kein Wert. Da fehlen doch die entscheidenden Fragen: Was sind die Ziele, wohin und wie schnell wollen wir uns bewegen oder wie, wo, wohin und wozu wollen wir wachsen? Auf den Punkt gebracht: Auch das Hamsterrad bewegt sich, nämlich im Kreis, und keiner will drin sitzen. Und auch der Krebs ist Wachstum, nur an der falschen Stelle und mit ganz unerwünschten Folgen. Aber: Auch das Bewahren an sich kann kein Wert sein. Auch hier müssen wir die Fragen nach dem Wo und Warum stellen!

Finden Sie die CSU mit ihrem Bekennnis zum „immer mehr“ eigentlich noch konservativ?

Nein. Weil sie nicht an der Spitze der gesellschaftspolitischen Analyse und nicht an der Spitze des wirklichen gesellschaftspolitischen Fortschritts marschiert.

Was wären Ihre drei wichtigsten Wünsche an eine zukunftsorientierte Politik?

Es geht um aufrichtige, professionelle Analysen des gegenwärtigen Zustandes, und es geht um die Formulierung langfristiger Ziele: Es geht beispielsweise um einen aktuellen Flächennutzungsplan, um ein integriertes Kultur- und Tourismuskonzept, um ein Verkehrskonzept,



Bayerns ehemaliger Generalkonservator hat auf Anhieb den Sprung in den Passauer Stadtrat geschafft und arbeitet dort engagiert in der sechsköpfigen ÖDP-Fraktion (v. l.): Urban Mangold, Prof. Dr. Egon Greipl, Fraktionschef Paul Kastner, Michael Geins, Franz Prügl und Oliver Robl.

das das schon abzusehende Sterben ganzer Stadtteile verhindert. Es geht um eine städtische Entwick-

Wir müssen die Frage beantworten: Wie soll unsere Stadt in 30 Jahren aussehen und was müssen

„Urban Mangold hat mich gefragt, ob ich kandidiere, und ich habe spontan Ja gesagt.“

lungspolitik, die nicht von den Vorgaben von Investoren diktiert wird, sondern von den Interessen des Gemeinwohls, von städtebaulicher Qualität, von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.

wir tun, damit wir dorthin kommen? ■

Das Interview führte Konrad Horsch, Praktikant in der ÖDP Landesgeschäftsstelle Bayern.

Politischer Aschermittwoch der ÖDP Bayern

am 18.02.2015, 12:00 Uhr

in Landshut, Siemensstr. 2, Gaststätte des ETSV

Gastredner ist der Energiespeicher-Experte Prof. Dr. Michael Sterner (Regensburg)

Suttner, einen der ÖDP-Vordenker, verfolge ich seit Jahrzehnten die Entwicklung der ÖDP. Ich habe als Parteiloser auf dieser Liste kandidiert, weil das Programm der ÖDP am ehesten meine gesellschaftspolitischen Vorstellungen ausdrückt.

Konkret in Passau: Urban Mangold hat mich gefragt, ob ich kan-

teiloser auf der CSU-Liste. Ich habe vor Jahren die CSU verlassen und wollte auf einer CSU-Liste nicht kandidieren. Vor allem deshalb, weil diese Partei seit Jahren einen unreflektierten, wirtschaftshörigen und neoliberalen Kurs vertritt, dem ich nicht mehr folgen kann. Das Profil der CSU, vor allem auf den

Zusammengestellt von Pablo Ziller



ÖDP: Pegida bekämpft das falsche Übel!

(10.12.2014) Angesichts der zunehmenden Proteste von Rechtspopulisten und Rechtsextremen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland, äußert sich die Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, zu den Protesten.

„Mit großer Sorge beobachten wir die Instrumentalisierung von Bürgerinnen und Bürgern durch rechtsradikale Gruppierungen und rechtspopulistische Parteien! Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber – Aufklärung tut Not“, so Gabriela Schimmer-Göresz. „Wenn wir uns jetzt als Gesellschaft von einigen Wenigen auseinanderdividieren lassen, werden wir die großen globalen Herausforderungen nicht bestehen, sondern uns in finsterster Steinzeit-Manier die Köpfe einschlagen.“ Für Schimmer-Göresz sitzen die Verantwortlichen aber auch mit in den vordersten Reihen der Politik. Wer eine Politik für Lobbyisten und gegen die Interessen und Ängste der Menschen mache, sei maßgeblich mit für das verantwortlich, was sich nun auf den Plätzen der Städte in unserem Land abspiele.

Sie habe ein gewisses Verständnis für die geäußerten Ängste man-

cher Bevölkerungsteile, warne aber davor, ungewollt in die Fänge von Rechtsextremen, religiösen Fanatikern und Rassisten zu geraten. Der Ruf nach einer Verschärfung des Asylrechts gehe an den wahren Notwendigkeiten der Gesellschaft vorbei. „Deutschland ist und war immer ein Einwanderungsland!“ Nicht das Asylrecht sei zu verschärfen, sondern ein auf Wachstum getrimmtes, ausbeuterisches und rein



Gabriela Schimmer-Göresz

neoliberales Wirtschaftssystem müsse überdacht und korrigiert werden. Solange wir global auf ausgrenzenden Freihandel setzen, nehmen wir in Kauf, dass Menschen aus purer Not und Verzweiflung ihre Heimat verlassen müssen. Wir nehmen sogar in Kauf, dass diese ausgrenzende

Wirtschaft tötet, und sind dabei, mittels verschiedener Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA und vor allem durch das ältere Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) die prekäre Situation in den armen Ländern noch zu verschärfen. Steigende Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit, Gefährdung der Ernährungssicherheit und Verlust der Lebensgrundlagen in den AKP-Staaten erhöhen den Migrationsdruck. Flucht vor Krieg oder korrupten Regierungen tue ein Übriges.

Auch das Abwerben von gut ausgebildeten Eliten aus weniger entwickelten Ländern (Brain Drain) verschärfe das Problem. Schimmer-Göresz erwartet daher von der Politik keine „Pseudo-Besorgnis“ ob „Pegida“, sondern Lösungen, die an die Wurzel des Übels – einem zunehmenden Neokolonialismus – gehen, der alles früher Dagewesene sprengt.

Den „C“-Parteien möchte die ÖDP-Vorsitzende ans Herz legen, sich an die christliche Tugend der Nächstenliebe zu erinnern und die Toleranz gegenüber anderen Religionen zu betonen, statt durch hetzerische Stammtisch-Parolen à la CSU den äußersten rechten Rand einzufangen.

Klimagipfel in Lima bringt ernüchterndes Ergebnis

(16.12.2014) Der Klimagipfel in Lima ist am Wochenende mit einem ernüchternden Ergebnis zu Ende gegangen. Ob im nächsten Jahr ein internationales Klimaabkommen folgt, steht nach wie vor in den Sternen. Die traurige, weihnachtliche Botschaft an die Welt: Klimaschutz bleibt ein schwieriges Feld der internationalen Politik.

In dieser Situation, in der Politik die dringenden Probleme des Planeten offensichtlich nicht zu lösen bereit ist, fordert die amtierende Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, die Bürgerinnen und Bürger zum individuellen Handeln auf: „Im Prinzip

ist schon das 2-Grad Ziel, über das in Lima verhandelt wurde, keine Lösung für den Planeten“, sagte die Politikerin. „Wenn sich Politik als handlungsunfähig erweist, so müssen ab sofort die Bürgerinnen und Bürger – dem Ernst der Lage angemessen – die Sache selbst in die Hand nehmen und ein starkes Zeichen an die Politik senden“, appelliert Schimmer-Göresz.

Auf der individuellen Ebene könne der Verbraucher und Konsument viel bewirken. Sei es durch das Vermeiden von Flugreisen oder die Kompensation von ausgestoßenem CO₂ durch freiwillige Spenden. Auch eine regionale und saisonale Ernährung, ein geringer Fleischkonsum sowie das Vermeiden von Müll, insbesondere Plastikmüll, gehören demnach zu aktivem Klimaschutz dazu. Öfter mal zu Fuß gehen oder den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, auch die Reparatur von alten Elektrogeräten oder anderen Verbrauchsgegenständen könne ein wichtiger Beitrag zu weniger Ressourcenverbrauch sein. „Die Wende zu einem Wohlstand ohne Wachstum und Klimazerstörung kann gelingen“, ist sich Schimmer-Göresz sicher, wenn wir alle unseren Beitrag leisten. Von der Bundesregierung erwartet die ÖDP-Politikern als ersten glaubwürdigen Schritt den Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen, die sich im Jahr 2010 auf 52 Milliarden Euro belaufen hätten.

Schützt unsere Böden und unser Trinkwasser!

(16.01.2015) Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), ein von der Bundesregierung eingerichtetes Beratungsgremium zu umweltpolitischen Fragestellungen, hat

die hohen Einträge von Stickstoffverbindungen in unsere Umwelt in einem diese Woche veröffentlichten Sondergutachten bemängelt.

Vor allem die intensive Nutzung der Böden durch die industrielle Landwirtschaft leiste durch massive Düngung den größten Beitrag. Die Emissionen durch Verbrennung von Kohle und Öl, auch im Straßenverkehr, verschärfen das Problem zusätzlich. In der Folge wird unser Grundwasser zunehmend mit Nitrat verunreinigt, was die Gesundheit der Menschen stark belastet und daher unsere Lebensgrundlage existenziell bedroht.

Die Europäische Kommission hat das Problem erkannt und Deutschland wegen seiner hohen Nitratwerte im Grundwasser ermahnt. Wasserwerke in Deutschland haben mittlerweile zunehmend ein Problem, Trinkwasser ohne Überschreitung der zulässigen Grenzwerte bereitzustellen. Die steigenden Kosten für die Reinigung des Wassers werden gleichwohl auf die Verbraucher umgelegt. „Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, wie das derzeitige Wirtschaftssystem den Profit Einzelner begünstigt, während Umwelt und Allgemeinheit mit den Folgen zurechtkommen müssen. ‚Mensch vor Wirtschaft‘ – das ÖDP-Motto trifft unsere politischen Vorstellungen auch hier wieder im Kern“, so Ludwig Maier, Biobauer und Mitglied des Bundesvorstandes der ÖDP. „Deutschland hat in der Vergangenheit dem massiven Höfesterben tatenlos zugesehen und es durch falsche Förderentscheide sogar noch

begünstigt. Die logische Folge dieser Politik ist die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft mit der Abkehr von einer bodengebundenen Tierhaltung und der massiven Intensivierung des Ackerbaus. Das rächt sich jetzt, denn unsere Böden halten diese Belastung nicht mehr länger aus!“, empört sich Maier.



Ludwig Maier

Daher fordert Ludwig Maier ein radikales Umdenken in der Politik und auch beim Deutschen Bauernverband, der schärfere

Regelungen zum Ausbringen von Gülle auf den Feldern mit großen Vorbehalten begleitet. Gleichzeitig begrüßte er die Vorschläge des SRU nach einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf tierische Produkte. „Hierbei darf jedoch der soziale Ausgleich für Geringverdiener nicht aus dem Blick verloren werden!“, so Ludwig Maier. Auch unterstützte er die Forderungen des SRU, die Politik möge einen geringeren Fleischkonsum in öffentlichen Kantinen und Mensen deutlicher fördern.

„Die Kritik an diesen Zuständen ist schon seit jeher ÖDP-Programm! Wir haben eine Landwirtschaft mit Fleischfabriken, die Billigfleisch unter großen Qualen für das Tier produzieren, satt! Wir haben es auch satt, dass die bäuerliche Landwirtschaft, die biologische Vielfalt und die Bodenfruchtbarkeit unter die Räder kommen. Deshalb demonstrieren wir ÖDPler am morgigen Samstag mit tausenden anderen Verbraucherinnen und Verbrauchern gegen das jetzige Landwirtschaftssystem und die Lebensmittellobby auf der Demo ‚Wir haben es satt!‘ in Berlin.“

Zur Ausgabe 164 mit dem Titelthema „Digitalisierung des Alltags“

Höchstes Lob

Höchstes Lob für alle 10 Artikel der Reihe „Digitalisierung des Alltags“. Respekt und Anerkennung gilt der ÖDP, die leider die einzige Partei ist, die sich mit dieser Problematik intensiv auseinandersetzt. Unbedingt so weitermachen!

Dass die immer mehr zunehmenden Funktechnologien einen schädlichen Einfluss sowohl auf die körperliche Gesundheit als auch auf Psyche und Moral des Menschen haben, ist mittlerweile unumstritten. Zahllose Bücher, Zeitschriften und Dokumentarfilme sind zu diesem Thema schon erschienen. Wann wachen Bevölkerung und Politiker endlich auf und ziehen hier eine vernünftige Bremse, anstatt diese krank und süchtig machenden Techniken bis zur Verrücktheit weiter voranzutreiben?!

Uwe Köhler, 07570 Weida

Zum Artikel „Dauerstrahlung, Dauerstress, Burn-out“ von Peter Hensinger

Vage Vermutungen

Vielen Dank für den informativen und gut recherchierten Beitrag von Peter Hensinger. Auch wenn es naheliegend und plausibel erscheint, dass Mobilfunkstrahlung zu psychischen Erkrankungen beiträgt, so gelingt es nicht, dies anhand von Studien zu belegen, sondern es bleibt bei vagen Vermutungen. Hier sollten wir uns im Interesse unserer Glaubwürdigkeit wirklich auf Fakten beschränken.

Problematisch wird es, wenn im Artikel behauptet wird, „ADHS und andere psychische Krankheiten“ würden wegen Mobilfunk „seit 15 Jahren drastisch zunehmen“. Erstens ist ADHS ursächlich eine organische und keine psychische Störung, zweitens hat ADHS nicht seit 15 Jahren zugenommen und drittens sollten wir nicht wie viele andere Interessensgruppen auch versuchen, alle möglichen unbelegten Ursachen für ADHS verantwortlich zu machen!

Richtig ist: ADHS hat nichts mit Mobilfunk zu tun, nichts mit Fernsehen zu tun, nichts mit schlechter Erziehung zu tun, nichts mit mangelnder Bewegung zu tun, nichts mit Verwahrlosung zu tun, nichts mit Zucker zu tun, nichts mit fehlenden Vitaminen und nichts mit Medienüberflutung zu tun! Auch hat ADHS kei-

neswegs zugenommen, wie Peter Hensinger behauptet! ADHS ist eine genetisch vererbte neurobiologische und inzwischen nachweisbare Störung der Reizübertragung an den Synapsen im Gehirn. ADHS gab es schon immer, aber die Diagnostik und das Wissen darüber haben sich verbessert. ADHS macht sich schon im frühen Kindesalter bemerkbar, wenn noch gar kein Umgang mit Mobilfunk besteht, auf dem Land genauso wie in der Stadt.

Im Interesse der von ADHS betroffenen Menschen sollten wir es also unterlassen, derartige Vermutungen unbelegt in den Raum zu stellen!

Bernward Kamps, 57413 Finnentrop

Antwort

In meinem Artikel habe ich geschrieben: „Auffällig ist, dass Burn-out, ADHS und andere psychische Krankheiten bei Jugendlichen und Erwachsenen seit 15 Jahren drastisch zunehmen – also parallel zum Vormarsch der Mobilfunktechnologie.“

Damit behaupte ich keinen monokausalen Zusammenhang. Dass die Statistik keine Scheinzusammenhänge zu Verhaltensstörungen herstellt, ergibt sich aus Hinweisen aus vielen Forschungen. So ergab die epidemiologische Studie von Divan (2013), die Daten von 29000 Kindern auswertete, dass Verhaltensstörungen stark zunehmen, wenn die Mütter während der Schwangerschaft das Handy nutzen¹. Eine südkoreanische Studie² weist nach, dass Kinder, die mobil telefonieren und gleichzeitig erhöhte Bleiwerte im Blut haben – diese Vorschädigung haben heute viele Großstadtkinder – vermehrt ADHS haben. In Diagnose-Funk Brennpunkt³ werden Studien aus der WHO-Referenz-Datenbank zu diesen Zusammenhängen dokumentiert. Wenn ADHS eine genetische Komponente hat, so wissen wir aus neuen Erkenntnissen der Epigentik, dass äußere Ursachen sie aktivieren, Symptome verstärken können und umgekehrt.

Peter Hensinger, 70197 Stuttgart

Quellen:

- » 1 <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/21138897?dopt=Abstract>
- » 2 <http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0059742#abstract0>
- » 3 http://www.diagnose-funk.org/assets/df_bp_wlan_2013-05-09.pdf

Zum Beitrag von Dr. Claudius Moseler

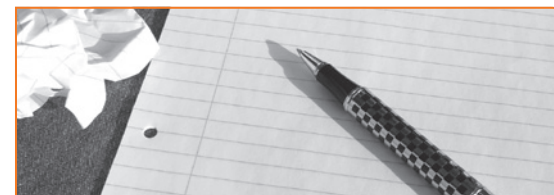
Ohnmacht

Die in mehreren Artikeln dieser ÖP beschriebene Entwicklung der medien- und funkgesteuerten Gesellschaft ist tatsächlich geeignet, Panik hervorzurufen oder zumindest doch starke Ohnmachtsgefühle.

Fast genauso fühle ich mich angesichts des Beitrags von Dr. C. Moseler, unseres Generalsekretärs. Zur „Zukunft der ÖDP“ kommt ihm nicht ein Mal eine Verbindung zur Familienpolitik in den Kopf. Die Grünen will er „entzaubern, insbesondere in ökologischen Fragen (...), Hochmoselübergang (...), Fluglärmpausen.“ Kein Wort zu rot-grünen Bestrebungen, die Familie als Keimzelle des Staates abzuschaffen, zu Bildungsplänen, die den tabulosen Sexkonsum schon in der Grundschule als Menschenrecht implementieren, zum die Gesellschaft schleichend von innen zersetzenden Gender-Mainstreaming.

Schon klar: Das Thema ist vermintes Gelände. Aber brauche ich eine Partei, die sich hasenfüßig darum herumdrückt? Und: Das verbreitete Phänomen des Burn-out ist mindestens ebenso plausibel mit der Doppelbelastung der Eltern durch die politisch angestrebte Vollzeit-Erwerbstätigkeit beider Partner und der Vollzeit-Fremdbetreuung schon der Kleinstkinder begründbar wie mit der Mobilfunkstrahlung! Mit dem Schutz der Familie nach Art. 6 GG sind sogar die sogenannten Konservativen angreifbar und bloßzustellen. Die AfD macht es vor! Aufwachen ÖDP!

Gertrud Martin, 78048 VS-Villingen



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. März 2015** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Antwort

Für die Familienpolitik der ÖDP werde ich mir das Programm der ÖDP zum Vorbild nehmen und nicht Parolen der rechtskonservativen AfD. Ja, das Thema Familienpolitik habe ich in diesem Beitrag nicht thematisiert, wie weitere wichtige ÖDP-Themen auch nicht. Nein, nach wie vor sind für mich die Ökologie, die Familienpolitik und die Demokratie die drei wesentlichen programmatischen Säulen unserer Partei. Dies soll auch so bleiben. Aber klar ist auch, dass die ÖDP eine Politik betreibt, die sich an christlichen und humanistischen Weltbildern orientiert. Dies gilt für mich auch für die Familienpolitik. Leider müssen wir uns aber auch bei allen Idealen den realen Verhältnissen in unserer Gesellschaft politisch stellen.

Dr. Claudius Moseler, 55118 Mainz

Zum Artikel „Reform des Wahlrechts“

Wo bleibt der Klimawandel

Ein Jugendlicher engagiert sich; er will mitwirken bei der Gestaltung der Welt bezüglich Naturschutz und Politik. Das erkenne ich an. Im örtlichen Bereich liegen Aktion und Reaktion nahe; ungewollte Folgen von Entscheidungen sind leichter korrigierbar. In diesem Bereich mögen Jugendliche sich bei Initiativen einbringen und auch wählen. Hier mögen sie die Erfahrung machen, dass es auf das Wohl des Ganzen ankommt. Für Entscheidungen im Bereich großer Politik fehlt meines Erachtens zu leicht die wertvolle Lebensreife. Dazu gehört die Erfahrung, dass man Informationen nicht einfach übernehmen darf, sondern sie intensiv und erkenntnisoffen prüfen muss. Was weiß ein Jugendlicher vom Klimaschutz? Hatte er überhaupt Gelegenheit, sich umfassend zu informieren? Dass die Erde eine Scheibe ist, glaubt wohl niemand mehr; ich glaube aber erst seit meinen 60er-Jahren nicht mehr, dass CO₂ eine Klima-Erwärmung bewirkt, nachdem ich zum einen einleuchtende Gegenargumente kennengelernt hatte und nachdem ich Kenntnis bekam von gezielten Behinderungen dieser Gegenargumente aus dem politischen Raum.

Wie kürzlich Prof. Dr. Werner Kirstein, Institut für Geographie der Universität Leipzig, in einem öffentlichen Seminar zum Thema „Wo bleibt der Klimawandel?“ feststellte, geht trotz CO₂-Anstiegs seit 10 Jahren die Lufttemperatur zurück. In einem unter <http://agfreiesdenken.de/?p=25> aufrufbaren Vortrag weist der Physiker Ralf D. Tscheuschner darauf hin, dass ein Treib-

hauseffekt durch CO₂ noch durch kein Experiment bewiesen wurde. Er bekräftigt das auch durch Aussagen von Klimatologen, die die Grenzen ihrer Modellrechnungen kennen. Man muss sich durch die gedruckte und im Internet verfügbare Informationsflut erst einmal durchgehängt haben, ehe man sich seiner Meinung sicher sein kann. Früher nahm ich den Fehlalarm hin, weil er zum Energiesparen anregt. Seit ich aber Einblick in die immensen volkswirtschaftlichen Schäden habe, die daraus erwachsen, kann ich ihn nicht mehr tolerieren. Die missliche Situation schildert der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Hans-Werner Sinn in mediathek.cesifo-group.de; hier ins Suchfeld eingeben „Zappelstrom“. Er kommt schließlich – allen hochfahrenden Plänen zur Gewinnung von kostenloser Energie zum Trotz – zu der Aussage: „Grüner Strom steigert die Abhängigkeit von Russland!“ Liebe ÖDPler, bitte informiert euch.

Jürgen Typke, 71522 Backnang

Zum Artikel „Jugendliche wollen wählen“

Demokratie nicht verstanden

Johannes Resch beweist einmal mehr, dass er das mit der Demokratie überhaupt nicht verstanden hat. Es ist nämlich so, dass das Wahlrecht nicht davon abhängen kann, ob man bestimmte Ergebnisse damit vielleicht eher erreicht. Seine Annahme, dass Eltern bessere Wahlentscheidungen treffen als Kinderlose, lässt sich erstens empirisch überhaupt nicht belegen. Das liegt u. a. daran, dass „gute politische Entscheidungen“ sich kaum objektiv definieren lassen. Genau deswegen ist man im Laufe der Zeit abgekommen von Privilegierungen z. B. des Adels (Aristokratie bedeutet eigentlich „Herrschaft der Besten“) und des Klerus oder der Wohlhabenden (Zensuswahlrecht). Zweitens geht es beim Wahlrecht wirklich um Repräsentanz der gesamten Bevölkerung, wenigstens der Staatsbürger, daher kann es in der Regel auch nur aufgrund schwerer Verbrechen und dann zeitlich begrenzt aberkannt werden.

Sein Kompromissvorschlag, Jugendlichen (ab welchem Alter?) ein Wahlrecht auf Antrag zugestehen und sie ansonsten durch die Eltern vertreten zu lassen, ist ebenfalls haarsträubend. Man stelle sich vor, statt einfach ein allgemeines Frauenwahlrecht einzuführen (was lange genug gedauert hat), würde man Frauen durch ihre Ehemänner oder Väter vertreten lassen, solange sie keinen Antrag stellen. Dass nach wie vor Familien statt Individuen als kleinste politische Einheit gedacht werden, zeigt deutlich, dass die ÖDP in

Teilen noch nicht einmal im 20. Jahrhundert angekommen ist.

Eric Mannes Schmidt, 60316 Frankfurt am Main

Zum Artikel „Wachsende Kritik am Wirtschaftswachstum“

Ende des Wachstumszwangs

Die wesentliche Ursache des Wachstumszwangs ist leider in der ÖDP noch nicht verstanden worden. Es ist die (zunehmende) Ungleichverteilung der Vermögen und die grundlegende Existenzangst der Menschen, die mittlerweile längst weit in die Mittelschicht hineinreicht. Es ist klar, dass für alle Betroffenen allein die Vergrößerung des zu verteilenden Kuchens eine Perspektive bietet, solange sie nur immer kleiner werdende Stücke des gesellschaftlichen Wohlstandes abbekommen können.

Dagegen würde die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle leicht Abhilfe schaffen, zudem dieses auch endlich eine vernünftige Besteuerung von Ressourcen- bzw. Naturverbrauch ermöglichen würde, die heute gerade aus sozialen Gründen nicht durchsetzbar ist. Von der Möglichkeit, unnötige und schädliche Arbeitsplätze endlich abzubauen, gar nicht zu reden.

Solange die ÖDP im Zweifel die Interessen der Besitzstandswahrer über die Ökologie und die Überwindung des Wachstumszwangs stellt, ist sie unglaubwürdig und wird auch in der Szene keinen Fuß auf den Boden bekommen.

Eric Mannes Schmidt, 60316 Frankfurt am Main

Zum Leserbrief „Artikel verweisen ins Internet“ von Johannes Jacobs

Missverständnis

Lieber Herr Jacobs, da haben Sie etwas missverstanden. Wenn vor den Gefahren des Internets gewarnt wird, heißt das doch nicht, dass das Internet vom Teufel ist und gemieden werden muss. Es wird auch vor den Gefahren des Straßenverkehrs gewarnt: Gehen Sie deshalb auch nicht auf die Straße? Selbstverständlich darf das Internet genutzt werden, man muss nur die Gefahren kennen.

Hoffentlich wird es Ihnen nicht langweilig auf Ihrer einsamen internetlosen Insel.

Petra Maria Mayer, 46049 Oberhausen

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der
1. März 2015.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29, www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
presse@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Ulrike Brandhorst (ub), Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner, Matthias Dietrich, Martin F. Dreß, Theo Gassmann, Edgar Guhde, Mechthild Hofner, Konrad Horsch, Franziska Kliemt, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Jürgen Osterlänger (jö), Tobias Paret, Werner Roleff, Martin Schauerte, Gabriela Schimmer-Göresz, Christine Stankus, Hermann Striedl, Bernhard Suttner (bs), Dirk Uehlein, Martin Weinmann

Gastautoren

Dr. Rüdiger Haude, Ulrich Müller, Raffael Scholz, Andreas Winkler

Interviewpartner

Agnes Becker, Volker Behrendt, Mathias Broeckers, Prof. Dr. Egon J. Greipl, Dr. Peter Hiltner, Dr. Uwe Krüger, Dr. Manfred Link, Ludwig Meier, Christoph Raabs, Gabriela Schimmer-Göresz, Dr. Hermann Schweiger, Christine Stankus, Christian Tischler

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50, pablo.ziller@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

Umgezogen? Neue Kontonummer?

Helfen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

Vielen Dank!

Neue Adresse:

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Tel.

E-Mail

Neue Bankverbindung:

IBAN

BIC

Name der Bank

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1,
97070 Würzburg, Fax: 09 31/ 4 04 86 -29,
E-Mail: mitgliederverwaltung@oedp.de

VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im Mai 2015

Schöne neue Arbeitswelt

Angeblich ging es uns noch nie so gut wie heute – doch immer mehr Menschen fühlen sich dabei ziemlich schlecht. Der Missbrauch von Psychopharmaka und stimulierenden Drogen nimmt zu, ebenso die Zahl der Burn-out-Fälle. Das ist kein Zufall, sondern die Folge gesellschaftlicher Veränderungen. Die neoliberale Ideologie durchdringt nicht nur die Arbeitswelt, sondern das gesamte Leben. Sie ökonomisiert es, prägt unsere Selbstwahrnehmung, unsere Gefühle, unsere Identität, unsere Beziehungen, unser Weltbild. Selbstoptimierung ist angesagt. Doch mit welchem Ziel? Und zu welchem Preis? Angst ist zum vorherrschenden Grundgefühl geworden: Angst vor dem Versagen im Beruf, Angst vor dem sozialen Abstieg, Angst vor dem Verlust von Status, Besitz und Würde.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

TERMINE

So. 15.02.2015	Bürgerschaftswahl in Hamburg
Mi. 18.02.2015	Politischer Aschermittwoch der ÖDP Bayern (in Landshut)
Sa. 14.03.2015	ÖDP-Bundeshauptausschuss (in Würzburg)
Sa./So. 11.–12.04.2015	ÖDP-Bundesparteitag (in Dietzenbach/Hessen)
So. 10.05.2015	Bürgerschaftswahl in Bremen
Frühjahr 2016	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
Frühjahr 2016	Landtagswahl in Baden-Württemberg
Frühjahr 2016	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
Frühjahr 2016	Kommunalwahlen in Hessen



Screenshot ZDF, heute

ZDF, heute, 11.01.2015, Marietta Slomka: „In Trauer vereint. Mehr als eine Million Menschen gedenken in Paris der Anschlagopfer und senden ein Signal der Einigkeit. Sie marschieren für Meinungsfreiheit und Toleranz und gegen den Terror. Unter ihnen Arm in Arm Staats- und Regierungschefs aus aller Welt.“

ARD, Morgenmagazin, 12.01.2015, Susanne Link: „Das ist das Bild gewesen, wo sehr viele Staatschefs nebeneinander in einer Reihe standen und, ja, vermeintlich den Trauerzug anführten. So dachten viele, so dachten wir das zunächst auch. Und jetzt sind diese Bilder hier dazugekommen. Wo man wirklich sieht, dass die Aufnahmen in einer Seitenstraße gemacht wurden. Hinter den Staatschefs wurde aufgefüllt mit Statisten. Dann gingen die Staatschefs los. Das Foto wurde gemacht. Letzten Endes wurde die Gruppe dann da auch wieder aufgelöst.“



Screenshot ARD Morgenmagazin